

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Otto Brenner, Dr. Heinrich Doist, Fritz Erlar,

Waldemar von Knoeringen, Prof. E. W. Meyer, Prof. Carlo Schmid,

Dr. Carl Schumacher, Herbert Wehner

9. Jahrgang · Heft 3 · Mai/Juni 1962

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD

INHALT

<i>Der Kölner Parteitag</i>	
Von Erich Ollenhauer, MdB, Bonn	185
Prof. Dr. Gerd Burkhardt, Hannover	
<i>Wissenschaft und Politik</i>	170
Prof. Dr. Hans Paul Bahrdt, Hannover	
<i>Wissenschaft und Staat</i>	180
Dr. Brigitte Granzow, Köln	
<i>Wissenschaftliche Experten in der parlamentarischen Demokratie</i> . . .	192
Dieter Bielenstein, Bonn	
<i>Wissenschaft und Wirtschaft</i>	204
Diskussion	
Günther Bartsch, Darme	
<i>Von Trotzki zu Džilas</i>	216
M. M. Novakovitsch, Portland (USA)	
<i>Der Mensch und seine Ethik</i>	221
Zeitgeschehen	229
Berichte und Analysen	
<i>Die sowjetische wissenschaftliche Forschung</i>	
Von Dr. Maurice Bardach, Zürich	237
Kritik	240
Vorschau	252
Die Autoren dieses Heftes	253

Redaktion: Ulrich Lehmar, MdB, Bielefeld, Pressehaus, Telefon 83111
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Ingensand

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH, Bielefeld, Pressehaus, Fernruf Bielefeld 83111, Fernschreiber Nr. 66-22845. Postcheckkonto Hannover 8266. Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412.
Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld.

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint alle zwei Monate. Abonnementpreis Inland: 2,40 DM einschl. Zustellgebühren; Ausland: 3,- DM einschl. Porto bei halbjähriger Bezugsmöglichkeit. Kündigungen nur zum 1. Januar und 1. Juli möglich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Einzelpreis 2,86 DM zuzüglich Porto. — Anzeigenpreisliste Nr. 3. — Umschlag: Eugen Nerdinger, Augsburg

DER KÖLNER PARTEITAG

Von Erich Ollenhauer, MdB, Vorsitzender der SPD

Parteitage der Sozialdemokratie haben — neben der statutarischen Aufgabe — die Tätigkeit der leitenden Parteiinstanzen zu prüfen, zu bestätigen oder zu mißbilligen, die leitenden Parteikörperschaften neu zu wählen und vor allem die Richtlinien für die Politik der SPD für die nächste Zukunft festzulegen und Schwerpunkte für die Arbeit der SPD nach außen und innen zu bestimmen.

I.

Der Parteitag in Köln wird in einer gespannten internationalen Situation stattfinden. Es ist nicht vorauszusagen, welche unmittelbaren aktuellen Ergebnisse die Verhandlungen beeinflussen werden. Aber in jedem Fall hat die SPD ihre Position in den Hauptfragen der deutschen und internationalen Politik klarzumachen.

Die Errichtung der Mauer am 13. August 1961 und damit die Annektion von Ostberlin durch die Pankower Machthaber ist mehr als ein Ereignis von lokaler oder zeitlich begrenzter Bedeutung. Es verliert auch nicht durch den Ablauf der Zeit oder durch die Gewöhnung an Gewicht. Die deutsche Politik darf sich mit der gewaltsamen Zerstörung der Einheit von Berlin und mit der damit verbundenen Vertiefung der Spaltung Deutschlands nicht abfinden. Es wird auch auf dem Parteitag in Köln nicht möglich sein, Einzelheiten einer Berlinlösung, so wie sie seit Monaten in den Informationsgesprächen zwischen West und Ost diskutiert werden, zu erörtern. Die Grundhaltung gegenüber der Berlinfrage muß aber klar bleiben. Es muß das Ziel der deutschen und westlichen Politik bleiben, die Mauer abzubauen und schließlich zu überwinden. Eine Beseitigung der Mauer mit einem Schlag durch entsprechende Vereinbarungen zwischen den für Berlin und Deutsch-

land verantwortlichen vier Mächten wird unter den gegebenen Verhältnissen nicht erfolgen können. Aber wir dürfen nicht müde werden, ein Mindestmaß an menschlichen Beziehungen zwischen unseren Landsleuten in Ostberlin bzw. in der Zone und uns wiederherzustellen, um die menschliche Not und das menschliche Leid hinter der Mauer und dem Eisernen Vorhang zu mildern. Das Bewußtsein, daß dieser Gewaltakt nicht nur einen einseitigen willkürlichen Bruch von Vier-Mächte-Vereinbarungen darstellt, sondern ein ständiger ungeheurer Verstoß gegen die elementarsten Menschenrechte ist, darf in unserem Volk und in der freien Welt nicht untergehen. Ein Sichabfinden mit diesem Zustand bedeutet die Resignation vor den Methoden der Gewaltpolitik und den Verzicht auf eine Politik der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit.

Die Existenz von Westberlin als einer freiheitlichen demokratischen Gemeinschaft und die wirtschaftlichen und die politischen Lebensmöglichkeiten von Westberlin dürfen nicht gefährdet werden. Das Recht der Berliner, in freier Selbstbestimmung über ihre eigene innere Ordnung zu entscheiden, kann nicht bestritten werden, und ebenso wenig dürfen seine wirtschaftlichen Existenzgrundlagen gefährdet werden durch eine Abschwächung oder eine Einschränkung seiner jetzigen rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Beziehungen zur Bundesrepublik. Indem wir die Freiheit und die Lebensfähigkeit der Berliner schützen und bewahren, schützen wir auch die Freiheit und die Sicherheit der Bundesrepublik und darüber hinaus der ganzen freien Welt.

Die Bundesrepublik muß noch ein Zusätzliches tun. Es gilt, über die notwen-

digen Maßnahmen zur Abwendung der Folgen des 13. August 1961 hinaus alle Schritte zu tun, damit Berlin als eines der bedeutsamsten wirtschaftlichen und kulturellen Zentren Deutschlands weiterentwickelt und gestärkt wird. Seine Hauptstadtfunktionen müssen bereits jetzt verstärkt werden, ohne Rücksicht darauf, wann der Zeitpunkt kommt, an dem Berlin seine Hauptstadtaufgabe in einem wiedervereinigten Deutschland voll ausüben kann. Eine solche Politik ist ein wesentlicher Bestandteil einer aktiven Wiedervereinigungspolitik, und sie kann vor allem dazu beitragen, bei der jungen Generation in Berlin den Glauben an die Lebensfähigkeit von Berlin und an seine Zukunft zu erhalten und zu stärken. Ich bin überzeugt, daß diese Überlegungen einen wesentlichen Teil der Beratungen des Kölner Parteitages der SPD ausmachen werden und daß der Parteitag sie unterstützen und bekräftigen wird.

Meine Meinung ist auch, daß der Parteitag erneut die sozialdemokratische Auffassung unterstreichen wird, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands die vornehmste Aufgabe jeder Regierung der Bundesrepublik — in welcher politischen Zusammensetzung auch immer — bleiben muß. Der Weg zu diesem Ziel wird lang und hart sein. Wir müssen ihn gemeinsam gehen mit unseren westlichen Verbündeten, die zugleich die Schutzmächte in Berlin sind, und wir dürfen nicht müde werden, in Verhandlungen mit der Sowjetunion, ohne die eine Lösung nicht möglich ist, der Wiedervereinigung näherzukommen. Es gibt heute keine Wunderlösung. Es werden auch schrittweise Fortschritte nicht unversucht bleiben dürfen. Aber es darf keine Haltung geben, die sich mit der Spaltung Deutschlands als einer beklagenswerten, aber unvermeidlichen Tatsache abfindet.

Wenn diese Haltung auch nichts anderes darstellt als eine Bestätigung unseres bisherigen eindeutigen Standpunktes, so hat sie doch in der gegenwärtigen politischen Situation ihr besonderes politisches Gewicht.

Wenn ich hier in einer Betrachtung über die Aufgaben des Parteitages die Berlin- und Deutschlandfrage so in den Vordergrund stelle, dann nicht nur wegen ihrer überragenden Bedeutung

unter nationalpolitischen und menschlichen Gesichtspunkten, sondern auch wegen der Schlußfolgerung, daß die Politik der Bundesregierung bei ihren eigenen Entscheidungen nie die Tatsache der Spaltung Deutschlands und die Auswirkungen ihrer Politik hinsichtlich der Aussichten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit aus dem Auge verlieren darf. Diese Überlegung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Aber sie könnte im Laufe der Zeit und der Entwicklung in den Hintergrund geraten. Es ist unsere Pflicht, das zu verhindern.

II.

Die Möglichkeit des freien Wirkens der Sozialdemokratie ist zur Zeit auf die Bundesrepublik und auf Berlin beschränkt. So ist es natürlich, daß sich die Aufgaben eines Parteitages auf die Fragen konzentrieren, die sich auf die Gestaltung der Bundesrepublik beziehen. Hier stehen wir in Köln vor interessanten und wichtigen Beratungen und Entscheidungen.

In Köln werden wir die Erfahrungen zu prüfen und die Schlußfolgerungen zu ziehen haben, die sich aus unserer Politik seit der Verabschiedung des Godesberger Programms und seit den Beschlüssen unseres Parteitages in Hannover zur Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes 1961 ergeben haben. Die Bundestagswahl 1961 war ein Erfolg. Wir haben mehr als zwei Millionen Stimmen gewonnen. Wir haben eine große Zahl von Direktmandaten erobert. Wir sind mit nahezu vierzig Prozent der Mandate im vierten Deutschen Bundestag vertreten.

Die Sozialdemokratie hat damit in dem Gebiet der Bundesrepublik die größte Stärke in ihrer bisherigen Geschichte erreicht. Die absolute Mehrheit der CDU/CSU ist gebrochen. Die Tatsache, daß die beiden anderen Parteien aus parteiegoistischen Motiven und aus Sorge um ihre Machtposition erneut eine Koalition — ohne und gegen die Sozialdemokratie — bildeten, kann diesen Erfolg der SPD nicht verringern. Es wird die Aufgabe der SPD sein, diese Entwicklung fortzusetzen. Die Aussichten dafür sind nicht ungünstig. Die Resultate der Septemberwahlen

geben nur zum Teil die Bedeutung der Entscheidung wieder. Die Wahlanalysen zeigen, daß große Wählerschichten in Bewegung geraten sind. Es wurden Vorurteile gegen die Sozialdemokratie abgebaut, und die im Godesberger Programm und im Regierungsprogramm vertretene Politik hat Zustimmung in Kreisen gefunden, die bisher von der CDU/CSU als ihre unbestrittene Domäne betrachtet wurden. Hier liegt auch die tiefere Ursache für die Unruhe und die Besorgnisse der CDU/CSU über die weitere Entwicklung.

Die Konsequenzen, die sich daraus für uns ergeben, dürfen nicht nur technischer und organisatorischer Art sein. Sicher müssen wir die Methoden des Wahlkampfes (1961 war der bisher geschlossenste Wahlkampf) weiterentwickeln. Es war gut, daß wir mit einem klaren und konkreten Regierungsprogramm vor die Wählerschaft getreten sind, und unsere Mannschaft mit Willy Brandt an der Spitze war eine gute und überzeugende Mannschaft. Unsere Werbung war der gegnerischen Propaganda eindeutig überlegen. Die Erfahrungen des Bundestagswahlkampfes werden wir bei den diesjährigen Landtagswahlkämpfen und bei der nächsten Bundestagswahl mit Nutzen verwenden können. Notwendig ist, daß auch die politischen Grundvorstellungen und der wesentliche Inhalt des Regierungsprogramms zum Gemeingut, zum geläufigen Rüstzeug der Partei werden.

III.

Das Godesberger Programm ist die Grundlage des politischen Wirkens der SPD in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Es ist durch den mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschluß von Godesberg die für die Partei und alle ihre Mitglieder verbindliche Grundlage. Es ist mehr: Es ist ein Dokument von historischer Bedeutung. Denn es bestimmt den Standort der SPD als der Partei des freiheitlichen demokratischen Sozialismus und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Neugestaltung der Gesellschaft in unserer Zeit. Damit es voll im Bewußtsein der SPD und der deutschen Öffentlichkeit zur Wirksamkeit kommt, müssen wir die Bildungsarbeit unserer Partei, vor allem unter unseren jungen Mitgliedern, ver-

stärken. Unser Ziel muß sein, diese Bildungsarbeit so auszubauen, daß alle unsere Vertrauensleute und Mitglieder die Grundgedanken des Programms aus fundierter Kenntnis und aus innerer Überzeugung vertreten. Die Partei muß sich in allen ihren Äußerungen und in dem eigenen Verhalten ihrer Repräsentanten jedermann in dem Geist vorstellen, der im Godesberger Programm seinen Ausdruck findet.

Die zweite Aufgabe ist, unser Regierungsprogramm zur Grundlage unserer praktischen Politik zu machen. Das Regierungsprogramm ist mit dem Abschluß des Wahlkampfes nicht erledigt. Es war nicht nur eine Wahlproklamation. Das, was wir darin über das Notwendige und das Mögliche gesagt haben, ist heute so aktuell wie vor einem Jahr. Es bleibt daher die Grundlage unserer parlamentarischen und allgemeinen politischen Arbeit in der nächsten Zukunft. Dabei wird es darauf ankommen, bestimmte Schwerpunkte zu setzen; auch das ist eine der Aufgaben unseres Kölner Parteitages. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften festgelegt worden, die wir in Köln nach den guten Erfahrungen von Hannover wieder einsetzen werden. Wirtschaftspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik, Erziehungs- und Jugendpolitik zeigen die Richtung unserer Vorstellungen an. Auch hier geht es nicht nur um Richtlinien für die vor uns liegenden Wahlkämpfe, die sicher ihre Bedeutung für die Politik in den einzelnen Ländern und für eine Beurteilung in der Entwicklung der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung haben werden. Wir wollen jedoch auch Richtlinien geben für die praktische Politik in Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir haben außerdem eine Arbeitsgemeinschaft für Fragen der allgemeinen Politik vorgesehen, in der vor allem die Fragen von unmittelbarer Aktualität in der Außen- und Innenpolitik behandelt werden sollen. Dort werden die Probleme zu behandeln sein, die ich hier zu Beginn meiner Darstellung genannt habe, aber auch die gegenwärtig diskutierten und zum Teil umstrittenen Fragen, wie die Verlängerung der Grunddienstzeit in der Bundeswehr und die Notstandsgesetz-

gebung. Der Parteitag wird dann auf Grund der Berichte und Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaften die Entscheidung zu fällen haben. Ich bin überzeugt, daß er sehr eindrucksvoll die Gesamtlinie der SPD und die Haltung der Parteilinstanzen in den konkreten aktuellen Fragen bestätigen wird.

Die große Aufgabe des Parteitages wird es sein, die in Godesberg und Hannover beschlossene Linie der Gesamtpartei weiterzuentwickeln in einem konstruktiven und in einem offenen Geist. Manche unserer politischen Gegner haben sich vor dem 17. September 1961 mit der Hoffnung getragen, daß die Sozialdemokratie nach einem unbefriedigenden Ausgang der Wahl in eine Krise geraten würde. Der Ausgang des Wahlkampfes hat diese Erwartung zunichte gemacht. Andere haben gehofft, daß — wenn es noch einmal gelänge, die SPD für weitere vier Jahre von der Regierungsverantwortung im Bund auszuschalten und in die Opposition zu zwingen — die Sozialdemokratie solche Belastung nicht aushalten werde. Auch diese Hoffnung müssen unsere Gegner begraben. Das Selbstvertrauen der SPD und ihre innere Kraft sind gewachsen; sie hat das Gefühl, in absehbarer Zeit auch im Bund zur führenden politischen Kraft zu werden. Aber sie weiß auch aus ihrer langen, wechselvollen Geschichte, daß ihr diese Chance nicht einfach zufallen wird, sondern daß sie in harter Arbeit und im Ringen mit unseren politischen Gegnern erkämpft werden muß.

IV.

Ich habe in dieser Darstellung der Aufgaben des Kölner Parteitages wichtige Gebiete unserer Arbeit nicht im einzelnen behandelt. Das gilt vor allem für eine Reihe von internationalen und europäischen Aufgaben. Die Fragen der internationalen Abrüstung und der europäischen Zusammenarbeit stehen nicht als besondere Punkte auf der Tagesordnung. Sie werden aber in einzelnen Referaten und vor allem in der Arbeitsgemeinschaft eine Rolle spielen. Die Haltung der SPD ist hier im großen und ganzen nicht umstritten, so daß der Parteitag nicht vor der Notwendigkeit steht, in der Sache neue Entscheidungen zu treffen. Das Ziel einer umfassenden

international kontrollierten Abrüstung ist unverändert. Es wird darauf ankommen, darauf zu drängen, daß die Bundesrepublik die Bemühungen hinsichtlich einer schrittweisen Lösung der lebenswichtigen Frage der Abrüstung nicht erschwert durch Vorstöße in der Art der Forderungen des Verteidigungsministers, die NATO zur vierten Atommacht zu machen, weil diese Vorstöße die Abrüstungsgespräche nicht fördern, sondern erschweren. Außerdem sollte die Bundesregierung sich nicht jedem Versuch widersetzen, regionale Abrüstungsschritte zu diskutieren, wenn sichergestellt ist, daß derartige Teillösungen das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West nicht gefährden und wenn auch hier eine wirksame Kontrolle der Vereinbarungen gesichert ist.

Die Weiterentwicklung der EWG in sachlicher und territorialer Beziehung wird von der Sozialdemokratie begrüßt. Sie hat sich immer dagegen gewandt, daß es bei der Vereinigung der sechs bleibe. Wir sind für eine Mitgliedschaft von Großbritannien und von anderen Staaten in der EWG, und wir sind für eine positive Lösung der Beziehungen zwischen der EWG und den neutralen Staaten, die die neutralen Länder mit ihrem Status glauben vereinbaren zu können. Wir sind außerdem für eine Weiterentwicklung der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft in der Richtung der Verstärkung der Rechte ihrer parlamentarischen Einrichtungen. Eine politische Zusammenarbeit, die praktisch die Weiterentwicklung der bereits bestehenden Institutionen stilllegen und auf ein Europa der Vaterländer hinauslaufen würde, lehnen wir ab. Es bleibt dem Parteitag vorbehalten zu entscheiden, ob er hier noch einmal in besonderen Beschlüssen die Haltung der Partei bestätigen will.

Der Parteitag in Köln wird in seinem Verlauf und in seinen Ergebnissen unterstreichen, was wir in Godesberg und Hannover beschlossen haben. Die Sozialdemokratie steht zu diesem Staat, sie bekennt sich zu den internationalen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik zur Sicherung des Friedens und der Freiheit eingegangen ist. Sie hat aus diesem Bekenntnis in den hinter uns liegenden Jahren die praktischen

Konsequenzen gezogen, und sie wird das weiter tun. Das heißt nicht, daß sie die Bundesrepublik mit der gegenwärtigen Koalition und ihrer Regierung identifiziert und daß sie ihre eigenen Vorstellungen — vor allem über die Ausgestaltung der inneren Ordnung — preisgibt. Hier bleibt es bei unserer Feststellung, daß die Politik der regierenden Parteien den Grundgedanken unserer Verfassung nicht verwirklicht hat, daß nämlich die Bundesrepublik eine freihetliche und soziale Gemeinschaft für alle sein soll. Wir kämpfen für die Verwirklichung dieses Grundsatzes. Das war der Leitgedanke unseres Regierungsprogramms, und das bleibt die Richtschnur unseres Handelns in den nächsten Jahren.

Die Sozialdemokratie feiert im Jahre 1963 ihr hundertjähriges Bestehen. Dieses Jubiläum wird zeigen, daß die

Sozialdemokratie eine traditionsreiche Partei ist, die mit Stolz auf ihre Geschichte blickt. Es wird aber auch zeigen, daß diese Partei die Fähigkeit, die innere Kraft und die Menschen hat, um die unveränderten Ziele unter den veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen und mit den heute gegebenen Mitteln zu verwirklichen: Die Befreiung aller Menschen von Furcht und Not, die Sicherung von menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle, damit sie die Freiheit gewinnen, ihre Persönlichkeit zu entfalten und ihren Standort in den letzten Fragen menschlichen Daseins ohne Bedrängnis und ohne Nötigung zu bestimmen. Nur eine Gemeinschaft, die diese Freiheit des einzelnen verwirklicht und gewährleistet, wird die Verantwortung des einzelnen für die Gemeinschaft fordern können, ohne die wir nicht würdig leben können.

WISSENSCHAFT UND POLITIK

Die politische Zusammenarbeit von Wissenschaftlern auf internationaler Ebene

"If the vitality of science, its ability to enrich our culture and our understanding, and the material benefits it promises all, depend in large measure upon international pooling of knowledge and effort, then national leaders who share this view must look to scientists such as yourselves for the initiative and guidance to transform the desire to cooperate into actual achievement."

(Aus der Botschaft des Präsidenten Kennedy an die Teilnehmer der 7. und 8. Pughwash-Konferenz, 4. September 1961.)

Die Internationale der Wissenschaft

Wissenschaft begann als Geheimwissen von Priesterkasten in den alten Hochkulturen, eng gebunden an die im Mythos wurzelnden gelstigen Grundkonzeptionen und charakteristisch für die jeweilige Kultur — man denke an die Sternkunden der Babylonier, der Ägypter oder der Mayas. Welttoffen wurde sie erst bei den Griechen und „international“, d. h. auf die verschiedenartigen Kulturkreise übergreifend, im römischen Imperium. Übernational war die Wissenschaft im Mittelalter unter der Pflege der Kirche. An den Universitäten in Frankreich und Italien sammelten sich Studenten aus aller Herren Ländern in weit stärkerem Maße als heute, wie in der Kirche wurde das Lateinische zur Universalsprache auch der Wissenschaft. Trotz der beschränkten Kommunikationsmöglichkeiten bestand ein reger Austausch des Wissens, und bedeutende Werke wie das des Kopernikus wurden rasch in der ganzen Gelehrtenwelt bekannt und diskutiert.

In den aufkommenden Nationalstaaten entstanden die nationalen wissenschaftlichen Akademien, die die Wissenschaft des jeweiligen Landes repräsentierten (1635 Academie francaise; 1663 Royal Society London; 1700 Preussische Akademie der Wissenschaften), zugleich aber auch durch ihre Veröffentlichungen und durch ihre auswärtigen korrespondierenden Mitglieder den internationalen (jetzt im eigentlichen Wortsinn!) Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse von Gelehrten und Studenten pflegten. Internationale fachwissenschaftliche Gesellschaften gibt es erst seit neuerer Zeit, eine der ältesten dürfte die „International Astronomical Union“ sein. Erst in unserer Zeit aber gibt es weltweite wissenschaftliche Organisationen großen Stils, wie z. B. den „International Council of Scientific Unions“ (ICSU), in dem die großen internationalen Fachverbände zusammengeschlossen sind, oder große übernationale Forschungsunternehmungen, wie das „Geophysikalische Jahr“ oder das europäische Kernforschungszentrum in Genf. In besonderem Maße und aus einleuchtenden Gründen sind die Naturwissenschaften übernational. Befassen sie sich doch mit vom Menschen weitgehend unabhängigen Sachverhalten, ihre Aussagen beanspruchen Allgemeingültigkeit und beliebige Nachprüfbarkeit. Während auch in der Wissenschaft die Nationalsprachen überall die lateinische Sprache verdrängt haben, bildet die Formelsprache der Mathematik, in der die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse darstellbar sind, ein über alle Sprachgrenzen hinweg brauchbares Verständigungsmittel. Ein Zeichen grotesker Sinnesverwirrung ist es, daß unter dem Nationalsozialismus

ein Lehrbuch mit dem Titel „Deutsche Physik“ erscheinen konnte, dessen Verfasser übrigens ein in seinem Fach bedeutender Wissenschaftler war! Zwar hat es immer in diesem oder jenem Lande Zentren, meist unter dem Einfluß eines hervorragenden Gelehrten, gegeben, in denen bestimmte Entwicklungen besonders gefördert wurden, aber nirgends sind die Beiträge der verschiedenen Nationen zum wissenschaftlichen Fortschritt so eng miteinander verflochten wie in den Naturwissenschaften.

Diese traditionelle private, sachbezogene Zusammenarbeit der Wissenschaftler aller Länder wurde — bis auf unser Jahrhundert — nicht einmal durch Kriege ernstlich behindert. Wurde doch z. B. der napoleonische Staatspreis trotz Krieg und Blockade durch die Akademie dem englischen Chemiker Davy verliehen! Freilich hat sie auch nie den Ausbruch eines Krieges verhindern können.

Es gibt jedoch zu dieser Internationalität der Wissenschaft den Gegenpol in der Geheimhaltung wissenschaftlicher Ergebnisse, die in dem Maße an Bedeutung gewann, als insbesondere naturwissenschaftliche Forschungen durch ihre technischen Anwendungen einen Machtfaktor im internationalen Kräftespiel darstellten. Aber auch dieser Aspekt begleitet die Wissenschaft schon von ihren Anfängen an. So wurden die Künste des im Dienste des Landesherren tätigen Alchimisten ängstlich geheimgehalten, in der Hoffnung, daß durch sie den zerrütteten Finanzen des Landes aufgeholfen werde. Vielfach aber auch war das Motiv der Geheimhaltung die Besorgnis der Gelehrten, daß der Ruhm der wissenschaftlichen Erstentdeckung von einem Kollegen widerrechtlich beansprucht werde, so daß manche Entdeckung in verklausulierten Anagrammen der Fachwelt mitgeteilt wurde; das berühmteste Beispiel ist die Erfindung der Infinitesimalrechnung durch Newton und Leibniz.

Im großen Stil hat die Sowjetunion die naturwissenschaftliche Entwicklung in ihrem Land im geheimen vorangetrieben. Berühmte Gelehrte, wie der sowjetische „Atomzar“ Kapitza, standen viele Jahre unter strengem Ausreiseverbot und durften auch an internationalen Fachkongressen nicht teilnehmen. So gelang ihnen mit der Entwicklung der ersten Weltraumrakete ein politisch bedeutsamer Überraschungserfolg. Seitdem die Sowjetunion den naturwissenschaftlich-technischen Vorsprung des Westens im allgemeinen eingeholt hat, ist die Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit wieder im Wachsen. Gigantisches Ausmaß nahm die wissenschaftliche Geheimhaltung während des zweiten Weltkrieges in allen Ländern an, besonders im Zusammenhang mit der Entwicklung der Atombombe.

Aus der überaus spannenden Geschichte dieser Entwicklung, die mit der denkwürdigen Entdeckung der Spaltung von Urankernen durch Neutronen durch O. Hahn und F. Strassmann und ihrer Veröffentlichung im Januar 1939 begann und die häufig beschrieben wurde¹⁾, erscheint mir in unserem Zusammenhang ein Tatbestand besonders interessant und für diese Entwicklung kennzeichnend: Nicht der Staat verfügte die Geheimhaltung der weiteren Forschung auf diesem Gebiet, sondern zunächst suchten einige Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten, u. a. L. Szilard, E. Wigner, E. Teller, F. Weisskopf, in einer Art freiwilliger Selbstzensur diesbezügliche Arbeiten nur einem beschränkten Kreis zugänglich zu machen, nachdem durch den Nachweis von bei der Kernspaltung zusätzlich freiwerdenden Neutronen die Möglichkeit einer Kettenreaktion und damit einer technischen Verwertbarkeit jedenfalls im Prinzip gesichert war (L. Szilard, F. Joliot, 1939). Der Versuch scheiterte, obwohl damals vielleicht nicht mehr als 20 Personen auf der Erde von diesen Möglichkeiten Kenntnis hatten. Vielleicht wäre eine besondere Organisationsform aller Wissenschaftler nach Art einer Priesterkaste denkbar, in deren Kreis neue wissen-

¹⁾ Siehe insbesondere R. Jungk: „Haller als tausend Sonnen“, Stuttgart 1956.

schaffliche Erkenntnisse beschlossen bleiben, bis man über deren Konsequenzen für die Allgemeinheit sich hinreichend Überblick verschafft hat. Sicher ist, daß keine naturwissenschaftliche Entdeckung von ihrem Entdecker selbst totgeschwiegen werden kann, da jede solche Erkenntnis aus dem jeweiligen Stand des Wissens notwendig folgt und von irgendeinem Wissenschaftler irgendwo auf der Welt mit Sicherheit gefunden wird, so daß die Atombombe auch gebaut worden wäre, wenn Otto Hahn seine Entdeckung in seinem Schreibtisch verschlossen gehalten hätte^{*)}. Da es aber 1939 keine solche „Ordensbruderschaft“ der Wissenschaftler gab — die es auch in dieser Form vermutlich nie geben wird —, ergriffen die einzelnen Wissenschaftler in ihren jeweiligen Ländern die Initiative, um ihre Regierungen auf die Tragweite dieser Entdeckung, insbesondere im Hinblick auf die politische Weltlage dieses Jahres, aufmerksam zu machen, übrigens unter nicht geringen Schwierigkeiten — der Weg von der Wissenschaft zu den Organen der politischen Machtausübung war weit — und jedenfalls in Deutschland, anfangs aber auch in den Vereinigten Staaten mit geringem Erfolg, bis dann allerdings dort, etwa von 1941 an, der Staatsapparat mit seiner ganzen Kraft sich in dieses „Manhattan-Projekt“, wie sein Tarnname lautete, in die Konstruktion eines neuen, die ganze bisherige Waffentechnik umstürzenden Kriegsinstrumentes einschaltete. Die Einflußmöglichkeit der beteiligten Wissenschaftler auf die weitere Entwicklung trat damit mehr und mehr zurück, so entschieden die Initiative zu dem ganzen Unterfangen von ihnen und nur von ihnen ausgegangen war. In Hiroshima zeigte sich, daß ihnen die Kontrolle über ihr eigenes Werk von den Organen der politischen Exekutive vollständig aus den Händen genommen worden war.

Niemand wird dies überraschend finden; bemerkenswert ist aber, daß hier wohl zum ersten Male von Naturwissenschaftlern in dieser ihrer Eigenschaft bewußt ein politisches Geschehen in Gang gesetzt wurde und daß dies eben nur durch Naturwissenschaftler kraft ihrer besonderen Ausbildung geschehen konnte. Wer anders hätte z. B. im Jahr 1939 die Politiker darauf aufmerksam machen können — was z. T. Inhalt des von Szilard und anderen entworfenen Einsteinschen Briefes an Präsident Roosevelt war —, daß die Uranminen im damals belgischen Kongo eine bis dahin unbekannte Bedeutung erlangen würden? Bisher knüpfte die Weiterentwicklung technischer Gegenstände, die der Staat z. B. zu seiner Verteidigung benötigte, an längst bekannte wissenschaftliche Erkenntnisse an, wodurch sich eine planmäßige Lenkung und Vorbereitung solcher Entwicklung durch die staatlichen Organe leicht durchführen ließ; Wissenschaftler waren daran, ausgenommen in Kriegzeiten, nur wenig beteiligt. Jetzt aber — und die Atombombe steht nur als ein besonders einprägsames Beispiel für die gesamte wissenschaftlich-technische Entwicklung — können wissenschaftliche Neuentdeckungen auf einem noch völlig neuen, der Menschheit noch gänzlich fremden Gebiet unmittelbare technische Anwendung nach sich ziehen und werden damit auch politisch im allgemeinsten Sinne relevant. Die Zeitdauer von der neuen Erkenntnis zur technischen Verfügbarkeit, die früher mehrere Generationen umfaßte (z. B. die Entdeckung der Gesetzmäßigkeiten der elektromagnetischen Erscheinungen von Faraday [um 1820] und ihre Anwendung in der Dynamomaschine von W. v. Siemens [1866]) ist heute auf wenige Jahre zusammengeschrumpft. Während die Verteidigungstechnik bisher jeweils an die technischen Erfahrungen aus der Endphase des vorangegangenen Krieges anknüpfen konnte, sind heute bereits nach der ersten Atombombe drei weitere technische Umwälzungen vor sich gegangen, die jeweils eine völlig neue militärstrategische und auch politische Planung erforderlich machten.

^{*)} Übrigens ein wichtiges Moment zur Beurteilung der Frage der Geheimhaltung wissenschaftlicher Ergebnisse aus Gründen der Staatssicherheit!

Die Wissenschaft und ihre Vertreter sind in eine völlig neu veränderte soziale Stellung innerhalb des Staatsgefüges eingetreten, worauf insbesondere H. P. Bahrdt eindringlich hingewiesen hat³⁾. Moderne Staatsführung ist ohne enge Mitarbeit und Beratung durch die Wissenschaft nicht mehr möglich. Das bedeutet, daß Wissenschaft treiben heute eine politische Relevanz hat, der sich der Wissenschaftler nicht entziehen kann. Er hat das Recht und die Pflicht, die Regierung auf die Konsequenzen neuer wissenschaftlicher Vorgänge, die unter neuen technischen Gegebenheiten gefährlich sein könnten, hinzuweisen, und zwar nicht nur in seiner Eigenschaft als Staatsbürger wie jeder andere, sondern eben durch seine besondere Kompetenz. Gerade hierüber ist seinerzeit aus Anlaß der sog. „Göttinger Erklärung“ von 18 deutschen Naturwissenschaftlern lebhaft diskutiert worden.

Im Rahmen unseres Themas aber heißt das, daß die traditionelle internationale Zusammenarbeit der Wissenschaftler heute einen besonderen politischen Akzent erhält. Insbesondere verlangen die heutigen Verhältnisse eine internationale Zusammenarbeit von Wissenschaftlern nicht nur im Hinblick auf die Förderung und Verbreitung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern mit einer betonten politischen Zielsetzung, soweit sie nämlich die oben geschilderte, zunehmend enger werdende Verflechtung der Aufgaben von Politik und Wissenschaft betrifft. Ansätze zu so gearteter politischer Zusammenarbeit von Wissenschaftlern auf internationaler Ebene sind bereits vorhanden, vor allem in Gestalt der sogenannten „Pugwash-Konferenzen“, von denen nun die Rede sein soll.

Die Pugwash-Konferenzen

Die Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, die nach Kriegsende von ihrer Arbeit an der neuen Bombe wieder an ihre alten Arbeitsplätze in den Universitäten und Forschungsinstituten zurückkehrten, hatten das Gefühl, damit aus ihrer Verantwortung nicht entlassen zu sein. Sie konnten voraussehen, daß die furchtbare Vernichtungskraft der Bomben über Hiroshima und Nagasaki nur der Anfang zu einer Entwicklung war, die die Menschen in die Lage versetzen würde, das Leben auf der Erde zu vernichten. Das Problem der nationalen Sicherheit wurde mit dieser Erfindung unlösbar mit dem der Welt-sicherheit verbunden, ein Ordnungssystem mußte gesucht werden, um in der Zukunft eine weltweite Katastrophe zu verhüten. Die Wissenschaftler begannen Pläne zu entwerfen, die einen militärischen Gebrauch der neuen Energiequelle ein für allemal ausschließen sollten. Der Oppenheimer-Baruch-Plan⁴⁾ war am weitesten durchgearbeitet. Dieser Plan wurde aber von der sowjetischen Regierung verworfen. In öffentlichen Vorträgen und durch die Presse versuchten die Wissenschaftler, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Kernenergie aufzuklären und vor den besonderen Gefahren, die der Menschheit aus einer unkontrollierten Weiterentwicklung drohen, zu warnen.

Es wurde bald klar, daß es mit Warnungen und öffentlichen Erklärungen nicht getan war. Die politischen Ost-West-Spannungen verschärfen sich, die Sowjetunion und Großbritannien konstruierten ihre eigenen Atomwaffen, die Wasserstoffbombe wurde erfunden. Im Jahre 1955 richtete Lord Russell ein von zehn prominenten Wissenschaftlern, darunter neun Träger des Nobelpreises (A. Einstein unterschrieb zwei Tage vor seinem Tode), unterzeichnetes Schreiben an die Staatsoberhäupter der Großmächte, das mit folgenden Sätzen begann: „Angesichts der tragischen Situation, welcher die Menschheit gegenübersteht, meinen wir, daß sich die Wissenschaftler zur Aussprache zusammenfinden sollten, um die Gefahren, welche auf Grund der Massenvernichtungsmittel ent-

³⁾ H. P. Bahrdt in: „Atomzeitalter“, Jahrgang 1961, Heft 9, S. 195.

⁴⁾ Siehe z. B. Ph. Noel-Baker: „Wettlauf der Waffen“, München 1961.

standen sind, abzuschätzen.⁴ Die Initiative zur Einberufung einer internationalen Wissenschaftlerkonferenz wurde von einer Reihe von Wissenschaftlern mit Zustimmung aufgenommen. Um das Zustandekommen bemühten sich neben Lord Russell insbesondere E. Rabinowitsch in den USA, Powell und Rotblat in England. Mit Hilfe der „World Federation of Scientific Workers“ wurde Verbindung zu sowjetischen Wissenschaftlern aufgenommen, und die sowjetische Akademie der Wissenschaften sagte ihre Mitarbeit und Förderung zu. Schließlich fand sich auch in einem amerikanischen Großindustriellen, Cyrus Eaton, ein Geldgeber. Er stellte seinen Landsitz in dem kanadischen Fischerdörfchen Pugwash für die geplante Konferenz zur Verfügung. Dort trafen sich im Juli des Jahres 1957 etwa zwanzig Wissenschaftler aus zehn verschiedenen Ländern, darunter vor allem aus den USA, aus Großbritannien und der Sowjetunion — auch die Volksrepublik China war vertreten — zur ersten Pugwash-Konferenz. Die allgemeine, durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik entstandene Lage wurde erörtert und ein ständiges Komitee, bestehend aus je drei Wissenschaftlern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion — mit dem Sitz in London — wurde gegründet; es sollte weitere Konferenzen dieser Art vorbereiten. Die nächste Tagung fand im Frühjahr 1958 wieder in Kanada, und zwar in Lac Beauport, statt; diesmal war auch ein deutscher Teilnehmer, C. F. von Weizsäcker, geladen. Noch im gleichen Jahr, im September 1958, wurde eine weitere Konferenz, diesmal mit einem größeren Teilnehmerkreis — etwa siebzig Wissenschaftler aus mehr als zwanzig Ländern, darunter viele Nobelpreisträger, sowie mehrere deutsche Teilnehmer —, in Kitzbühel (Tirol) abgehalten; die Einladung erfolgte durch die „Körner-Stiftung“ in Wien durch Vermittlung des bekannten Wiener Physikers und Bundesratsmitgliedes H. Thirring. Diese Konferenz trat zum ersten Male mit einer wohlabgewogenen Stellungnahme, der sog. „Wiener Erklärung“, an die breitere Öffentlichkeit; sie wurde in Wien zum Abschluß der Konferenz in einer großen Versammlung in der Stadhalle, an der nahezu zehntausend Wiener Bürger teilnahmen, in Gegenwart des Bundespräsidenten Dr. Schörf verlesen. Sie stellt sozusagen eine Bestandsaufnahme unserer heutigen Weltsituation, soweit sie durch die Erfindung der Atomkerntechnik bedingt ist, dar. Man muß dabei im Auge haben, daß dieses Dokument nach langen, sorgfältigen Beratungen von den siebzig anwesenden Wissenschaftlern, die gewohnt sind, sehr sorgfältig zu prüfen und exakt zu formulieren, einstimmig gebilligt wurde, obwohl sie aus verschiedenen Ländern kamen, Ländern mit weit differierender Tradition und gegensätzlicher Weltanschauung. Dadurch erst bekommt die Wiener Erklärung, die in den Einzelheiten sehr präzise und substantiiert ist, ihr volles Gewicht.

Inzwischen haben jährlich etwa zwei Konferenzen stattgefunden, insgesamt acht: außer den erwähnten ersten drei eine weitere Konferenz in Pugwash mit dem Spezialthema der biologischen und chemischen Kriegsführung, eine in Baden bei Wien, 1959; eine Konferenz in Moskau, 1960; und zwei unmittelbar aufeinander folgende Konferenzen in Stowe (Vermont) in den Vereinigten Staaten im September 1961.

Eine davon, die siebente, war der Frage der Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf weltweitem Gebiet gewidmet; es wurden Forschungsprogramme aufgestellt, die sinnvoll nur in diesem weltweiten Rahmen durchführbar sind, weil sie entweder den ganzen Erdball umfassen, wie die physikalische und biologische Durchforschung der Weltmeere, oder weil sie so aufwendig sind, daß ihre wirksame Inangriffnahme die finanziellen und personellen Möglichkeiten auch eines großen Landes übersteigen würde, wie der Bau einer riesigen Teilchenbeschleunigungsanlage für die Hochenergiephysik. Neben dem wissenschaft-

lichen und ökonomischen Nutzen hatte man dabei insbesondere auch den politischen Aspekt im Auge, der in der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus allen Ländern an einer gemeinsamen, dem Wohle aller dienenden Aufgabe liegt. Besonders stark kommt dieser politische Appell in dem Projekt eines großen internationalen Wissenschaftszentrums zum Ausdruck, das eine Reihe von wissenschaftlichen Großanlagen in räumlicher Nachbarschaft um ein riesiges Rechenzentrum vereinigen soll. Der auf der Konferenz diskutierte Vorschlag, dieses Zentrum vielleicht in Berlin zu errichten, hat ganz offensichtlich einen sehr bedeutsamen politischen Inhalt.

Die übrigen Konferenzen der letzten Jahre hatten sich auf das Thema der Abrüstung und Weltsicherheit konzentriert, insbesondere der Rüstungskontrolle und der technischen Inspektionsmethoden zur Durchführung einer allgemeinen Abrüstung oder auch Rüstungsbeschränkung sowie der Probleme in einer abgerüsteten Welt. In zunehmendem Maße hat sich durch die Teilnahme der führenden Experten auf diesem Gebiet der Charakter der Konferenzen verändert: Sie sind aus der rein privaten und unverbindlichen Sphäre herausgewachsen und haben einen stärkeren politischen Akzent erhalten. Viele der teilnehmenden Wissenschaftler stehen als Experten und Berater mit der Regierung ihres Landes in enger Verbindung; die Gespräche gewinnen dadurch an praktischer Bedeutung, und die Regierungen zeigen wachsendes Interesse an dieser Möglichkeit, Gespräche zu führen. Insbesondere auf den letzten drei Konferenzen, in Moskau und in Stowe (USA), ist dieses Moment deutlich hervorgetreten. Es steht ohne Zweifel auch mit dem neuen Stil der Politik des jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten — einer stärkeren Heranziehung von Fachberatern in die Regierungsarbeit — in Zusammenhang. Der vorgesehene Termin für die Moskaukonferenz wurde auf Wunsch der amerikanischen Teilnehmer bis nach den Präsidentenwahlen verschoben. Jerome Wiesner, heute persönlicher Berater des Präsidenten für Fragen der Wissenschaft und Technik, nahm sehr aktiv an dieser Konferenz teil; als Beobachter ferner Walt Rostow, jetzt Leiter des Planungsamtes des State Department. In Stowe waren u. a. anwesend der auch in Deutschland bekannte Militärtheoretiker H. Kissinger, R. R. Bowie (Direktor des Center of International Affairs) und die wissenschaftlichen Berater H. Bethe, G. Kistiakowski und L. Szilard. Von Großbritannien nahmen an den Konferenzen zum Beispiel die Nobelpreisträger P. M. S. Blackett (Royal Institute of International Affairs) und Sir Noel-Baker sowie Alastair Buchan (Direktor des Institute for Strategic Studies, London), von Frankreich der Chef der Atomenergiebehörde, F. Perrin, teil. Die Sowjetunion ist regelmäßig durch führende Mitglieder der sowjetischen Akademie der Wissenschaften vertreten, die als Wissenschaftler hohes internationales Ansehen genießen, aber auch eine führende Rolle im politischen Leben der Sowjetunion spielen. Ihr Vizepräsident A. V. Topchiev ist einer der aktivsten Förderer des Pugwash-Gedankens; er hat sich für das Zustandekommen der Konferenzen in diesem Rahmen große Verdienste erworben.

Auch nach außen ist der mehr offizielle Charakter der Konferenzen in Erscheinung getreten: Sie haben sich ganz von ihrem ursprünglichen Förderer Cyrus Eaton unabhängig gemacht, dessen politische Aktivität in den letzten Jahren nicht die Zustimmung eines Teils der Konferenzteilnehmer gefunden hat. Die letzten Konferenzen standen unter der Schirmherrschaft der wissenschaftlichen Akademien der beiden Länder: der Sowjetunion bzw. der Vereinigten Staaten, die jeweils die Rolle des Gastgebers übernommen hatten. Der Name Pugwash soll durch den Inhalt der Konferenzen besser bezeichnenden Namen: „Conferences on Science and World-Affairs“, abgekürzt COSWA, ersetzt werden.

Es muß aber betont werden, daß nach wie vor die Eingeladenen als Privatpersonen und nicht etwa als Sprecher ihrer Regierungen an den Konferenzen teilnehmen und daß die Einladungen ausschließlich vom ständigen Komitee in London an die Wissenschaftler in den einzelnen Ländern persönlich ergehen. Gerade das verleiht den Konferenzen ihre besondere Note und ermöglicht das von politisch-diplomatischen Rücksichten freie, ungebundene Gespräch zwischen Kollegen. Wissenschaftler sind gewohnt, nüchtern die Fakten zu betrachten und sich darüber frei von ideologischen Schranken zu unterhalten. Dabei werden die nun einmal vorhandenen Gegensätze und Spannungen keineswegs „wegretuschiert“ oder mit Phrasen überspielt: Im Gegenteil, die Diskussionen sind hart — es werden die Probleme klar herausgearbeitet, über die eine Verständigung nicht möglich ist —, aber sie werden dennoch nie verletzend, sondern bleiben im Geiste gegenseitiger Achtung und kollegialer Freundschaft, so daß man mit Recht von dem „Pugwash-Spirit“ sprechen kann. Was im einzelnen erarbeitet wird, bleibt im allgemeinen vertraulich; die Unterlagen aber werden den betreffenden Regierungen zugeleitet und liefern sicher fruchtbare Grundlagen für spätere Verhandlungen auf der politischen Ebene, die selbstverständlich durch die COSWA-Konferenzen nicht ersetzt werden können oder sollen. Es scheint mir aber, daß in diesen internationalen Wissenschaftlerkonferenzen der Ansatz zu einer fruchtbaren, unserer verwissenschaftlichten Welt angepaßten und daher zukunftssträchtigen Entwicklung steckt, ein Experiment, das neue Wege weist, auf einer vorpolitischen Ebene politische Probleme, die heute immer auch zugleich wissenschaftlich-technische Probleme sind, vorzuklären und sie in ihren komplizierten weltweiten Zusammenhängen zu ordnen.

Aufgaben des Wissenschaftlers in der modernen Gesellschaft

Wenn hier wirklich ein neuer Weg sich öffnen sollte, so bleibt freilich noch die Frage zu erörtern, ob dieses weltweite Instrument der Pugwash-Konferenzen, an denen in der Hauptsache ja die drei großen Atommächte beteiligt sind, nicht auf die Dauer eines etwas breiteren Fundamentes bedarf — zumal bei dem bisherigen kleinen Kreis von Teilnehmern (aus den kleineren Ländern höchstens ein bis zwei Vertreter) die große Öffentlichkeit von diesem Experiment noch kaum Kenntnis genommen hat. Ich möchte daher versuchen, dazu noch ein paar Gedanken darzulegen.

Das Fundament, das nötig ist, muß wohl im nationalen Bereich gelegt werden. In jedem Land, das eine lebendige wissenschaftliche Tradition besitzt, über Forschungsstätten und Hochschulen in größerem Umfang verfügt, sollte eine Vereinigung von Wissenschaftlern gegründet werden, deren Ziele und Aufgaben näher erläutert seien: Dieser Vereinigung sollen die führenden Wissenschaftler des Landes angehören, soweit sie aufgeschlossen sind für die neuen Aufgaben des Wissenschaftlers in der modernen Gesellschaft; sie geben mit ihren Namen der Vereinigung das nötige Ansehen und Gewicht in der Öffentlichkeit ihres Landes. Ferner sollen zu ihren Mitgliedern auch jüngere Wissenschaftler gehören, die bereit sind, einen Teil ihrer Zeit und Arbeitskraft auch solchen Problemen zu widmen, die mit den Auswirkungen von wissenschaftlichem und technischem Fortschritt auf die menschliche Gesellschaft zusammenhängen — auch dann, wenn diese Arbeit nicht unmittelbar der Förderung ihres Fachgebietes dienlich ist und ihrem beruflichen Fortkommen nicht unbedingt nützt.

In der Vereinigung sollten möglichst alle Wissensgebiete vertreten sein, wenn auch natürlich die Naturwissenschaften, die technischen Wissenschaften, die Medizin und die Soziologie vorherrschend sein werden. Auch angesehene Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, die keine Wissenschaftler sind, können Mitglieder der Vereinigung werden, doch sollten sie immer nur eine kleine

Minorität bilden. Von entscheidender Wichtigkeit ist die vollständige Unabhängigkeit der Vereinigung von allen parteipolitischen und ideologischen Einflüssen oder von Interessenverbänden. Das bedeutet freilich Verzicht auf direkten Einfluß auf politische Entscheidungen, aber dafür einen Gewinn an Prestige für eine unbeeinflusste, dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtete Körperschaft. Ihre Stärke liegt allein in diesem öffentlichen Ansehen, das daher sorgfältig gehütet werden muß.

Welcher Art sollen nun die Aufgaben und Ziele einer derartigen Vereinigung sein? Zunächst sollte sie der Selbstinformation und Selbsterziehung der Wissenschaftler dienen: In einer interfakultativen Zusammenarbeit der einzelnen Fachdisziplinen müssen die Auswirkungen wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die menschliche Gesellschaft studiert werden sowie die darauf folgenden besonderen Aufgaben und Verpflichtungen der Wissenschaftler in unserem technisierten Zeitalter. In einem Informationszentrum werden alle diesbezüglichen Fakten gesammelt, ein Rundbrief informiert die Mitglieder über neue Entwicklungen und regelmäßige Arbeitstagungen, die einem bestimmten Problem gewidmet sind, ermöglichen eine Diskussion desselben über die Fachgrenzen hinaus, jeweils bezogen auf den besonderen Aspekt der Wechselbeziehung von Wissenschaft und Gesellschaft.

Diese Information gilt es weiterzugeben an die jüngere Wissenschaftlergeneration und die Studenten an den Universitäten und Hochschulen. Durch interfakultative Seminare oder Vortragsveranstaltungen muß das Interesse der Studenten geweckt werden; in ihrem Fachstudium selbst müssen sie lernen, daß unsere Zeit, wenn ihre Probleme gemeistert werden sollen, mehr verlangt als nur den hervorragenden Fachspezialisten. Sie müssen wissen, daß das zusätzliche Engagement, das ihre Mitarbeit an solchen Seminaren oder besonderen Studiengruppen erfordert, ihren beruflichen Werdegang nicht behindert, sondern einen notwendigen Teil ihrer Ausbildung darstellt.

Die nächste Aufgabe der Vereinigung betrifft die weitere Öffentlichkeit außerhalb der Hochschulen. Hier gilt es, die Bedeutung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erklären, ihren möglichen Nutzen für die Gesellschaft und die Möglichkeiten ihres Mißbrauches. Trotz des großen Ansehens, das wissenschaftliche Forschung heute in breiten Kreisen genießt, fehlt es durchaus noch an einem breiteren Verständnis ihres Wesens und der Bedeutung ihrer technischen Anwendung. In viel stärkerem Maße als bisher müßten sich Wissenschaftler für populäre Publikationen und für Vorträge in Radio und Fernsehen zur Verfügung stellen.

Schließlich sollte es Aufgabe der Vereinigung sein, sachkundige Beratergruppen zur Beratung der Regierung zur Verfügung zu stellen in allen solchen Fragen, die einer wissenschaftlichen Bearbeitung zugänglich sind. Solche Fachgutachten sollten auch dann erstellt werden, wenn z. B. bestimmte Maßnahmen oder Beschlüsse der Regierung auf einer offensichtlichen Fehldeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse beruhen oder unter mangelnder Berücksichtigung neuer technischer Entwicklungen entstanden sind — auch wenn sie nicht ausdrücklich von der Regierung angefordert wurden. Solche Gutachten, zumal wenn sie der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden, können sicher zunächst Mißbehagen oder sogar Mißtrauen von seiten der Regierung begegnen; auf lange Sicht aber wird jede Regierung den Vorteil zu schätzen wissen, jederzeit den authentischen, zuverlässigen Rat einer unabhängigen Körperschaft, die die besten Wissenschaftler ihres Landes umfaßt, zur Verfügung zu haben. Die vorgeschlagene Vereinigung würde dann die Tradition der wissenschaftlichen Akademien in einem neuen, unserer Zeit angepaßten Sinne fortsetzen.

Nach dem zweiten Weltkrieg gründeten Naturwissenschaftler in den Vereinigten

Staaten (vor allem solche, die in der Entwicklungsarbeit für die Atombombe tätig waren) unter dem Eindruck der dadurch übernommenen Verantwortung die „Federation of American Scientists“, die heute einige tausend Wissenschaftler als Mitglieder umfaßt und deren Ziele den oben beschriebenen ähnlich sind. Die FAS hat mehrfach in entscheidenden Debatten über die amerikanische Atomwaffenpolitik eingegriffen, z. B. durch Einwirkung auf Kongreßmitglieder, durch Erzwingung von Hearings oder durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Wesentlich durch ihre Initiative ist die Expertenkonferenz in Genf zur Aufstellung eines Kontrollsystems für das Verbot von Kernwaffenversuchen zustande gekommen.

Auch in einigen europäischen Ländern bestehen bereits Wissenschaftlervereinigungen nach Art der hier beschriebenen. In der Bundesrepublik wurde die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ im September 1959 gegründet. Sie umfaßt zur Zeit etwa 100 Wissenschaftler aller Disziplinen, darunter eine große Zahl international bekannter Persönlichkeiten; sie ist an fast allen deutschen Hochschulen bereits durch einige Mitglieder vertreten.

Von diesen Körperschaften auf nationaler Ebene führt dann der nächste Schritt zu einer internationalen Zusammenarbeit auf regionaler Basis. Diese sollte die Wissenschaftlervereinigungen benachbarter Länder umfassen, die traditionell und in ihrer politischen Struktur einander eng berühren, was die Zusammenarbeit erleichtert. Ein eigenes Institut als regionales Zentrum der beteiligten nationalen Vereinigungen sollte an einem geeigneten Ort errichtet werden; es könnte etwa den Namen „Institut für Wissenschaft und Weltpolitik“ tragen oder „Institut für Friedensforschung“ und sollte als Forschungsinstitut einen ständigen Mitarbeiterstab von Wissenschaftlern mit einem Direktor und einem Beirat, bestehend aus den Vorsitzenden der nationalen Wissenschaftlervereinigungen der beteiligten Länder, haben. Studenten und jüngere Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete sollten durch besondere Stipendien vorübergehend an diesem Institut arbeiten können und gemeinsam spezielle Studien über die Auswirkungen wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse auf die Gesellschaft durchführen. Das Institut böte die Möglichkeit zu internationalen Tagungen, in denen von Fachleuten über solche Probleme referiert, Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Vorschläge für die Gesetzgebung und Exekutive der einzelnen Länder ausgearbeitet werden könnten. Bei der engen Verflechtung der Länder auf fast allen Gebieten würden derart viele Aufgaben an ein solches Institut herantreten, daß sie hier nicht aufgezählt werden können.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß in Europa bereits eine ganze Reihe internationaler Organisationen mit wissenschaftlichen oder technischen Aufgaben besteht. Aber sie dienen entweder ausschließlich der fachwissenschaftlichen Zusammenarbeit der Nationen, wie das europäische Kernforschungsinstitut CERN in Genf, oder sie verfolgen primär politische Ziele, und ihre Mitarbeiter sind vorwiegend Verwaltungsbeamte der beteiligten Regierungen. Das hier vorgeschlagene Institut würde sich insofern von diesen schon bestehenden Organisationen unterscheiden, als seine Mitarbeiter und Leiter ausschließlich Wissenschaftler wären ohne bestimmten Auftrag und Weisung von seiten ihrer Regierungen, die aber mit Problemen der Politik im allgemeinen Wortsinne beschäftigt wären, soweit diese Probleme mit wissenschaftlichen Methoden untersucht werden können.

Das hier Gemeinte wird vielleicht durch den Hinweis auf eine besonders wichtige konkrete Aufgabe der unmittelbaren Zukunft klar: Es ist das Problem der Abrüstung und Kontrolle. Während schon eine Reihe von Plänen einer stufenweisen Abrüstung zwischen den Atomgroßmächten vorliegt, ist über die Impil-

kationen solcher Abrüstungsvereinbarungen auf die Sicherheit der kleinen Staaten, insbesondere in Europa, noch so gut wie nichts bekannt. Darüber hinaus könnte in Betracht gezogen werden, solche Institute entscheidend bei der Einrichtung und Unterhaltung des für eine Abrüstung notwendigen Kontrollapparates zu beteiligen. Die erforderliche Inspektion ist in erster Linie eine technische und erst dann eine politische Angelegenheit. Liegt sie in den Händen einer von Wissenschaftlern geleiteten Organisation, so wird der Argwohn gegenüber einem Mißbrauch der Kontrollorgane zu Spionagezwecken gemindert werden. Auch in einer zukünftigen abgerüsteten Welt werden Inspektion und Kontrolle bestehenbleiben müssen; eine Kontrolle zur Verhinderung jeglichen Mißbrauches von Wissenschaft und Technik. Sie könnte am effektivsten sein, wenn sie einer internationalen Wissenschaftlerorganisation übertragen würde.

Es wäre wohl sinnvoll, das erste Institut der besprochenen Art an einem geeigneten Ort in Westeuropa, z. B. in der Schweiz oder in einem der skandinavischen Länder, zu errichten — als Arbeits- und Kontaktzentrum für die Wissenschaftlervereinigungen der west- und mitteleuropäischen Länder diesseits des Eisernen Vorhangs. Mir scheint, daß ein solches Institut eine sehr viel wichtigere Funktion haben würde als etwa eine europäische Universität von traditionellem Charakter und sehr viel mehr zu einer Annäherung der Nationen beitragen würde. Vielleicht ist es denkbar und möglich, ein ähnliches Zentrum etwa in Polen oder in Jugoslawien für die Länder Europas mit kommunistischen Staatsformen außerhalb der UdSSR zu gründen. Die Zusammenarbeit beider Zentren könnte vor allem in Fragen der kontrollierten Abrüstung in Europa von großem Wert sein. Diese Institute könnten als Muster für die spätere Errichtung ähnlicher Einrichtungen außerhalb Europas (in Indien, Ostasien, Südamerika und Afrika) dienen. Es sollten daher Möglichkeiten geschaffen werden, die Wissenschaftler aus den jungen Nationen an den zuerst errichteten Instituten mit den Problemen der Verwissenschaftlichung und Industrialisierung der Gesellschaft vertraut zu machen. Das gemeinsame Studium der besonderen Problematik dieses Prozesses in den Entwicklungsländern wäre eine der wichtigen Aufgaben solcher Institute. Die regionalen „Institute für Wissenschaft und Weltpolitik“, verteilt über alle Länder der Erde, würden dann das Fundament bilden, auf dem sich die Organisation der Pugwash-Konferenzen aufbaut als ein Forum der weltweiten Zusammenarbeit der Wissenschaftler, vor allem zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR.

*

Diese Vorschläge mögen utopisch erscheinen. Aber man muß bedenken, daß manche Ansätze dazu bereits heute verwirklicht sind. Kein Zweifel besteht daran, daß die Ergebnisse der modernen Wissenschaft eine Neuordnung unserer Welt verlangen, und es ist ebensowenig zweifelhaft, daß zu dieser Neuordnung die Wissenschaftler selbst einen entscheidenden Beitrag leisten müssen.

Eine einheitliche Weltregierung dürfte nicht nur ein utopischer, sondern auch ein keineswegs erstrebenswerter Zustand zur Ordnung der Weltverhältnisse sein. Ich halte es aber für möglich, daß ein System internationaler Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, wie es in den Pugwash-Konferenzen im Ansatz bereits verwirklicht ist und wie es etwa nach den hier dargelegten Vorschlägen weiter ausgebaut werden könnte, in Zusammenarbeit mit den Trägern der politischen Macht, die Grundlagen zu einem Ordnungssystem in unserer Welt legen könnte, das den besonderen Erfordernissen dieser durch Wissenschaft und Technik geformten Welt gerecht wird, ihre besonderen Schwierigkeiten meistert und zugleich die bunte Vielfalt des Lebens auf unserer Erde erhält. Es lohnt sich, den Versuch zu wagen!

WISSENSCHAFT UND STAAT

Das Ende der liberalen Symbiose von Wissenschaft und Staat

1. Neue Tendenzen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Betrachten wir das Verhältnis von Staat und Wissenschaft, von Forschung und Politik, wie es sich in den Jahren nach 1945 in Westdeutschland entwickelt hat, so zeigt sich auf den ersten Blick — wie auf so vielen anderen Gebieten — ein Restaurationsprozeß. Anscheinend wurde jene liberale Symbiose, jenes optimistische Leben und gegenseitige Lebenlassen von Staat und Wissenschaft wiederhergestellt, die sich schon in wilhelminischer Zeit in Deutschland herausgebildet hatte, die für die Zeit der Weimarer Demokratie so charakteristisch war und deren Zusammenbruch in der Zeit des Dritten Reiches sich so verhängnisvoll ausgewirkt hat. Außerlich betrachtet, gelang es im großen und ganzen, den früheren Zustand wiederherzustellen. Wir haben wieder eine weitgehende Freiheit der Forschung und Lehre. Sicher gibt es heute politische Kräfte, die diese Freiheit einschränken möchten: Konfessionalismus und ideologischer Antikommunismus bedeuten auf lange Sicht eine Gefahr, hier und da wohl auch eine Erschwerung bei Berufungen und Publikationen. Aber bisher konnte sich die Wissenschaft noch ganz gut gegen unsachliche Eingriffe politischer Kräfte zur Wehr setzen, wenn es Ernst wurde, wie etwa der Fall Schlüter beweist. Wenn wir die allgemein üblichen Gesichtspunkte walten lassen, unter denen bisher das Thema Freiheit der Wissenschaft betrachtet wurde, so ist der Status der Wissenschaft heute sicher nicht schlechter, als er in der Weimarer Zeit war, in der es ja auch gelegentliche Konflikte gab.

In institutioneller Hinsicht haben wir eine Wiederherstellung der akademischen Selbstverwaltung in einem ähnlichen Rahmen erlebt, wie wir sie früher auch besessen haben. (An manchen Stellen, wie etwa in Berlin, ist sie sogar weiter ausgebaut als in der Vergangenheit.) Natürlich besteht eine Abhängigkeit von den Kultusministerien, die aber in der Regel nicht absichtlich auf eine Einschränkung der akademischen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung hinarbeiten, ferner die leidige Abhängigkeit von den Finanzministerien, denen man jedoch ebenfalls nicht unterschreiben kann, daß sie die Wissenschaft unter ihre Herrschaft bringen wollten.

Dieses restaurierte liberale Modell hat im Bewußtsein der Wissenschaftler und auch in dem der meisten demokratischen Politiker einen liberalistischen Überbau. Wir sind zumeist der Meinung, daß es der Wissenschaft wie auch der Politik und dem Leben des Staates am besten bekomme, wenn man die Wissenschaftler frei und ungeschoren forschen und lehren lasse. Die finanzielle Abhängigkeit vom Staat ist hierbei ein Schönheitsfehler, der unvermeidlich ist und dessen negative Auswirkungen wir zu mildern suchen, indem wir nach Möglichkeit Kulturpolitiker und Kultusbeamte bestellen, die für die Freiheit der Wissenschaft Verständnis haben, und indem wir Beiräte gründen, in denen die Wissenschaftler selbst zu Wort kommen.

Scheinbar ist also der alte Zustand wiederhergestellt. In Wahrheit hat sich aber das Verhältnis von Staat und Wissenschaft geändert. In nächster Zeit wird dies noch viel deutlicher werden, als es heute bereits ist.

Drei in neuester Zeit immer bedeutsamer werdende Tendenzen sind zu erwähnen:

a) Die Politik braucht die Wissenschaft

Eine Reihe von politischen Problemen hat heute eine solche Kompliziertheit erreicht, daß sie mit den herkömmlichen Methoden und Hilfsmitteln der Politik nicht gelöst werden können. Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wehrpolitik, Kulturpolitik können — nicht zuletzt, weil sie sich gegenseitig immer stärker durchdringen — nicht allein mit den traditionellen Formen der Diplomatie, des parlamentarischen Spiels der Berufspolitiker und der Arbeitsweise der Verwaltungsjuristen und Militärs alten Stils betrieben werden. Die Erweiterung der politischen Bereiche und ihre wachsende Interdependenz — mit Händen zu greifen in der Verflechtung von Wirtschafts- und Verteidigungspolitik, von Wirtschafts-, Kultur- und Außenpolitik bei der Entwicklungshilfe, von Wirtschafts- und Sozialpolitik in allen Bereichen des industriellen Lebens, von Außen- und Sozialpolitik in der Montanunion —, diese Verflechtung erzeugt solche Orientierungsschwierigkeiten und Ratlosigkeit, daß die Politiker mehr denn je sich nach Hilfe umsehen. Und diese kann nach Lage der Dinge nur von der Wissenschaft kommen.

b) Wissenschaften werden praktikabel

Dieser Tendenz kommt nun auch ein Trend in einer Reihe von wissenschaftlichen Disziplinen entgegen. Manche Wissenschaften sind im Laufe der letzten Jahrzehnte — z. T. erst in jüngster Zeit — in ein Stadium eingetreten, in dem sie einem Wunsch der Politiker nach Orientierung und Rat auch entsprechen können. Wissenschaftliche Disziplinen haben oft eine lange und ehrwürdige Geschichte, in der sich eine wissenschaftliche Großtat an die andere reiht. Aber erst von einem bestimmten Augenblick an können detaillierte Forschungsergebnisse in konkrete politische Entscheidungen eingebaut werden. Ein Beispiel: Ohne Zweifel hat auch schon die klassische Nationalökonomie die Politik beeinflußt. Aber dies geschah mehr mittelbar als unmittelbar. Die wichtigste politische Auswirkung bestand sicher darin, daß die ältere Volkswirtschaftslehre Bestandstücke enthielt, aus denen sich eine Ideologie zimmern ließ, die ihrerseits dann das geistige Band und agitatorische Werkzeug für das Gesamthandeln politischer Gruppen bildete. Indirekt wurden dadurch auch Detailentscheidungen beeinflußt. So bedeutungsvoll dieser Einfluß jedoch war, so läßt er sich doch weder quantitativ noch qualitativ mit der heutigen Situation vergleichen, in der konkrete Entscheidungen der Steuer-, Währungs-, Investitions- und Kulturpolitik des Staates unmittelbar auf speziellen wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen basieren.

Nicht nur in der Nationalökonomie, sondern auch anderswo können wir beobachten, wie sich die wissenschaftlichen Disziplinen allmählich (vielfach auf Grund ihrer immanenten Entwicklung, nicht nur infolge neu auftauchender praktischer Bedürfnisse) in die Zone der Praktikabilität hineinschieben. In der neuesten Zeit geschieht dies auch in der Soziologie, nachdem die empirische Sozialforschung große Fortschritte gemacht hat. Sicherlich wird man auch für die Ethnologie einen Zeitpunkt finden können, von dem ab sie in ihren Forschungsergebnissen umfassend, präzise und für aktuelle Fragestellungen aufgeschlossen genug war, um für Kolonialverwaltungen und souveräne Regierungen nichteuropäischer Staaten verwertbar zu sein. Solange man in romantischer Absicht nur auf der Suche nach dem Kosmos einer in sich geschlossenen primitiven, d. h. „ursprüng-

lichen", Menschheitskultur war, waren ihre Ergebnisse nur hier und da von Missionaren praktisch zu verwerten. Als Malinowski das Thema des „Kulturwandels“ systematisch aufgriff (also des Umformungsprozesses, in den primitive Kulturen in Berührung mit Hochkulturen, vor allem mit der europäischen Zivilisation, gerieten), wurde die Ethnologie zu einer eigentlich unentbehrlichen Verwaltungswissenschaft, was sich bis heute freilich noch nicht überall herumgesprochen hat. Bei den naturwissenschaftlichen Disziplinen läßt sich viel leichter aufzeigen, wann jeweils die Grenze zur Praktikabilität überschritten wurde, d. h., ab wann sich Forschungsergebnisse in Technik umsetzen ließen.

Selbstverständlich gibt es auch Wissenschaften, bei denen die praktische Verwertung der Ergebnisse von vornherein intendiert ist, z. B. die Medizin. Ferner gibt es in den meisten Wissenschaften eine Wechselbeziehung von praktischer Anwendung und Forschung. Sowohl in den frühen Stadien geringer und nur mittelbarer Praktikabilität als auch in späteren Stadien wird die sogenannte „reine Forschung“ oft durch aktuelle praktische Probleme der Gesellschaft beeinflusst und angeregt. Immerhin kann man es als ein Merkmal unserer Zeit ansehen, daß die Zahl der Wissenschaften zugehommen hat, deren konkrete Detailergebnisse unmittelbar, und zwar nicht nur hier und da von Privatleuten, sondern auch umfassend auf der politischen Ebene, anwendbar geworden sind. Der Konkurrenzkampf der politischen Gruppen erzwingt zunehmend die Verwertung dieser Ergebnisse.

c) Forschungskosten haben eine politische Größenordnung

Noch eine dritte Tendenz ist erwähnenswert, die ebenfalls auf das Verhältnis von Staat und Wissenschaft verändernd einwirkt. Gerade die eben genannte Entwicklung der Wissenschaften, die sie in die Zone der Anwendbarkeit im großen Stil hineinführt, läßt Umfang und Kosten der Forschung und ihrer Apparatur so anwachsen, daß diese eine politische Größenordnung annehmen. Im Vergleich zu den Verhältnissen vor noch wenigen Jahrzehnten liegt heute insofern eine qualitativ andere Situation vor, als nicht mehr nur Entscheidungen auf der politischen Ebene darüber gefällt werden, wieviel Geld man für die Hochschulen und andere Forschungsinstitutionen insgesamt ausgeben will, und man die Aufteilung faktisch der Verwaltung oder den Forschern bzw. ihren akademischen Selbstverwaltungsorganen überläßt. Vielmehr sind auch Einzelposten und Einzelprojekte der Forschung mitunter so bedeutsam, daß sie im politischen Spiel um das Geld des Staates ein fühlbare Rolle spielen.

Den Politikern, auch wenn sie der liberalen Überzeugung huldigen, daß die Wissenschaft sich am besten entfaltet, wenn man sie großzügig finanziert und im übrigen sich selbst überläßt, bleibt gar nichts anderes übrig, als Entscheidungen zu fällen, die den Inhalt der zukünftigen Forschung berühren. Sie müssen beschließen, wo Schwerpunkte gebildet werden, ja unter Umständen, welche Forschungsrichtungen in dem Lande, das sie regieren, gefördert und welche etwas kürzer gehalten werden sollen. Denn die hemmungslose Expansion der Wissenschaft nach allen Richtungen, wie sie etwa für die Zeit der Jahrhundertwende charakteristisch war, ließe sich nicht mehr finanzieren; d. h., die Politiker müssen in die wissenschaftliche Forschung (und auch die wissenschaftliche Lehre) lenkend eingreifen. Tun sie dies nicht, bewirken sie dennoch — eventuell ohne es zu wissen — Weichenstellungen von großer Bedeutung für die Zukunft.

Die Wissenschaftler geraten hierdurch ihrerseits in das politische Kräftespiel, mehr, als sie es meist wahrhaben möchten. Indem sie ihre kostspieligen Projekte durchzusetzen versuchen oder dabei scheitern, merken sie bald, welche politischen

Strömungen und Gruppen ihnen günstig oder weniger günstig sind. Sie bemerken, daß bei ihrem jeweiligen Tun die Verbündeten einmal ‚links‘, das andere Mal ‚rechts‘ stehen. Sie merken, daß sie ihre so unpolitische Wissenschaft weiter nur erfolgreich treiben können, wenn sie selbst anfangen, politisch mitzumischen. Ja, vereinzelt entdecken sie sogar, daß das Betreiben von Wissenschaft überhaupt in Wahrheit seit je ein politisch relevantes Tun war. Auch im liberalen bürgerlichen Staat erhofften die Machthaber ja politischen Nutzen und keinen Schaden für ihre Position. Sie meinten nur nicht ohne Grund, daß eine sich frei entfaltende, unreglementierte Wissenschaft ihnen bei allen Unbequemlichkeiten, die damit verbunden waren, letzten Endes mehr nützen würde als eine reglementierte.

2. Die Wissenschaft ist für die neue Entwicklung nicht vorbereitet

a) *Ideologische Schwierigkeiten*

Im ganzen gesehen, ist es für keine Gesellschaftsordnung und für kein politisches System gleichgültig, ob — noch dazu auf Kosten des Staates — sich Menschen autonom darum bemühen, Tatbestände aller Art rational aufzuhellen, die vorher unbekannt waren oder die auf ganz andere Weise gedeutet wurden. Dieses Bemühen, nicht nur nicht zu kontrollieren, sondern auch noch zu finanzieren, ist eine Zumutung für jeden Machthaber. Die abendländische Wissenschaft hat sehr lange gebraucht, bis die natürlichen Hemmungen gegenüber dieser Haltung so weit eingedämmt waren, wie sie es heute sind. Und auch heute begegnet die Wissenschaft selbstverständlich noch immer Widerständen gegen eine Aufhellung von irgendwelchen Sachverhalten, wenn Gruppen gerade daran interessiert sind, den Schlaf der Welt nicht zu stören, wobei sie ihren Widerstand sehr oft ebenfalls in wissenschaftliche oder pseudowissenschaftliche Argumente kleiden.

Auf jeden Fall müssen wir uns darüber klar sein, daß die Wissenschaft als solche — nicht nur die Bemühung um ihre Finanzierung — politisches bzw. politisch bedeutsames Geschehen ist. Die Wissenschaft ist nicht politisch unschuldig, und sie ist es auch nie gewesen. Sie hat die Erweiterung, Rationalisierung und Systematisierung des Wissens der Gesellschaft von sich und der Welt zum Ziel. Sie ist nach dem Gesetz angetreten, ständig neues Wissen zu produzieren und altes Scheinwissen zu entwerten. Nur ein naiver Mensch kann glauben, daß alle Teile der Gesellschaft mit einer solchen institutionalisierten Beunruhigung des Lebens einverstanden sein könnten.

Damit dieses Einverständnis Allgemeingut werden konnte, mußte ein guter Teil liberalen bürgerlichen Fortschrittsglaubens zur unreflektierten Denkvoraussetzung der öffentlichen Meinung werden. Dies geschah seltsamerweise in Deutschland in der Zeit, als der politische Liberalismus sich zersetzte und als selbständige politische Kraft stark an Bedeutung einbüßte. Es liegt eine gewisse Tragik in jenem Vorgang, der sich durch die Jahrzehnte des Kaiserreichs hinzieht. Der politische Liberalismus stirbt einen langsamen Tod. Gleichzeitig verströmt er sein Gedankengut weit in das Bewußtsein der Gesamtgesellschaft. Dabei verliert dieses Ideengut jedoch vielfach seine politischen Bezüge, obwohl es doch auf bestimmte politische Voraussetzungen angewiesen ist, wenn es bewahrt werden soll. Zum Teil pflanzen die Erben es in einen anderen politischen Garten um. Manche liberalen Ideen finden in der Folgezeit ihre besten Anwälte im sozialistischen Lager. Andere Ideen werden zum abgesunkenen Kulturgut, über deren gesellschaftliche Herkunft und politische Bedingtheit man sich nicht mehr klar ist, was natürlich zu verhängnisvollen Fehlhaltungen führen kann, wenn die politischen Verhältnisse sich ändern.

So ist es im Grunde mit der Freiheit der Wissenschaft in der spätbürgerlichen Epoche gewesen. Man verstand sie als Freiheit von der Politik und vergaß, daß freie Wissenschaft ein Teil der Freiheit in der Politik ist. Bereits in der Blütezeit der liberalen Symbiose von Staat und Wissenschaft war die herrschende Interpretation dieses Zustandes — bei Licht besehen — wenn nicht ein falsches, so doch ein unvollständiges Bewußtsein. Das Ideal der Freiheit der Wissenschaft, wie es in vielen Köpfen der Wissenschaftler lebte, war im Grunde bereits ein Teil jenes verkümmerten, weil entpolitisierten bürgerlichen Bewußtseins, des Bewußtseins jener Bildungsschicht, die trotz elitären Anspruchs in Wahrheit zu einer domestizierbaren Experten-Mittelschicht abgesunken war. Soweit ihren Angehörigen die Freiheit der Wissenschaft noch ein ernsthaftes Anliegen war, gerieten sie dennoch oft in eine hilflose Lage, weil sich aus dieser Idee — die losgelöst von ihren politischen Bezügen war — keine Maßstäbe politischen Verhaltens mehr entwickeln ließen. Nachdem aber nun, wie wir anfangs gesehen haben, unter der Oberfläche der institutionellen Regelungen und der Selbstverständigung auf Tagungen und Konferenzen in Wahrheit eine neue Phase im Verhältnis von Wissenschaft und Staat eingetreten ist, erweist sich die uns geläufige Auffassung von einer freien Wissenschaft, die — verstanden als Freiheit von der Politik — in Wahrheit eine verkümmerte Form des Liberalismus ist, als ein falsches Bewußtsein. Nichtsdestoweniger ist es die typische Ideologie der sozialen Gruppe der Wissenschaftler. Und hier liegt der erste Grund dafür, daß die Wissenschaft ihrer neuen Stellung in Gesellschaft und Politik nicht gewachsen ist. Sie gefällt sich in einer Rolle, die sie mit einigem Anstand früher einmal spielen konnte, die ihr aber heute nicht mehr vergönnt ist.

b) Institutionelle Hemmungen

Der zweite Grund, weshalb die Wissenschaft sich auf die neue Verflechtung von Politik und Wissenschaft nicht einstellen kann, liegt in den Organisationsformen der Wissenschaft. Es ist nicht sehr originell, wenn man auf den archaischen Charakter unserer wissenschaftlichen Institute und den altertümlichen Aufbau unserer Universitäten und Hochschulen hinweist. Dennoch müssen wir es in unserem Zusammenhang tun, und zwar geht es jetzt nicht um ihre mangelhafte personelle und sachliche Ausstattung, so wichtig dieses Thema ist. Vielmehr interessiert uns jetzt die Struktur der Sozialformen der Wissenschaft, und zwar nur in einer Hinsicht: Inwieweit sind sie in der Lage, angesichts der stärkeren Verflechtung von Wissenschaft und Staat eine Position zu beziehen, die ihren Bedürfnissen gerecht wird? Wir wollen hier auch nicht in Polemik verfallen und pauschal darüber klagen, wie altmodisch alles sei. Es ist ja noch eine große Frage, ob und wieweit sich Institutionen mit ehrwürdiger Tradition an den Zeitgeist anpassen sollen, welcher Grad von Anpassung für sie der richtige ist und inwieweit eine bewußte Beibehaltung traditioneller Formen und Verhaltensweisen harmlos oder sogar wünschenswert ist. Es gibt gerade im akademischen Raum manches, was sich lieber nicht anpassen, sondern seine Altertümlichkeit bewahren sollte, selbst auf die Gefahr hin, daß es als anachronistisch erscheint. Es wäre ein Jammer, wenn der Stubengelehrte alten Stils, der sich in seiner Privatbibliothek vergräbt und nur ans Licht der Öffentlichkeit tritt, wenn er eine schwer verständliche Vorlesung hält oder ein kleines Seminar abhält, ausstürbe. Diese Arbeits- und Existenzweise ist noch heute für eine Reihe von Disziplinen die richtige, und jede Hochschulreform müßte dafür sorgen, daß es solche Möglichkeiten auch weiterhin gibt.

Auf der anderen Seite ist es aber doch erstaunlich, in welchem Umfang das rationalste Unternehmen unserer Kultur, die moderne Forschung, eingebettet ist

in Organisationsformen, die man als Soziologe nur als vorindustriell bezeichnen kann, und wie stark sich überall Analogien zum vorindustriellen Handwerk oder anderen Gebilden der ständischen Gesellschaft aufdrängen. Max Weber hat in seinem berühmten Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ zwar bereits darauf hingewiesen, daß es in der Wissenschaft einen Trend zum Großbetrieb gibt, daß der Nachwuchswissenschaftler dadurch vielfach in die Situation eines großbetrieblichen Arbeitnehmers gerät. Mit diesem Vergleich bekam er wichtige Phänomene in den Griff. Seitdem haben geistreiche Kritiker des Hochschulwesens und Forschungsbetriebes immer wieder diese Analogie verwendet. Dabei ist uns aber entgangen, inwieweit in weiten Bereichen unseres akademischen Lebens gerade — man kann es nicht anders nennen — Handwerks- und Zunftgeist die Effektivität des Wirkens der Wissenschaftler sowohl im eigensten Bereich der Forschung und Lehre als auch bei der Wahrnehmung von Verwaltungs- und politischen Funktionen behindert hat. Es wäre falsch, hieraus die Konsequenz zu ziehen, daß die Wissenschaft sich wirklich „industrialisieren“ sollte; denn erstens hat sie ganz andere Aufgaben zu lösen als ein Industriebetrieb, und zweitens hat die Industrie ihre eigenen Organisationsschwierigkeiten.

Die handwerkliche Produktion geriet seinerzeit gegenüber der industriellen nicht nur wegen deren technischer Überlegenheit ins Hintertreffen, auch nicht nur wegen der Vorteile, die die Konzentration von Arbeitskräften unter einer strengen Aufsicht mit sich bringt. Der erste Schritt in die neuzeitliche Wirtschaft war ja der Ausbau der Heimindustrie, die weder den größeren Betrieb noch die moderne Technik kannte. Im Vorteil war diese frühkapitalistische Heimindustrie mit Verlagssystem vor allem dadurch, daß die Formen der Arbeitsverteilung und der Wiederzusammenfügung der Arbeit nicht durch das Status- und Korporationsdenken der alten Ständegesellschaft festgelegt waren, sondern sich nach Gesichtspunkten größtmöglicher Effektivität richten konnten. Merkmal des alten Handwerks ist, daß es innerhalb des Betriebes keine von der Produktion her bestimmte Arbeitsteilung gibt. Was einer jeweils tut, bestimmt sich unsystematisch von Fall zu Fall oder auch nach dem Statussystem: Meister, Geselle, Lehrling. Die Schwäche dieses Systems liegt darin, daß auf den einzelnen, je nach Zufall oder Status, eine Vielzahl von Funktionen fällt, von denen er nicht alle gleich gut bewältigen kann. Im Zweifelsfall ist der Meister ein guter Handwerker, aber schlechter Geschäftsmann usw. Hingegen gibt es zwischen den einzelnen zünftlerisch organisierten Handwerkern rigorose Kompetenzabgrenzungen, die ebenfalls einer Effektivität der Produktion und des Absatzes nicht immer förderlich sind. Ein Produkt, an dessen Herstellung verschiedene Handwerke nacheinander beteiligt sind, läuft von Betrieb zu Betrieb, von Zunft zu Zunft. Wo dieser Ablauf unvermeidlich ist und viele Stufen aufweist, wie in der Tuchherstellung, beginnt bereits im Mittelalter die Zersetzung des alten Systems, und es entstehen faktisch kapitalistische Unternehmensformen, obwohl die alten Zunftordnungen formell weiterbestehen.

Ich möchte nun die Behauptung aufstellen, daß die mangelnde Effektivität vieler unserer wissenschaftlichen Institute nicht nur darauf beruht, daß sie zu klein und zu schlecht ausgestattet sind, sondern daß auf Grund eines mittelalterlich anmutenden Status und Korporationsdenkens die Arbeit falsch verteilt und ungenügend koordiniert wird. Funktionen, die besser auf hauptberufliche Spezialisten aufgeteilt werden sollten, werden in der Hand eines Mannes vereinigt. Umgekehrt ist die Koordination und Kooperation durch die Eifersucht der Zünfte im Hinblick auf ihre Zuständigkeitsbereiche erschwert. Ich brauche im einzelnen nicht auszuführen, wieviel unnötige Verwaltungstätigkeit bereits in kleinen Instituten nur dadurch entsteht, daß der Professor und der Assistent von Verwaltung nichts verstehen. Diese Unkenntnis führt nicht nur zu Doppelarbeit und

Umständlichkeiten, sondern hat auch zur Folge, daß die Institute gegenüber den Eigentendenzen der aus Berufsbürokraten bestehenden Staatsverwaltung wehrlos sind. Was für das einzelne Institut in Verwaltungsfragen gilt, ist auch so bei den Organen der akademischen Selbstverwaltung. Die akademische Zunftdemokratie mit ihren Gremien, die nur gelegentlich zusammentreten und aus nebenamtlich fungierenden Verwaltungslaien bestehen, ist natürlich außerordentlich schwerfällig und kaum fähig, sich selbst zu reformieren, wie Schelsky in seiner Antrittsvorlesung in Münster sehr gut ausgeführt hat. Sie ist schwerfälliger noch als die gewiß schwerfällige Staatsbürokratie, die ja vor einigen Jahrhunderten nicht ganz ohne Grund das alte Korporationssystem abgelöst hat.

Die wenig leistungsfähige Arbeits- und Funktionsverteilung wirkt sich heute am verhängnisvollsten in der Forschung aus. Sie bedroht damit das Herz der Wissenschaft. Das starre Statussystem innerhalb der Institute wie auch die zünftlerische Abschürung der Fächer voneinander macht die Durchführung von Teamforschung, vor allem die Bildung interdisziplinär arbeitender Teams, vielfach unmöglich. Es würde zu weit führen, dies im einzelnen zu schildern. Nur eine Beobachtung: Wie sehr Zweckmäßigkeitpunkte im Hinblick auf den Fortgang der Forschung durch Statusgesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt werden, erkennt man an folgendem: Thematik, Anlage, Dauer, Kontinuität eines großen Teils der Forschung, die an unseren Hochschulen geschieht, wird nicht durch die Forschungsziele bestimmt, sondern dadurch, daß ein ganz großer Teil der Forschenden damit beschäftigt ist, einen neuen akademischen Status zu erobern: zu doktorieren, zu habilitieren usw. Dies hat auch Vorteile. Die Hoffnung auf den Doktorhut z. B. spornt zur Leistung an. Aber es wäre eine Untersuchung wert, einmal festzustellen, wieviel Forschungen im „Alleingang“ betrieben werden, weil eine Dissertation von einem Mann geschrieben werden muß, während es besser wäre, eine Gruppe anzusetzen; ferner, wie viele Forschungen in Grenzgebieten unterbleiben, weil Doktoranden und Habilitanden sich nicht gern zwischen die Lehrstühle setzen.

Ein anderes Beispiel: Auch die Arbeit in großen Forschungsinstituten, die nur lose mit dem Lehrbetrieb der Hochschulen verbunden sind, leidet darunter, daß der Zwang für den Wissenschaftler, innerhalb der Statushierarchie der Wissenschaft vorwärtszukommen, zu einer ungünstigen Fluktuation der Arbeitskräfte führt. Man ist auch dort oft nicht von Beruf Forscher, sondern in Wahrheit Student, der ein Praktikum macht, Doktorand, Habilitand oder reisender Vortragsredner in Berufsangelegenheiten. Ein großer Teil der Forschung wird in Deutschland mit der linken Hand betrieben, nur auf Zeit, für eine Übergangsperiode, während deren man sich gleichzeitig auf eine andersgeartete Tätigkeit vorbereitet.

c) Verwirrung im Kontaktbereich zwischen Staat und Wissenschaft

Um jetzt auf unser Thema zurückzulenken: Wenn bereits eine effektive Koordination von Forschung, Lehre und Verwaltung in den meisten Fällen durch das mittelalterliche Zunft- und Statusdenken und die daraus entstehenden institutionellen Regelungen verhindert wird, so ist natürlich nicht zu erhoffen, daß aus einem solchen System heraus die Wissenschaft diejenigen Einwirkungen auf das öffentliche Leben ausübt, die im Interesse der Wissenschaft und der Öffentlichkeit nötig sind. Der Kontaktbereich zwischen Wissenschaft und Politik zeichnet sich aus durch Zerfahrenheit, Mißverständnisse, schlechte Kommunikation und Dilettantismus; zugleich ist er auch ein beliebtes Betätigungsfeld für Betriebsmeier und ehrgeizige Scharlatane.

Wenn ich das Wort „Dilettantismus“ verwende, dann meine ich nicht, daß die in diesem Hexenkessel tätigen Personen durchweg Dilettanten seien. Diese gibt es auch. Wir alle kennen den unerfreulichen Typ des geistigen Zwischenhändlers, der ständig Tagungen veranstaltet und Traktätchen herausgibt. Daneben beteiligen sich aber auch solide Wissenschaftler und erfahrene Berufspolitiker an diesem verwirrten Spiel, in dem sie sich jedoch als Dilettanten der Kommunikation und Organisation erweisen. Es handelt sich ja um ein Gebiet, das für die Wissenschaftler wie auch die Politiker Neuland ist.

Ausdruck dieses Zustandes ist vor allem ein hypertrophes Tagungswesen. Wir können in Deutschland veranstalten, was wir wollen, und können es nennen, wie wir wollen: Kongreß, Konferenz, Gespräch, Symposium, Seminar, Rüstzeit: Unter unseren Händen verwandelt sich alles in Tagung, d. h. in eine Kommunikationsform, die allenfalls geeignet ist für erste unverbindliche Kontaktaufnahme, aber ungeeignet für präzise Kommunikation, die zu Entschlüssen (nicht nur zu Resolutionen) führt.

Genauso dilettantisch wie die in immer neuen Tagungen endenden Kommunikationsversuche sind meistens auch die Versuche, die Wissenschaft in die Vorbereitung politischer Entscheidungen einzubauen. Die überall wuchernden Expertenbeiräte sind trotz ihrer Neuheit eine genauso mittelalterliche Erscheinung wie die Zunftordnung der Hochschulen. Die Mitglieder der Beiräte und Kommissionen erinnern mich immer an mittelalterliche Bischöfe und Adlige, die möglichst viel Ämter auf ihre Person oder ihr Geschlecht häuften. Die Ämterhäufung war damals — und vielleicht auch heute — nötig zur Hausmachtbildung. Der wichtigste Anreiz war damals natürlich die Erhöhung der Einkünfte, die so aus vielerlei Pfründen zusammenflossen. Das gilt heute nicht in gleichem Umfang, es sei denn, es befinden sich Aufsichtsratsposten unter den gehäuften Mitgliedschaften. Immerhin gestatten die Reisespesen und Vortragshonorare eine reisige Existenz auf der Bundesebene, die nach tief eingewurzelten Vorstellungen nun einmal als aristokratischer gilt als das Wirken am heimischen Institutsschreibtisch, das, wie schon gezeigt, so verzweifelt der Tätigkeit eines schlichten Handwerksmeisters ähnelt. Die Ämterhäufung im Mittelalter hatte selbstverständlich zur Folge, daß die einzelnen Ämter schleppend, unsachgemäß oder gar nicht bzw. von schlecht honorierten und deshalb korrumpierbaren Vertretern versehen wurden.

Ich erspare mir, die Parallele zu unseren Beiräten und Kommissionen, die sich aus lauter ehrenamtlichen Großköpfen zusammensetzen, im Detail zu ziehen. Es ist sinnlos, eine effektive Hilfe von einem Gremium zu erwarten, das aus berühmten Wissenschaftlern besteht, die gleichzeitig noch zahlreiche andere Mitgliedschaften wahrnehmen und evtl. auch noch einen akademischen Beruf wirklich ausüben wollen. Man bekommt sie nur selten zusammen. Treten sie doch zusammen, sind sie schlecht vorbereitet, es sei denn, sie vertreten gerade bestimmte eigene Interessen. Ausführliche Gutachten und Stellungnahmen stammen in Wahrheit gar nicht von ihnen, sondern von ihren Assistenten, die man dann lieber gleich hätte anstellen können. Dann hätten sie sich der Aufgabe voll, ohne durch andere Assistentenpflichten gestört zu werden, widmen können.

3. Positive Folgerungen

Ich glaube, daß es nicht nötig ist, bei der Polemik gegen die heute herrschenden Zustände stehen zu bleiben. Es lassen sich positive Folgerungen aus der Polemik ziehen, die freilich, weil sie noch nicht ausreichend durchdacht und überprüft sind, notwendig abstrakt und skizzenhaft bleiben müssen.

Die Frage, wie angesichts der stärkeren gegenseitigen Angewiesenheit von

Wissenschaft und Politik die wachsenden Reibungen und Verwirrungen vermieden und eine beiden Teilen gerecht werdende Zusammenarbeit ermöglicht wird, hat drei Aspekte, die freilich eng miteinander verbunden sind: Die Frage hat einen ideologischen Aspekt, einen Aspekt der Kommunikation und eine institutionelle Seite. In concreto läßt sich natürlich zeigen, daß die institutionellen Schwierigkeiten von heute einerseits ihren ideologischen Hintergrund haben, andererseits Kommunikationsschwierigkeiten erzeugen. Es hängen also die drei Aspekte miteinander zusammen. Wir können aber nur nacheinander über die einzelnen Fragen sprechen.

a) Freiheit der Wissenschaft als „Freiheit in der Politik“

Die stärkere Beziehung zu Staat und Politik, der der Wissenschaftler nicht entrirenn kann, bedeutet nicht, daß er auf die Freiheit der Wissenschaft verzichten muß. Er würde die neue Situation mißverstehen, wenn er es für sein unvermeidliches Schicksal hielte, daß die Zukunft für ihn nur den Platz des Expertenfunktionärs bereit hielte. In dem Monopol allgemein wichtigen Wissens liegen genügend Machtchancen, die ein Gegenhalten gegen Kräfte erlauben, die den Wissenschaftler in die Rolle des gelehrten Staatssklaven oder Sklaven der herrschenden Klasse drängen könnten. Er muß nur die Freiheit der Wissenschaft richtig verstehen: wie gesagt, nicht als Freiheit von der Politik, sondern als Freiheit in der Politik, als Stück eines freiheitlichen politischen Systems, das, wie andere Freiheiten und Grundrechte, niemals ein für allemal durch Gesetzgebung gesichert ist, sondern immer wieder im Prozeß der Politik unter jeweils neuen Bedingungen konkretisiert werden muß. Ähnlich wie die Privatsphäre des Bürgers nicht für alle Zeiten durch einen abstrakten unabänderlichen Grundrechtskatalog garantiert wird, sondern des Korrelats einer politischen Öffentlichkeit bedarf, in der die Bürger durch politisches Handeln konkrete Forderungen im Hinblick auf die jeweiligen Siedlungsformen und Arbeitsverhältnisse formulieren und durchsetzen, muß durch kontinuierliche politische Aktivität die konkrete Freiheit der Wissenschaft immer neu konkretisiert werden. Den durch einmalige Gesetzgebung gesicherten Naturschutzpark der Wissenschaft gibt es nicht.

Die jeweiligen Bedrohungen der Freiheit der Wissenschaft sehen in jeder Periode der Wissenschafts- und Sozialgeschichte anders aus. Sie kommen keineswegs nur von bösen Feinden der Freiheit. Sie können ebensogut aus wohlmeinenden Mißverständnissen der wirtschaftlichen und politischen Praxis kommen, die neue Tendenzen der Wissenschaft für ideologisch und unwissenschaftlich halten, oder von Gruppen, die aus Wissenschaftsaberglauben ehrwürdige, aber veraltete Formen der Wissenschaft privilegieren. Gefahren können auch aus der Entwicklung der Wissenschaft selbst kommen. Die Verteuerung der Forschung bringt die Versuchung mit sich, dort weiterzuforschen, wo die geringsten Finanzierungsschwierigkeiten bestehen. Auf lange Sicht hat dies fast den gleichen Effekt, als ob mächtige Interessengruppen bewußt die Wissenschaft von sich abhängig gemacht hätten. Die Wissenschaftler müssen also die entpolitisierte Kümmerform des Liberalismus überwinden und einsehen, daß Freiheit der Wissenschaft nur innerhalb des politischen Prozesses durch eigene Teilnahme am politischen Spiel, durch Handhabung politischer Mittel und Ausnutzung von Machtchancen immer wieder neu realisiert werden muß, genauso wie andere Formen bürgerlicher Freiheit.

b) Pflege der Kommunikationsformen

Dies bedeutet nun freilich, daß es nicht genügt, lediglich allgemeine Forderungen zu stellen. Vielmehr müssen die Fertigkeiten entwickelt werden, die garantieren, daß detaillierte Wünsche richtig verstanden werden. Mit anderen Worten: Die

Kommunikationsschwierigkeiten, die heute im Zwischenbereich zwischen Wissenschaft und Staat bestehen, müssen technisch gelöst werden.

Um dafür ein Beispiel zu nennen: Die Soziologen haben es in gewisser Hinsicht schwerer, ihre Meinungen Nichtfachleuten ausreichend genau verständlich zu machen, als die Naturwissenschaftler. Dies liegt ebenfalls nicht an der Schwierigkeit des Gegenstandes. Fast möchte man sagen, im Gegenteil: Die Tatsache, daß soziologische Aussagen zum großen Teil verbal und in Worten der Alltagssprache gemacht werden, verführt zu einem raschen Scheinverständnis, das dann überall im Wege steht, wo es doch nötig ist, einen Terminus zu definieren, überhaupt den terminologischen Charakter eines auch in der Alltagssprache gebräuchlichen Wortes zu erklären oder auch einen komplizierten Sachverhalt zu erklären, bei dem es gerade auf die Nuancen ankommt. Während es in manchen Wissenschaften ein Merkmal richtiger Ergebnisse ist — und hier kommt es ja vor allem auf die Mitteilung von Ergebnissen an —, daß sie sich einfach formulieren lassen, ist es in der Soziologie umgekehrt. Eine einfache, lapidare Aussage über einen gesellschaftlichen Tatbestand ist in jedem Fall falsch, und zwar falscher, als es auch für den praktischen Gebrauch durch Nichtsoziologen in der Politik am Platz ist. Es ist aber sehr schwer, den Laien vor solchen nicht mehr tragbaren Vereinfachungen zu bewahren (zumal gerade diese einen ideologischen Sog haben), wenn man gleichwohl selbst in vereinfachten Formulierungen sprechen muß.

Diese Frage ist nicht nur praktisch bedeutsam, sondern auch von unmittelbarem wissenschaftlichem Interesse. Ich glaube, daß es eine Aufgabe der Wissenssoziologie in unserer Zeit ist, jenen sich immer mehr ausdehnenden sprachlichen Zwischenbereich genauer zu erforschen, der zwischen der alltäglichen Umgangssprache und den Fachsprachen der Wissenschaft und Technik liegt. Es ist unfruchtbar, nur darüber zu klagen, daß soviel sowohl von der Unmittelbarkeit der Volkssprache als auch von den originalen wissenschaftlichen Aussagen verlorengeht und statt dessen Sprachtypen entstehen, die oft mehr verhüllen als mitteilen. Vielmehr gilt es, systematisch diesen Zwischenbereich zu erforschen, der ja nicht von ungefähr entstanden ist. Mir scheint, daß bei dieser Arbeit sich Soziologie, Psychologie, Philologie und Informationstheorie die Hand reichen müßten. Ich brauche nicht zu betonen, daß das gleiche Problem auch da besteht, wo Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen sich über gemeinsame Forschungs- und Planungsprojekte verständigen müssen.

Diese spezielle Erforschung der Kommunikationsprobleme reicht freilich nicht aus, um das heutige Dilemma zu beseitigen. Es werden auch Menschen gebraucht, die die Fertigkeit des Übersetzens beherrschen und verwenden. Dies führt uns wieder auf institutionelle und organisatorische Fragen.

c) Wir brauchen neue Berufe

Wir brauchen in der wissenschaftlichen Welt einige neue Berufe, für die in unserem vom Zunft- und Statusdenken beherrschten Hochschulsystem bisher kein rechter Platz ist. Wir brauchen Wissenschaftsverwalter und berufsmäßige Kommunikatoren, die diese neue Kunst der Übersetzung beherrschen. Es reicht nicht aus, wenn Wissenschaftler sich auf ihr Naturtalent zu gelegentlicher Popularisierung bzw. gebildete Juristen sich auf ihre Nase für andere wissenschaftliche Disziplinen verlassen. Es handelt sich hier um eine Spezialaufgabe, die attraktiv gemacht werden muß, damit hochintelligente Menschen in ihr einen Lebensberuf sehen. Die Aufgabe, die ich hier meine, ist nicht so neuartig, als daß uns nicht bereits einige Erfahrungen und Analogien weiterhelfen könnten. Nur in ihrem Ausmaß und ihrer Verzweigung ist die Aufgabe neu.

Wir kennen die gute Tradition der preußischen Universitätskuratoren, die vom Fach her meist Juristen waren und gleichzeitig gebildet genug, um den einzelnen Wissenschaften besser und verständnisvoller zu helfen, als es die sich selbst verwaltenden Fakultäten und Senate vermochten. Wir wissen, daß viele Hochschulreferenten mit großem Geschick ihre Aufgaben wahrnehmen. Wir kennen Journalisten, die für ihren Bereich die erforderliche Übersetzungsarbeit in der Presse leisten. Es gibt durchaus Berufsjournalisten, die, ohne Fachleute im engeren Sinn zu sein, ganz vorzüglich über wissenschaftliche Kongresse berichten.

Um ein ganz anderes Beispiel zu nennen: Große Laboratorien in der chemischen Industrie haben neben einem wissenschaftlichen Leiter oft einen Betriebsdirektor. Dieser ist zwar ebenfalls ein Chemiker. Seine Aufgaben und Stärke liegen aber im Bereich der Verwaltung. Vom Typ her ist er wohl wissenschaftlich stärker interessiert als der Leiter eines Fabrikationsbetriebes, seine Hauptfähigkeit besteht aber darin, ein so heterogenes und auseinanderstrebendes Gebilde wie ein Großlabor behutsam zusammenzuhalten, ohne daß die Forschung leidet, und ständig Bedürfnisse der Wissenschaft in Verwaltungsanordnungen umzuformulieren bzw. dort verständlich vorzutragen, wo angeordnet wird und Mittel bewilligt werden.

In allen den genannten Fällen muß also aus der Umsetzung von wissenschaftlichen Bedürfnissen (die oft zunächst die Gestalt wissenschaftlicher Teilergebnisse oder Hypothesen haben) in Verwaltungstätigkeit eine zentrale berufliche Fertigkeit gemacht werden. In den erwähnten Fällen gibt es aber auch für die entsprechenden Posten bereits einen bürgerlichen Beruf, der genügend Einkommen, Sicherheit und Sozialprestige verleiht, um für überdurchschnittlich begabte Menschen attraktiv zu sein.

Die gleichen Fähigkeiten werden nun heute noch an viel mehr Stellen gebraucht, wo es keine gleichartig institutionalisierten und angesehenen Posten gibt.

Um ein typisches Beispiel zu nennen: An einem großen Forschungsinstitut setzte man vor Jahren neben dem nicht akademisch ausgebildeten Verwalter einen Vollakademiker als Geschäftsführer ein. Dieser hatte ein fachnahes Studium hinter sich und brachte auch die juristischen Fachkenntnisse mit, um genau die Lücke auszufüllen, die bisher immer bestanden hatte. Es war ihm möglich, behutsam und sachkundig die Brücke zwischen Forschung und übergeordneter Verwaltung bzw. den Forschungsaufträge vergebenden Instanzen zu schlagen. Aber natürlich blieb er nur kurze Zeit. Nachdem sich sein diplomatisches Geschick (das wesentlich auf seiner Übersetzungskunst beruhte) herumgesprochen hatte, bekam er einen lukrativeren Geschäftsführerposten im Verbandswesen angeboten. In dem Forschungsinstitut war er ein bescheiden honorierter Angestellter gewesen.

Wenn es solche Posten in Forschungsinstituten, vor allem in Hochschulinstituten, nur selten gibt und wenn diese meist nicht sehr verlockend sind, dann liegt dies wieder an dem von uns bereits kritisierten Statusdenken. Wenn wir im Hochschulbereich und auch sonst in der öffentlich finanzierten Forschung fast jeden akademischen Posten als eine Durchgangsstation auf einem Wege verstehen, der von Rechts wegen beim Ordinariat zu enden hat, wenn jeder Posten, der offenbar von diesem Ziel abführt, als Notlösung oder Ausdruck des Scheiterns betrachtet wird, dann ist der inzwischen riesenhaft angewachsene Unterbau der akademischen Hierarchie nicht nur insgesamt labil, sondern er bietet auch kaum

die Möglichkeit, die Kommunikations- und Verwaltungsfunktionen zu konsolidieren, zu rationalisieren, sozial aufzuwerten und zu erstrebenswerten Berufen zu machen.

Man wird einwenden, daß solche berufsmäßigen akademisch ausgebildeten Verwalter und Kommunikatoren überhaupt nur für größere Institute in Frage kämen. Die zahlreichen kleinen Lehrstuhl-institute, wie wir sie vor allem in den Geisteswissenschaften haben, könnten solche Spezialisten niemals tragen und ausfüllen. Dies bringt uns auf eine Frage, die über unser Thema hinausführt. Nur soviel: Müssen wir denn in Zukunft überall so viele kleine autonome Institute haben? Entspricht die zunehmende Abschmürung der Institute der einzelnen Spezialdisziplinen dem Stand der Forschung und den Bedürfnissen der Lehre? Ich glaube, daß wir Institutskonstruktionen finden müssen, die mehrere Disziplinen vereinigen, in denen nicht nur Lehr- und Forschungsmittel und Bibliotheken rationell genutzt werden, sondern die auch die rechte geistige Heimat für interdisziplinäre Forschung sind. Solche umfassenderen Institute rechtfertigen dann auch die Einrichtung von Kommunikationsstellen, wie ich sie charakterisiert habe. Sie sind in sich auch konsolidiert genug, um zu vertragen, daß der eine oder andere Forscher den Entschluß faßt, sich für eine gewisse Zeit der Politik zu widmen und Forschung, Lehre und Institutsleitung zu vernachlässigen. Diese neu zu entwickelnden überdisziplinären Institute würden im übrigen manche Aufgaben sachkundig übernehmen können, die heute unsachgemäß von den Fakultäten erledigt oder verschleppt werden. Freilich steht hier wieder das alt-hergebrachte Korporativdenken im Wege und behindert eine günstige Entwicklung.

Die Gedanken, die ich jetzt vor allem im Hinblick auf das Hochschulwesen skizziert habe, lassen sich auch für den wachsenden Bereich der Beratungsgremien, vor allem der Beiräte und Studienkommissionen von Legislative und Exekutive, anwenden. Wir müssen hierbei realistisch denken. Wir werden die zahlreichen, aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehenden Beratungsgremien nicht nur nicht abschaffen, sondern auch ihr Weiterwachsen nicht verhindern können. Die industrielle Gesellschaft befindet sich auf dem Wege zu einem Industrie- und Verbandsfeudalismus, der nun einmal durch Ämterhäufung und Hausmachtbildung ausgezeichnet ist, genau wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Man kann aber versuchen, den Beratungsgremien nach und nach eine starke, aus hauptberuflichen und gutbezahlten Kommunikatoren bestehende Exekutive zu geben, die über genügend Apparat verfügt, um die Kontinuität der Beratungsarbeit zu sichern. Es gilt hier bewußt eine Tendenz zu fördern, die in manchen Verbänden und Beiräten bereits zu beobachten ist und für die sich ja auch geschichtliche Parallelen anbieten. Nur wenn der Geschäftsführerposten des wissenschaftlichen Beirats eines Ministeriums genauso gut bezahlt und angesehen ist wie der Posten eines Ordinarius, wird die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik zustande kommen, die für beide Seiten nötig ist. Damit meine ich nicht, daß mit der Etablierung solcher Posten bereits alles geschafft ist. Überlegt man sich nämlich, welches Umdenken sowohl bei den Wissenschaftlern als auch bei Politikern und Verwaltungsfachleuten notwendig ist, um der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Staat eine derart hohe Bedeutung zuzuerkennen, dann bemerkt man, daß diese Bewußtseinsveränderung auch viele andere Aufgaben lösbar macht: z. B. die Aufgabe der Hochschulreform wie auch eine Reform der hierarchischen Ressortbürokratie des Staates, deren Hauptproblem die mangelhafte horizontale Kommunikation und Kooperation ist.

WISSENSCHAFTLICHE EXPERTEN IN DER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE

I.

Welches ist im parlamentarischen System das erstrebenswerte Verhältnis zwischen Politikern und Experten? Darüber hat man nachgedacht und diskutiert, längst ehe die Politiker es mit spezialisierten wissenschaftlichen Experten zu tun hatten und ehe Parlamente aus demokratischen Wahlen hervorgingen. Eine der klassischen Antworten aus dem vorigen Jahrhundert hieß: „Erfolg hängt ab von einer richtigen Mischung von Menschen mit spezialisierter und solchen mit nichtspezialisierter Geistesart — die einen kümmern sich um die Mittel, während die anderen das Ziel im Auge behalten¹⁾.“ Die Praxis wurde so eingerichtet, daß den Experten (vor allem zivilen und militärischen Staatsdienern) eine sekundäre und assistierende — in jedem Fall eine anonyme Rolle zugewiesen war. Heute fragt man sich, ob die Angewiesenhalt moderner Regierungen auf wissenschaftliche Berater und die Demokratie des Massenzeitalters dahin tendieren, die Funktion der Experten in der Politik grundsätzlich zu ändern. Die alte Formel ist immer noch anregend für unser Thema.

Wir sind heute — andere Nationen etliche Jahre länger als wir Deutschen — leider daran gewöhnt, daß Erfolg auch „Überleben“ gegenüber totalitären Systemen bedeutet. Da gewinnen gelegentlich Perfektionsbestrebungen die Oberhand über die Bemühung um Erfolg für das eigene System — d. h. mit dem vorhandenen System, wie es nun einmal ist, in ihm muß eine richtige Mischung immer eine Mischung bleiben. Dazu gehört, daß die für Richtlinien und Entscheidungen verantwortlichen Politiker und die Experten aller Art, die sich um die Mittel kümmern, einander verstehen können — im ganz wörtlichen Sinn. Diese Verständigung aufrechtzuerhalten ist eine besonders wichtige Funktion der Experten im modernen Verfassungsstaat. Wenn sie von möglichst vielen der Beteiligten nicht nur für schwierig, sondern auch für nötig, ja für selbstverständlich gehalten wird, könnte das angebliche Manetekel einer Technokratie, einer „total manipulierbaren“ Industriegesellschaft, sich als eine humanere und vertrautere Lesart entziffern.

Zu diesen Beteiligten gehört die Öffentlichkeit, auch soweit sie sich scheinbar nicht dafür interessiert. Je weniger sich „die Leute“ interessieren, desto leichter sind sie zu manipulieren — das gilt für die politische wie für die technische Seite des modernen Lebens. Wer sich für das Zustandekommen von Butterpreisen und wer sich für Strahlenschäden interessiert, will das von Kennern der Materie erklärt bekommen in Formulierungen, die er versteht. Dafür gibt es eine Menge öffentlicher Einrichtungen — es müssen sich nur die Experten ihrerseits auch dafür interessieren, eine genaue und verständliche Antwort zu erteilen. Hier bleibt

¹⁾ Begabot

noch viel zu tun; es gibt vielleicht weniger Grund für Kulturpessimismus, als oft befürchtet wird. Vor hundert Jahren prägte Disraeli den Ausdruck von den „two nations“, den haves und den have-nots: eine politische Formulierung für die gesellschaftliche Krise nach der ersten industriellen Revolution, die heute von dem Schlagwort der „two cultures“ abgelöst wurde: der Kluft zwischen denen, die über naturwissenschaftlich-technische Kenntnis verfügen und den „Laien“. Wo es tatsächlich und auf die Dauer zwei Nationen oder zwei Kulturen in einem Staat gibt, wird das Parlament zur Dekoration, weil die ihm entsprechende politische Einheit und Ordnung nicht besteht, und irgend jemand anderes — eine Klasse oder ein paar Experten — „machen“ dann, was keine Politik mehr ist. In Wirklichkeit hat aber die erste industrielle Revolution den Nationalstaat und die Politik keineswegs verhindert oder zerstört, und die Diskussion über die „zwei Kulturen“ als Dilemma des Atomzeitalters ist eines der Zeichen dafür, daß man den gefährdeten Zusammenhang in einer politischen Einheit wiederherstellen will.

Wenn wir uns hier an englische Beispiele halten, so nicht, weil das Problem in England auf ideale Weise gelöst wäre. Eher, weil man sich besser als in anderen parlamentarischen Demokratien gleicher Größenordnung darauf verlassen kann, daß dort der Schrei nach Experten keine apolitischen oder antipolitischen Tendenzen enthält. Zudem ist die Öffentlichkeit aufmerksam für Anzeichen eines Eindringens reiner Experten in die Sphäre politischer Entscheidungen. Beides ist — wie anderwärts — in England anzutreffen: Nie hatten Experten soviel Einfluß auf die Regierungsgeschäfte. Nie waren sich Politiker und Öffentlichkeit so bewußt, auf wissenschaftliche Experten angewiesen zu sein.

Natürlich handelt es sich, auch bei einfachsten Überlegungen, um mehr als den bloßen „Schrei nach Experten“. Es heißt einerseits: „Woher die Experten, die wir brauchen?“ und das um so vernehmlicher, je weniger reglementiert ein Erziehungssystem ist. Zum anderen, mittelbar mit der vorigen Frage verknüpft, stellt sich unser eigentliches Problem: „Wohin gehören die Experten in der modernen Politik?“

Für die bisherige Meinung über die „richtige Mischung“ gibt es eine witzige Platitüde: „Experts must be on tap and not on top.“ Es sei betont, daß es gerade Liebhaber der Politik und Verehrer des Parlaments sind, die dieses alte Prinzip heute für unbefriedigend halten. Gerade weil sie wollen, daß Entscheidungen den Politikern vorbehalten bleiben und daß das Parlament die Regierungstätigkeit wirksam überwacht, und weil sie weder das eine noch das andere als gesichert betrachten, werfen diese Leute alte Grundsatzfragen wieder auf. Es handelt sich um Gedanken zur Reform des Parlaments und parlamentarischer Politik, wenn von einer Art „Aufwertung“ der Experten in der Politik die Rede ist.

II.

Nur zu gern würde ich mich belehren lassen, daß hierzulande die letzten Bemerkungen bedeuteten, Eulen nach Athen zu tragen — handle es sich doch um das allgemeine Problem, wie wissenschaftliche Experten den Politikern am besten dabei assistieren, schwierige Probleme des technischen und Massenzeitalters zu lösen, wobei in dieser Frage das Vertrauen der englischen oder deutschen Öffentlichkeit in die Politiker oder die Experten keineswegs umgekehrt proportional sei. Aber keine Nation kann hergebrachte Grundeinstellungen rasch über Bord werfen — wenn die Engländer ihr Mißtrauen gegen die Experten zugunsten der Politik und der Politiker zu revidieren beginnen, sollten wir uns dadurch nicht angeregt fühlen, unsere traditionelle Hochschätzung der Experten

zungunsten des Prestiges der Politiker, der Parteien und des Parlaments zu intensivieren. Zumindest der Deutschlandsender scheint auf eine derartige Entwicklung zu spekulieren (gelegentlich arbeitet die SED-Propaganda ja weniger mit dem Holzhammer als mit „geheimer Verführung“). Denn sicherlich meinte Eduard von Schnitzler unterbewußt und traditionell latenten Bedarf zu wecken, als er am 14. November das neue Bundeskabinett mit folgenden Argumenten — ganz offensichtlich Westexport — angriff: Dieses Resultat eines unwürdigen Kuhhandels zeige, wie fragwürdig die Bonner Demokratie sei. Parteibuch und Parteidienst rangierten vor fachlicher Qualifikation, in Bonn würden eben die Minister nach Parteigesichtspunkten ernannt, man erwarte wohl, daß Fachkenntnisse dann von selber kämen.

Diese Kombination: Kritik am Parteiensystem und Forderungen nach einem Expertenkabinett, ist nicht neu und kein Monopol der SED. Sie war vor 30 Jahren bei uns im Schwange und hat dem Parlamentarismus damals sein prekäres Dasein weder erleichtert noch verlängert. Man mag wohl bedauern, daß wir keine rettende Platitüde für den Vorrang der Politiker in der Politik besitzen — eine Armut, die von der Poverteh kommt.

Nun sieht es mit dem wissenschaftlichen Experten in seiner politischen Funktion meist anders aus als mit seiner Rolle etwa in Industrie oder Bildungswesen. Oft genug werden Wissenschaftler von Politikern zu Rate gezogen, ohne daß sie die strikte Funktion des „wissenschaftlichen Experten“ haben. Ja, im angelsächsischen Sprachraum und besonders in England, wo die Soziologie immer noch ein Stiefkind ist, beginnt man vielerorts erst jetzt, unter „scientific“ außer den Natur- auch die Sozialwissenschaften zu verstehen, obgleich man in der Praxis seit längerem von sozialwissenschaftlichen Gutachten Gebrauch macht. In jedem Fall sind wissenschaftliche Experten in der politischen Maschinerie zunächst und vor allem Experten; im Unterschied zu Politikern, jedoch häufig mit der gleichen Funktion wie nichtwissenschaftliche Spezialisten, die „Experten“ sind auf Grund ihrer Erfahrung (experience). Stillschweigend setzt man voraus, daß jeglicher Experte in der modernen Gesellschaft in irgendeiner Form eine akademische Ausbildung genossen hat.

Aber auch originäre Spezialforschung macht jemanden keineswegs automatisch zum Experten im Sinn unseres Themas. Wer wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen und Fähigkeiten zum Berater der Regierenden herangezogen wird, hat die Funktion des wissenschaftlichen Experten nur dann, wenn er auf seinem eigenen Fachgebiet Rat oder Auskunft erteilt. Man bittet etwa eine solche „Kapazität“ um ein Fachgutachten zu aktuellen Problemen, wie der Wirkung radioaktiver Niederschläge auf Kinder und Erwachsene. Nach den letzten russischen Tests konnte man aus den Äußerungen der Regierung zu Fragen von den Oppositionsbänken schließen, daß Meteorologen, Atomwissenschaftler und Mediziner nicht sofort einhellige Schlußfolgerungen gezogen hatten, wer was und wann von den Niederschlägen zu gewärtigen habe. Die Politiker müssen sich entscheiden, auf welche von möglicherweise differierenden Gutachten sie ihre Äußerungen und ihr Handeln stützen. Sie können oft nicht abwarten, bis die Wissenschaftler sich mit den zugänglichen Daten und kollegialem Meinungsaustausch zufriedengeben (z. B. der später konstatierten relativen „Sauberekeit“ jener Explosionen). Und sie müssen politische Überlegungen und die verschiedensten materiellen Interessen einbeziehen (z. B. Vermeidung öffentlicher Panik und den täglichen Milchkonsum). So kann es geschehen, daß in bestimmten Situationen der politische Einfluß wissenschaftlicher Experten durchaus nicht kongruent zu sein scheint mit der Tatsache, daß sie die „Sachlage“ besser verstehen als irgend jemand sonst.

Doch mag ein Wissenschaftler auch den Politikern bei Problemen assistieren, die seinem Fachgebiet einigermaßen fernliegen. Oft handelt es sich dabei um langfristige und komplizierte Probleme, in die zahlreiche und auch mehrere wissenschaftliche Faktoren hineinspielen. So kam 1960 der Crowther-Report mit Empfehlungen zu einer ziemlich drastischen Reform des nicht gerade egalitären englischen Schulwesens heraus. Sir Geoffrey Crowther, ein bekannter Nationalökonom mit politischen Sympathien im Sinn der mittleren Labourlinie, wurde von einer konservativen Regierung mit dem Vorsitz in der Erziehungskommission betraut. Wir fragen hier nicht, welche Rolle das jeweilige Gesellschaftsbild und welche die Gutachten in einer mit verschiedenen Experten besetzten Kommission spielten, welche Wirkung zu erwarten ist oder dergleichen. Das Beispiel soll nur zeigen, daß ein Wissenschaftler eine nennenswerte Rolle beim Zustandekommen politischer Entwicklungen spielen kann, wenn er wegen seiner wissenschaftlichen Erfahrungen, jedoch nicht als wissenschaftlicher Experte tätig ist, sondern — wie hier — in einer koordinierenden Funktion.

Die politische und soziale Wirkung eines solchen kollektiven Gutachtens kann größer sein als die einer spezialisierten Expertise. Sicher eine Attraktion für manchen Wissenschaftler — ein Stückchen Unsterblichkeit außerhalb der engen Gemeinde von Fachkollegen. Doch wer wissenschaftliche Lorbeeren erobern oder frisch erhalten will, wird in einem solchen Ruf auch einen belastenden Anspruch an Zeit und Energie sehen und keine Gewohnheit daraus entstehen lassen wollen.

Auch im Rahmen des eigenen Fachgebiets kann ein Wissenschaftler die Regierung beraten, ohne die Funktion des wissenschaftlichen Experten im engeren Sinne auszuüben. Ich denke etwa an wissenschaftliche Beamte in der Atomindustrie. Oft wird ein solcher Mann, ungeachtet seines im Staatsdienst angewandten und wachsenden Fachwissens, für die politische Maschinerie wegen organisatorischer Erfahrungen konsultiert werden, etwa wenn Nachwuchsprobleme dringlich werden, wenn Entwicklungsländer Darlehen für Energieprojekte beantragen, oder wenn Geheimhaltungspraktiken überprüft werden sollen. Normalerweise hat er, innerhalb eines staatlichen Produktionszweiges, die gleiche Funktion wie seine Kollegen in der privaten Industrie oder in autonomen Forschungsinstituten: die des wissenschaftlichen Experten. Als Berater der staatlichen Exekutive wirkt er als „Experte“ im Sinn organisatorischer Erfahrung wie andere Beamte. Allerdings hätte er ohne seine wissenschaftliche Qualifikation diese spezielle Erfahrung gar nicht erwerben können.

III.

Wissenschaftliche Beamte sind nur eines von vielen Phänomenen, an denen sich ablesen läßt, wieviel umfangreicher und komplizierter die Tätigkeit des Staats seit der ersten industriellen Revolution geworden ist. Diese Entwicklung stellt traditionelle Verfassungs- und Regierungssysteme auf eine harte Probe, und das nicht erst seit heute, sondern seit dem ersten Weltkrieg. Die Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre und der zweite Weltkrieg warfen das gleiche Problem auf wie seit 1945 drei universelle Tendenzen: die Auflösung der alten Kolonialreiche, der kalte Krieg und eine allgemeine Politik der Planung auf nationaler wie internationaler Ebene. „Paßt“ für diese Aufgaben das parlamentarische System, paßt es sich ihnen an? „Anpassung“ hat zwei Aspekte, unmittelbar zunächst den innenpolitischen. Das englische System hat Krise und Krieg gut überstanden; doch vor den Gegenwartsaufgaben zeigt sich, daß die ehrwürdige „Mutter der Parlamente“ eine neue Garderobe braucht: Der angeschwollene Regierungsapparat und die Spezialisierung der Gesetzgebung drohen sonst die parlamentarischen Nähte reißen zu lassen.

Der andere, äußere Aspekt heißt natürlich, erstens den totalitären Industriestaaten ebenbürtig zu bleiben und zum zweiten, in Afrika und Asien nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren. Das setzt u. a. voraus, daß der bestmögliche Gebrauch von wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten der Nation gemacht wird, womit der innerpolitische Aspekt wieder in den Vordergrund rückt. Einiges Wichtige darüber erfahren wir aus der öffentlichen Diskussion: Wie anderwärts, ist in England eine starke Regierung mit sicherer Mehrheit mehrere Legislaturperioden am Ruder geblieben. Dabei ist — unter anderem — gerade der Gegenstand unserer Überlegungen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Auch auf den konservativen Hinterbänken (deren „Rebellion“ die verschiedensten interessanten Aspekte hat) diskutiert man die beiden eingangs erwähnten Tendenzen: der Einfluß von „Whitehall“ (d. h. der Beamten, und unter ihnen der wissenschaftlichen Beamten) wächst ständig — zugleich schrumpft der Einfluß von „Westminster“, d. h. des Unterhauses, auf spezielle Gesetzgebungsfragen und Verwaltungsmaßnahmen zusammen. Man will keine schwache Exekutive. Wodüber man sich zu ärgern beginnt, ist eine Neigung bei Ministern, sich hinter den Gutachten ihrer Berater zu verschanzen und parlamentarischen Debatten über Sachfragen auszuweichen. Solche Kritik erinnert an einen Mißstand, der außerhalb des Parlaments deutlicher und beständiger erörtert wird als bislang im House of Commons: Der Regierung steht mit dem modernen Civil Service und mit dem seit 50 Jahren ausgebauten Committee-System eine breite Skala von Informations- und Konsultationsmöglichkeiten zur Verfügung; Minister haben dem herkömmlichen Mißtrauen gegen Experten abgeschworen, und die weniger hervorragenden unter ihnen mögen sich hinter Expertengutachten verschanzen; daß sie das überhaupt können, verdanken sie dem Mangel an adäquaten Informationsmöglichkeiten für die Abgeordneten.

Das englische Parlament ist recht armselig ausgestattet mit technischen Hilfsmitteln, handele es sich nun um finanzielle Mittel (angefangen mit so elementaren Posten wie Fahrt-, Telefon- und Portoauslagen) oder um Einrichtungen, wie Arbeitsräume, Schreibmaschinen und Telefone, oder schließlich um Personal, wie Sekretäre und Referenten. Ein britischer MP muß seine amerikanischen Kollegen beneiden, die in ihren Bibliotheken mit Hilfe eines Stabes von Forschungsassistenten alternative Informationsmöglichkeiten zu denen der Exekutive finden. In Ermangelung dessen muß sich der normale MP in der Fragestunde oft mit der Antwort begnügen, daß die Regierung bei ihren Entscheidungen das beste ihr zugängliche Fachurteil berücksichtigt habe.

Doch im House of Parliament selbst zweifelt gelegentlich ein Fachmann daran, daß die Regierung den besten Gebrauch von Experten — sei es des Civil Service, sei es des ganzen Landes — zu machen verstünde. Unlängst kritisierte im House of Lords ein Direktor der BBC, selbst ein Experte in der Fernsehtechnik, daß man völlig versäume, die Verwaltung zu modernisieren und daß die beamteten Experten bei einer so simplen Sache wie der Übernahme des in Amerika entwickelten Farbfernsehens falsch oder gar nicht zu Rate gezogen würden: „Das Tempo moderner technologischer Entwicklung spottet unseres gesamten Systems“ (Parl. Debates, House of Lords, 15. Nov. 1961). Obzwar in dieser Debatte der Wissenschaftsminister einräumte, daß England in Forschungsorganisation, Produktionstechnik und Erziehungssystem rückständiger sei als nötig, so fand er doch im großen ganzen die Nutzung und Koordinierung des Fachwissens in England befriedigender als in Deutschland, Italien, den USA und der UdSSR.

Daß er einen Rivalen unerwähnt ließ, der englische Commonwealthinteressen am empfindlichsten Punkt bedroht, erfuhren Aufmerksame kurz darauf aus der wissenschaftlichen Spalte des „GUARDIAN“: In Englands gutausgebildetem Apparat

zur wissenschaftlichen Beratung der Entwicklungsländer fehle es ganz an Initiative und großen Gesichtspunkten. Man rate nur, wenn und was man gefragt werde, anstatt auf Grund breitangelegter Analysen der betreffenden Gegend und auf lange Sicht zu urteilen. So käme es, daß die Israelis mit ihrem Zentrum in Rehivot allmählich zum wissenschaftlichen Mekka afrikanischer Politiker würden. Diese der gegenwärtigen Diskussion entnommenen Beispiele zeigen, auf welchen wichtigen Gebieten es offenbar mit der Nutzung der wissenschaftlichen Intelligenz des Landes hapert: Forschung und technologische Entwicklung in der Industrie — Beziehung zu den Entwicklungsländern — Erziehungs- und Verwaltungssystem.

IV.

Im Augenblick funktioniert die Zusammenarbeit von Politikern und Wissenschaftlern in drei Hauptformen: Die Wissenschaftler beraten die Regierung als Experten auf ihrem Fachgebiet, als Organisatoren mit Erfahrung in der Anwendung ihres Fachwissens, und sie wirken als Koordinatoren in Committees. Selten berät ein Wissenschaftler einen Minister direkt. Das klassische Organ für den Kontakt zwischen richtunggebenden Politikern und gutachtenden Experten ist das Committee. Man mag es mit einem Körnchen Salz lesen, daß der Titel eines Standardwerkes²⁾ das moderne englische System als „government by committee“ bezeichnet. Schließlich ruft der parlamentarische Alltag in Abständen das Unikum in Erinnerung, daß das größte dieser Gremien das House of Commons „in committee“ ist. Tatsächlich hat sich seit 50 Jahren das Committee-System der Exekutive ausgedehnt und kompliziert, nicht immer zur Freude und Bequemlichkeit der Politiker, wenn man an eine ärgerliche Bemerkung Churchills denkt: „Wir sind von Committees überrannt wie die Australier von Kaninchen!“

Uns interessieren diejenigen Committees, mit denen es Wissenschaftler zu tun haben. Vor allem die beratenden (Advisory) Gremien, denen im allgemeinen Wissenschaftler als Mitglieder angehören. Außerdem gehören dazu verschiedene Kategorien von Inquiry (Untersuchungs-) Committees, in erster Linie die Royal Commissions, deren Prestige dadurch gekennzeichnet wird, daß die Königin selbst die Mitglieder — darunter stets prominente Wissenschaftler — zur Teilnahme auffordert. Beide Arten von Committees, beratende und untersuchende, nehmen oft Kontakt auf mit Wissenschaftlern, die keine Mitglieder sind. Diese werden von dem Committee um Gutachten gebeten oder zu einer Beratung als „Zeuge“ hinzugezogen.

Solche von außen kommenden Expertenurteile kommen auch anderen Committees zugute, die überhaupt keine wissenschaftlichen Mitglieder haben. Das gilt vor allem für die Gesetzbildungsausschüsse (die Standing Committees) des Unterhauses, die ausschließlich aus Parlamentariern zusammengesetzt sind. In ihnen wird der Minister, dessen Ressort für den Entwurf verantwortlich ist, ständig von seinen Beamten beraten; darunter sind, je nach dem Gegenstand des Gesetzes, in bestimmten Phasen der Beratung wissenschaftliche Experten. Diese sprechen selbst nie in den Diskussionen noch wenden sich Mitglieder des Committees je an diese Berater. Analog zu Wotans Raben kommen die Experten in den Standing Committees nur durch die Äußerungen ihres Chefs zu Gehör, auch wenn dieser gelegentlich Details wiederholt, die in den Verwaltungsbüros ausgearbeitet wurden. Diese Prozedur ist die reinste Darstellung jenes Prinzips vom „expert on tap“.

Sie entbehrt nicht immer des zeremoniellen, ja fiktiven Elements zu einer Zeit, in der Minister vor dem Parlament den Expertengutachten Publizität verleihen.

²⁾ K. C. Wheare: „Government by Committee. An Essay on the British Constitution“, Oxford University Press, 1935.

Daß das komplementäre Prinzip, das des „Amateurpolitikers“, gültig ist und keineswegs Zugabe zum (so offensichtlich nicht mechanisch funktionierenden) System der alternierenden Machtausübung parlamentarischer Mehrheiten, sieht man an der jetzt ins elfte Jahr gehenden konservativen Regierung: Abgesehen von ihren drei Premiers (der erste ging, als er zu alt wurde, und der zweite nach einem Mißerfolg) wechselten die Ressortchefs vielfach, in allgemeinen Revirements oder aus verschiedenen politischen oder persönlichen Anlässen. Die Person des augenblicklichen Wissenschaftsministers illustriert die Abwesenheit einer Tendenz, selbst in diesem naheliegenden Fall das Amt einem „Fachmann“ anzuvertrauen: Lord Hailsham, ursprünglich Anwalt und seit den 30er Jahren in Westminster, teilt mit dem Außenminister das Handikap, vom Unterhaus ausgeschlossen zu sein; seinen Ministersessel bekam er, nachdem er den letzten Wahlkampf mit gutem Erfolg organisiert hatte.

Für den Minister of Science arbeitet eins der wichtigsten Committees: das Advisory Council on Scientific Policy. Wie hervorragend dieses Gremium ist, sieht man an drei Kriterien: Durch parlamentarisches Statut errichtet (1947), kann es vom Minister nicht aufgelöst werden, und seine Ratschläge werden selten ignoriert und oft befolgt werden. Zum zweiten ist es relativ klein (15 Mitglieder). Große Committees, meist ad hoc gebildet, kommen selten dazu, Details auszuarbeiten. Alle Mitglieder dieses Wissenschaftsrats sind Wissenschaftler (die meisten davon Beamte, vier kommen von den Universitäten). Und schließlich ist sein Aufgabenbereich sehr weit gefaßt: „den Minister bei der Wissenschaftspolitik der Regierung in Formulierung und Durchführung zu beraten.“ Damit hat das Gremium unmittelbaren Einfluß auf politische Entscheidungen, mehr davon, als den Committees in der Regel zugestanden wird. Denn allgemein ist ihr Arbeitsbereich durch „terms of reference“ präzise umschrieben. Beamte des Schatzamtes pflegen darüber zu wachen, daß in jeder einzelnen Sitzung die Erörterungen der Committees sich im begrenzten Rahmen halten und unmittelbar relevant sind für das gestellte Problem.

Von anderen, vornehmlich aus Wissenschaftlern zusammengesetzten Committees könnte man im Verteidigungsministerium eines nennen, das ausschließlich aus Beamten besteht und „Forschungspolitik für die Verteidigung“ zur Aufgabe hat, dagegen besetzt das Versorgungsministerium (Min. of Supply) sein Committee „für naturwissenschaftliche Forschung und technische Entwicklung“ fast ausschließlich mit Physikern, Chemikern, Ingenieuren usw. von den Universitäten.

Nichtbeamtete Wissenschaftler werden für die Committeearbeit auf verschiedenen informellen Wegen ausgesucht. Zudem führt das Schatzamt Listen von Personen, die dafür in Frage kommen. Doch pflegen die Ministerien sich nach solcher Umschau noch mit akademischen Institutionen in Verbindung zu setzen, häufig den Universitäten, gelegentlich Akademieverbänden (für Naturwissenschaftler dürfte es sich meist um die Royal Academy of Science handeln). Ein erfahrener Beobachter³⁾ sagt, es sei für ein Committee gut, wenn es relativ klein ist, und ebensogut, wenn auch seine Mitglieder „nicht zu groß“ sind: die Koryphäen der sog. ersten Garnitur haben oft weder Zeit noch Energie für gründliche und regelmäßige Mitarbeit übrig. Ein anderer Autor, der naturwissenschaftliche Fakultäten ebensogut von innen kennengelernt hat wie Civil Service und Committeewesen⁴⁾, warnt davor, Naturwissenschaftler während einer Phase schöpferischer Arbeit überhaupt hinzuzuziehen, weil sie vom augenblicklichen Objekt ihrer Forschung besessen seien und entsprechend geringes Interesse für Umwelt und Mitmenschen hätten. In der Praxis⁵⁾ scheint es leider so zu sein, daß man oft „ex-

³⁾ C. P. Snow: „Science and Government“, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 1960.

⁴⁾ Gespräch der Verfasserin mit einem wissenschaftlichen Beamten des Civil Service.

Experts" in die Committees bekommt, Leute mit Rang und Namen, die hinter der neuesten wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung herhinken. Dazu muß man daran erinnern, daß augenblicklich mindestens 500 solcher Beratungskörper bei den verschiedenen Ministerien existieren, von denen viele ständig oder gelegentlich auf wissenschaftliche Experten angewiesen sind. Offenbar stehen weniger Koryphäen oder Exkoryphäen zur Verfügung als Plätze in den Committees, im Durchschnitt akkumuliert ein Experte zwei bis drei Mitgliedschaften in solchen Committees, und manche werden nur formal wahrgenommen (Aufwandsentschädigungen werden nicht bezahlt). Es liegt auf der Hand, daß eine gewisse Revision der Gesichtspunkte, nach denen man wissenschaftliche Experten heranzieht, möglich und nützlich sein könnte. Natürlich trifft dies alles auf die Mitglieder hervorragender Committees nicht zu — die Minister werden dafür sorgen, daß Wissenschaftler, die „up to date“ sind, hinzugezogen werden, und diese werden es nicht bei formeller Mitgliedschaft bewenden lassen, zumal die Royal Commissions und verschiedene Advisory Committees ihre Ergebnisse publizieren.

Viele Committees veröffentlichen ihre Gutachten jedoch nicht. Und Minderheitsgutachten bleiben ganz hinter den Türen und in den Akten der Beratungsräume. Das bedeutet sicher oft harte Entsagung für Akademiker, die an öffentlicher Diskussion ihrer Ergebnisse interessiert und an sie gewöhnt sind. Auch aus politischen Gründen hat man überlegt, ob Minderheitsgutachten, und überhaupt Arbeitsergebnisse aus Committees, nicht mehr Öffentlichkeit erhalten sollten, doch man ist der Meinung¹⁾, daß dadurch der Nutzen dieser Einrichtung — ihre Unabhängigkeit von parteipolitischer Diskussion und von möglichen Regierungswechseln — gefährdet würde.

Unlängst veröffentlichte die erwähnte Beratergruppe für Wissenschaftspolitik einen Report, den ihr Unterkomitee für „wissenschaftlichen Nachwuchs“ erarbeitet hatte, und zwar seinerseits auf Grund von Unterlagen eines ad hoc ins Leben gerufenen Statistikerkomitees²⁾. Diese Analyse des wissenschaftlichen Nachwuchsbedarfs bis 1975 wurde im Oberhaus und in der Presse diskutiert und ziemlich einhellig zerrissen: Sie sagt für 1975 ein leichtes Überangebot an Wissenschaftlern, Technologen und Technikern gegenüber offenen Stellen voraus. Die Lords und die Journalisten fürchteten, die bloße Veröffentlichung solcher angeblicher Trends werde unmittelbar die Berufswahl und später das „Angebot“ nachträglich beeinflussen; auch bezweifelten sie die Gültigkeit von Argumenten und Methoden der Statistikerkommission und ihre Annahme durch das „Nachwuchs“-Komitee. Doch richtete sich die Kritik gegen keine dieser beiden Gruppen, sondern an das Gremium, das dem Wissenschaftsminister direkt Richtlinien empfiehlt.

Diese Diskussion spiegelte verschiedene Funktionen wissenschaftlicher Experten wider: Die Sachgutachten der Unterkomitees wurden nur akademisch-methodisch diskutiert. Dagegen wurden die Leute im Advisory Council erstens als Experten kritisiert, die als Auftraggeber einen mangelhaften Bericht hätten zurückgehen lassen müssen. Die Hauptkritik galt, zweitens (direkt an den Minister gerichtet), den Wissenschaftlern als Mitgliedern einer Institution, in der sie politischen Einfluß ausüben — und sie impliziert, daß die Experten kurzfristig für politisch-soziale Gegebenheiten waren, da die amtliche Veröffentlichung einer solchen Trendanalyse in einer sicherheitsbedürftigen Gesellschaft die Balance gefährde, die man zwischen naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Ausbildung gerade erreicht hat. Der Minister selbst schien den Report als reine

¹⁾ P. E. P. (Political and Economic Planning): „Advisory Committees“, Allen & Unwin Ltd., London 1959.

²⁾ „Scientific Manpower“, Committee Report, H. M. Stationary Office, London, October 1961.

Expertise zu betrachten. Er meinte, der künftige Überhang technischen Nachwuchses werde willkommene Kandidaten für Verwaltung und Politik bringen, wo naturwissenschaftliches Denken viel zu selten sei; er nahm also den Report als Datum. Die Lords betrachteten — z. T. ausdrücklich — in ihrer Debatte Experten nicht als bloße Gutachterlieferanten. Gutachten zu Problemen, die die ganze Nation über Generationen hin beschäftigen müssen, enthalten natürlich politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen ihrer Verfasser. Je deutlicher diese formuliert werden, desto besser können wissenschaftliche Laien sachliche Argumente von politischen Wünschen trennen bei der Diskussion von Gutachten, die von einem (hier interdisziplinären) Expertengremium vorgelegt werden.

In einem aus wissenschaftlichen Experten und wissenschaftlichen Laien gemischten Gremium wird schon bei den Beratungen klar, daß das jeweilige Fachwissen nur ein — allerdings unentbehrlicher — Teil des Beitrags ist, den ein Mitglied zu dem gemeinsamen Ergebnis beisteuert, d. h. zur Auskunft oder Empfehlung an die Politiker. Die Royal Commission on Population (Report: 1949) bediente sich einer interessanten Kombination wissenschaftlicher Mitarbeit, allerdings einer komplizierten und kostspieligen. Die Royal Commission sollte Faktoren gegenwärtiger Bevölkerungstendenzen untersuchen und eventuell erforderliche Maßnahmen für eine Beeinflussung dieser Tendenzen empfehlen. Drei Mitglieder — ein Nationalökonom, ein Statistiker und ein Mediziner — waren Wissenschaftler, die übrigen teils Laien, teils Beamte verschiedener Ministerien. Die Kommission richtete drei Expertenkomitees ein (Ökonomen — Statistiker — Mediziner und Biologen), denen jene drei Wissenschaftler präsidierten und deren Gutachten diese der Royal Commission vortrugen. Zudem lud die gesamte R. C. zahlreiche Wissenschaftler von außerhalb sowie beamtete Experten und Vertreter verschiedener Organisationen und Interessen zum Vortrag ein.

Hier wirkte eine Anzahl von außen zugezogener Wissenschaftler als Experten strictu sensu. Die Funktion der drei Wissenschaftler in der R. C. war, erstens die besten Gutachter heranzuziehen, zweitens die Arbeit in den Unterausschüssen zu koordinieren und drittens, ihren Laienkollegen die Expertisen zu „übersetzen“ und bewerten zu helfen. Der Report der Royal Commission schließlich koordiniert reine Expertengesichtspunkte mit verwaltungstechnischen, ethischen und Interessengesichtspunkten.

Bevölkerungspolitik ist ein politisch kontroverses Thema. Am stärksten können Wissenschaftler ihre Fachgesichtspunkte in einer besonderen Kategorie beratender Committees durchsetzen, die bei den Ministerien oder auch von mehreren Ministerien gemeinsam errichtet werden, um Details zur Anwendung neuer Gesetze auszuarbeiten (die Departmental und Interdepartmental Commissions). In ihnen sitzen Wissenschaftler mit Beamten zusammen, häufig werden Interessenvertreter hinzugezogen; ihre Tätigkeit geht ohne viel Publizität vor sich. In solchen Gremien für Versicherungswesen, Betriebssicherheit und Kinderfürsorge haben in vergangenen Jahren Wissenschaftler einen beträchtlichen Einfluß auf die Anwendung eines wichtigen Gesetzgebungskomplexes gehabt, in der Funktion und mit der Autorität des „wissenschaftlichen Experten“ in einer Industriegesellschaft. Keinen Einfluß hatten sie auf neue politische Entwicklungslinien.

Häufig allerdings dienen Committees als Versuchsballons (man beobachtet, wie die Öffentlichkeit auf ihre Ergebnisse reagiert) oder als Beruhigungsspiel (über akute Probleme wird jedenfalls nachgedacht). Der Premierminister erstattet dem Parlament in Abständen Bericht über den Stand der Arbeit in den verschiedenen Committees. Diese, so hat man gesagt, seien „nicht so sehr ein System als vielmehr eine Kollektion“; einen nennenswerten verfassungsmäßigen Status haben

sie nicht: Niemand kann die Regierung zur Verantwortung ziehen, wenn sie keinerlei Anstalten macht, die Empfehlungen von Committees in die Tat umzusetzen. Als Kuriosum sei erwähnt, daß eine Kommission 1918 den Übergang zum Dezimalsystem dringend empfahl. Wetterstationen und einige Exportindustrien verwenden heute zweigleisig das Dezimalsystem neben den englischen Maßen — und die Verhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt führen momentan wieder zur Einrichtung eines Committees über den Übergang zum Dezimalsystem ... des sechsten in 125 Jahren.

V.

Wenn die Aufgabe der Experten nicht systematisch organisiert ist (wie vieles in der englischen Politik), so ist doch die Funktion wissenschaftlicher Experten gegenüber der Exekutive heute in Traditionen verankert und institutionalisiert. Gleiches gilt nicht gegenüber dem Parlament: Während die ressorteigenen Ausschüsse florieren, sind die in der Reformgesetzgebung des 19. Jahrhunderts so einflußreichen Select Committees des Unterhauses dahingewelkt, sowohl quantitativ als auch nach dem politischen Rang ihrer Aufgaben. In den Standing Committees aber, denen viel Abgeordnete den Großteil ihrer Zeit widmen, steht den Abgeordneten nicht das Recht zu „papers and persons“, d. h. Akten und Experten des Civil Service, vor sich zu zitieren, und es fehlt ihnen die wissenschaftliche Assistenz für die Forschung zu Spezialgesetzen. Viele Abgeordnete sind bis zu einem gewissen Grade selbst „Spezialisten“ geworden — durch Interesse und durch parlamentarische oder ehemalige Regierungserfahrung —, wie überhaupt die parlamentarische Praxis bereits viel spezialisierter ist als die Theorie, die „Essenz“ des Parlaments sei nach wie vor in den Debatten des Hauses zu erblicken. Die Mehrheit des Unterhauses hat vor einigen Jahren eine Reform der Geschäftsordnung zugunsten spezialisierter Ausschußarbeit abgelehnt, z. B. einen einleuchtenden und gar nicht unzeitigen Vorschlag, einen interfraktionellen Ausschuß ständig mit Kolonialproblemen zu befassen, „so daß man über die Schwierigkeiten Bescheid weiß, ehe es zu Notständen kommt“.

Doch innerhalb der Parteien bzw. Fraktionen sind spezielle Arbeitsgruppen, sind Forschungsarbeit und -berichte zur Gewohnheit und systematischen Ehrlichkeit geworden. Veröffentlichte Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und akademische Diskussionen werden ausgewertet, wenn die jeweilige Parteilinie zu bestimmten Sachfragen formuliert wird. Meist gehen die innerparteilichen Auseinandersetzungen der Labour Party mit großer, diejenigen der Tories mit geringer Publizität vonstatten. Es ist klar, daß selbst die Spezialkomitees der Regierungsfraktion einem eventuellen wissenschaftlichen Experten weder die internen und unvoreingenommenen Informationsmöglichkeiten noch die neutrale Position bieten können, die er in den unabhängigen Beratergremien findet. Es bleibt abzuwarten, ob und wann sich aus der Spezialisierung innerhalb der Parteien ein Mehrheitsinteresse für ständige interfraktionelle Spezialausschüsse entwickeln wird, die von Fall zu Fall auch „papers and persons“ heranziehen könnten. Jedenfalls befürworten manche Leute eine solche Entwicklung, die das Parlament gegenüber der Exekutive stärken, d. h. zu informierter, wissenschaftlich fundierter Kritik besser ausstatten würde, als es das zur Zeit ist⁷⁾.

Vorläufig findet die Öffentlichkeit für viele technische und wissenschaftliche Gegenwartprobleme — einschließlich der politisch aktuellen und kontroversen — ein Ausweichgeleise auf öffentlichen Plattformen; Vorträge, Äußerungen und Diskussionen wissenschaftlicher Experten in Funk und Fernsehen (und natürlich die wissenschaftlichen Spalten vieler Zeitungen) sind eine weitverzweigte und ziemlich feste Einrichtung geworden. Prominente Wissenschaftler der verschie-

⁷⁾ B. Crick: „Reform of the Commons“, Fabian Tract 319, The Fabian Society, London 1939.

denen Disziplinen, ehemalige Diplomaten, Schriftsteller, Geistliche, Politiker u. a. nehmen an Podiumsdiskussionen der Massenmedien teil, für die sehr spezielle Themen gestellt werden. Einige Programme (z. B. Brains Trust, BBC) geben Themenstellung und Teilnehmerliste im voraus bekannt und laden das Publikum zu Fragen ein. Bestimmte Vortragsserien, wie die Reith Lectures des BBC, sind als Auszeichnung für Wissenschaftler gemeint und werden als solche betrachtet — nicht zuletzt von den Kritikern der Wochenblätter, die sie ausführlich zu besprechen pflegen. Über große aktuelle Fragen, wie Abrüstung oder Gemeinsamer Markt, werden von den verschiedenen, oft quer durch die politischen Parteien verlaufenden politischen Richtungen wissenschaftliche Vorträge mit anschließender Diskussion organisiert. Besonders lebhaft ist das öffentliche Interesse für Podiumsgespräche. Große Säle sind ausverkauft, wenn zu aktuellen Problemen — gerade solchen, bei denen sich Technik und Politik überschneiden — Teams prominenter Persönlichkeiten miteinander debattieren. Dabei beruft sich jede Seite auf die Meinung von Experten, wenn nicht Experten mitdebattieren. Solche Diskussionen profitieren von der englischen Tradition und Kunst des Debattierens, die an Schulen und Universitäten einfach zur Erziehung gehört.

Die alte Vorliebe für den „Amateur“ und das Mißtrauen gegen Experten — so sehr sie sich gewandelt haben und so bitter sie manchmal als Bremsklotz der modernen Entwicklung getadelt werden — hinterlassen einen unschätzbaren Vorteil für die Demokratie im technischen Zeitalter: die allgemeine Erwartung, daß Spezialisten ihre Grundfragen und Methoden allgemeinverständlich formulieren. Sie wird selten enttäuscht, auch nicht in akademischen Publikationen. Aspiranten für den Staatsdienst, die Prädikatsexamen nachweisen müssen, werden hauptsächlich daraufhin geprüft, ob sie aus technischen Akten über einen komplizierten Sachverhalt ein gut verständliches Resümee destillieren können. Ähnliches müssen ja die Experten in den gemischten Committees tun — nicht nur, wenn ihre Kollegen Laien sind, sondern gerade in interdisziplinärer Teamarbeit, in der heute Gutachten für wichtige Probleme erarbeitet werden müssen. Warum sollten die technischen Seiten gesellschaftlicher und politischer Probleme nicht auch der interessierten Öffentlichkeit von wissenschaftlichen Experten erklärt werden?

Spektakuläre Wirkungen sind weder für die intellektuelle Bereicherung noch auf das politische Verhalten des Publikums zu erwarten, aber sicherlich ein Abnehmen der allgemeinen Ignoranz in technischen Fragen und der Unsicherheit oder Gleichgültigkeit gegenüber ihren politischen Implikationen. Es handelt sich um eine Art Dolmetschertätigkeit, die Hauptfragen wissenschaftlicher Arbeit und angewandter Wissenschaft in die Umgangssprache übersetzt. In Holland hält man dies übrigens für so wichtig, daß aus gemeinsamen Mitteilen des Staates und der Verbände regelrechte „translation institutes“ gebildet wurden. Diese sorgen dafür, daß Parlamentarier, private und staatliche Industrie, regionale Behörden — kurz jeder an der jeweiligen Sache beteiligte Laie — die hierfür angefertigten Gutachten verstehen können. Da die Experten selbst Mitglieder der Institute sind, werden sie schon dafür sorgen, daß der Kern ihres wissenschaftlichen Arguments nicht verlorengeht.

Diese Funktion des wissenschaftlichen Experten in der Demokratie: ein Minimum an allgemeiner Sprache für die technischen und administrativen Aspekte unseres Zeitalters zu bewahren oder wiederherzustellen, ist, auf die Dauer gesehen, eine sehr wichtige und eine sehr politische Funktion. Man kann vielleicht, zugespitzt, sagen, daß „die Funktion des wissenschaftlichen Experten in der parlamentarischen Demokratie“, im strengen Wortsinne, entweder wissenschaftlich und nicht „demokratisch“ ist (denn demokratisch sind die Committees natürlich nicht) oder

daß sie demokratisch ist (in dem Sinne, daß sie für viele Fragen überhaupt erst eine Öffentlichkeit herstellt), ohne „wissenschaftlich“ strictu sensu zu sein. Beides sind Funktionen, die von niemand anderem wahrgenommen werden können als von Experten, die „up to date“ sind mit der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung.

Die aufregenden Fälle, in denen Wissenschaftler wichtige politische Entscheidungen treffen — sei es, daß sie ihre Dienste einer Regierung vorenthalten, sei es, daß sie sie einer fremden Regierung zukommen lassen, oder sei es schließlich, daß sie öffentlich vor bestimmten Formen der Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse warnen —, sind nur Extreme, die daran erinnern: Im Atomzeitalter garantiert selbst das Studium jener „Unsterblichkeit des Maikäfers“ dem Gelehrten nicht mehr seinen Elfenbeinturm. In seinen öffentlichen Funktionen drückt oft genug die vermeintliche strikte Neutralität bereits eine politische oder soziale Wertung aus, und die allgemeinen politischen Dimensionen seiner Mitarbeit sind häufig gar nicht zu ignorieren. Doch ist heutzutage die Vorstellung vom „expert on tap“ ebenso obsolet wie die vom Elfenbeinturm. Im jeweiligen Rahmen gesellschaftlicher und politischer Traditionen und Vorurteile müssen die sog. „westlichen“ Demokratien die Frage nach der „richtigen Mischung“ aus spezialisierter und politischer Denkweise ebenso immer von neuem stellen wie die altmodische, unelegante, triviale und lebenswichtige Frage nach Freiheit und Ordnung.

WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

I.

Behandelt man den Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände auf Forschung und Lehre, so müssen eingangs zwei Überlegungen als gegeben vorausgesetzt werden. Die eine ist der Grundsatz, „daß die Entwicklung der Wissenschaft und ihrer Organisation aus dem Umkreis der Wissenschaft heraus erfolgen muß und nicht von außen aufgesetzt werden darf“¹⁾. Mit anderen Worten: Die Freiheit des Forschers und akademischen Lehrers, zu entscheiden, was, wann und wie geforscht und gelehrt wird, ist zunächst unbegrenzt. Ihre Grenzen setzt im Idealfall der Wissenschaftler selbst, sei es auf Grund praktischer Erwägungen, sei es aus einer sittlichen Entscheidung. Zum anderen stehen die Wissenschaft und ihre Institutionen im Bezugssystem des sozialen Gefüges und im Kraftfeld fremder Interessen und Interessengruppen. Wissenschaft als Erscheinung unseres Gemeinwesens hat diese soziale Verpflichtung zu beachten und zu bejahen, sich zugleich aber dagegen zu verwahren, daß sie durch staatliche oder gesellschaftliche Macht überwältigt, ihrer Freiheit beraubt und ihrem Auftrag entfremdet wird.

Fraglich ist hier, ob die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als ein Spiel ausgewogener Kräfte vorstatten geht oder ob Hinwirkungen auf Forschung und Lehre von zwanghaftem Charakter zu verzeichnen sind, die die Verwirklichung notwendiger und möglicher Freiheit verhindern. Wenn im folgenden von „der Wirtschaft und ihren Vertretern“ die Rede ist, fügen wir uns — wenn auch nicht gerne — dem in dieser Diskussion üblichen, aber begrifflich nicht sauberen Sprachgebrauch, der damit die Unternehmer, das Management und deren Interessenverbände meint.

II.

Geht man dem Interesse der Wirtschaft an der Forschung und ihrer Finanzierung nach, so fallen vier Bereiche ins Gewicht, wo sich Wirtschaft und Wissenschaftsinstitutionen berühren: die allgemeine finanzielle Förderung der Wissenschaft durch Spenden der Wirtschaft; die Vertragsforschung; die verbandsgemeinschaftliche Forschung; die betriebs- und werkseigene Forschung und Entwicklung.

1960 brachte die gewerbliche Wirtschaft rund 59 Mill. DM an Spenden für die verschiedenen nichtwirtschaftseigenen wissenschaftlichen Einrichtungen auf²⁾. Fraglich ist hier, ob die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft „Im Vergleich zum Bedarf und zur Bedeutung der Wissenschaft als Grundlage des gesamten volkswirtschaftlichen Geschehens ein verhältnismäßig bescheidenes Resultat“³⁾, wie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft selbst bereits früher feststellte⁴⁾. Doch auch dieser Betrag ist nicht beliebig frei verfügbar, da

1) Hellmut Becker, Alexander Kluge: „Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle“, Frankfurt a. M. 1961, S. 72.

2) Presse-Information des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, 1. März 1962.

3) „Zehn Jahre Stifterverband“, herausgegeben vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Bonn 1960, S. 28.

ein erheblicher Teil der Spenden zweckgebunden einzelnen Fakultäten, Instituten oder Forschern zugewiesen wird, wobei die Dotierung der Naturwissenschaften überwiegt. Die Förderergesellschaften der Hochschulen, einzelne Zweige der Grundindustrie, Großbetriebe, aber auch mancher vermögende Kleinindustrielle gehören zu dem Kreis der Spender⁴⁾. Man wird sagen können, daß generell im Vergleich zu den staatlichen Mitteln diese Art der Wissenschaftsfinanzierung durch Privathand dem Umfang nach gering ist. Schon die Geringfügigkeit der Mittel würde einen beabsichtigten Einfluß nicht zulassen, und eine unmittelbare Absicht der Spender ist außerdem nicht zu erkennen.

Wesentlich größere Bedeutung gewinnt demgegenüber die Vertragsforschung, in deren Rahmen sich die Wirtschaft der hochschuleigenen, staatlichen und freien Forschungseinrichtungen bedient. Hier werden die Wissenschaftsinstitutionen — auch soweit sie nicht wirtschafts-eigen sind — durch einen begrenzten, aber zweckgerichteten Auftrag gebunden, um wirtschaftlich wichtige Untersuchungen für einzelne Betriebe oder ganze Industriezweige vorzunehmen. Den Wert der Vertragsforschung für die allgemeine Entwicklung der Forschung zu bestimmen, scheitert an der strikten Vertraulichkeit, da häufig die Methoden und Ergebnisse der Arbeiten aus Wettbewerbsgründen nicht veröffentlicht werden dürfen. Die Verbindung zu den Hochschulen und zu den der Allgemeinheit dienenden wissenschaftlichen Instituten und Gesellschaften ist eng und wurde durch die „Vermittlungsstelle für Vertragsforschung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ institutionalisiert⁵⁾. Im einzelnen ist die Höhe der Finanzmittel, die hier der Wissenschaft aus der Wirtschaft zufließen, nicht bekannt, da Unterlagen bei den Hochschulen oder der staatlichen Verwaltung bislang fehlen. Bei den einzelnen Hochschulinsti-tuten nimmt sie jedoch „im Rahmen bestimmter Dauerverträge im Interesse privater Unternehmer ... vermutlich ein erhebliches Ausmaß an“⁶⁾.

Neben der Vertragsforschung erlangt die verbandsgemeinschaftliche Forschung in der Wirtschaft immer größeres Gewicht. Wirtschaftsvereinigungen, Fachverbände, wissenschaftliche Vereine und industrielle Forschungsgemeinschaften betreiben in verbandseigenen Instituten, aber auch in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und staatlichen und freien Forschungseinrichtungen umfangreiche Entwicklungs- und Forschungsarbeiten im Interesse der gewerblichen Wirtschaft. Insgesamt wurden durch die Industrie 1960 61 Mill. DM für diese Zwecke aufgebracht, zu denen noch öffentliche Mittel hinzukommen⁷⁾. Zu nennen ist hier vor allem die „Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen“ mit jetzt 61 Mitgliedern und einem Jahresetat (1959) von 37,64 Mill. DM, davon 11,27 Mill. DM öffentliche Zuschüsse. Nun betrieb die Arbeitsgemeinschaft ihre Untersuchungen nicht nur in ihren eigenen 38 Instituten, sondern arbeitete auch mit 111 Hochschulinsti-tuten, 7 Max-Planck-Instituten und vielen staatlichen und freien Forschungsanstalten zusammen⁸⁾. So ist auch hier eine lebhaftere Wechselwirkung zwischen den allgemeinen Wissenschaftseinrichtungen und den Interessen der Wirtschaft zu verzeichnen.

Den größten Umfang schließlich erreicht die werks- und betriebs-eigene Forschung

4) 1959 waren von insgesamt 51 Mill. DM allgemeiner Wissenschaftsspenden der gewerblichen Wirtschaft beim Stifterverband rund 12 Mill. DM ohne Auflage frei verfügbar. Der Stifterverband setzt sich selbst stets für eine Erhöhung der ungebundenen Spenden ein. (Nach: „Zehn Jahre Stifterverband“, a. a. O., S. 33 und 59.)

5) „Forschung als Helfer im Wettbewerb“, herausgegeben von der Vermittlungsstelle für Vertragsforschung, Bad Godesberg o. J.; Rudolf Bree: „Kann sich der kleine Betrieb Forschung leisten?“, in VDI-Nachrichten Nr. 8/1956; H. Thomas: „Neue Impulse für Betriebe durch Auftragsforschung“, in: „Die Wirtschaftsprüfung“, Nr. 14/1957.

6) Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I, Köln 1960, Seite 34.

7) Presse-Information des Stifterverbandes, a. a. O.

8) „Wissenschaft und Praxis“, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 50/1962; Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen, Jahresbericht 1960, Köln 1960, S. 6.

und Entwicklung der Unternehmen, für die 1960 1500 Mill. DM von der Industrie ausgeworfen wurden⁹⁾). Daß allein im internationalen Unilever-Konzern in Deutschland, Holland und England 3600 Mitarbeiter mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten befaßt sind, gibt einen Begriff von den Größenordnungen. Auch hier sind die Beziehungen zwischen den Wissenschaftsinstitutionen und den Unternehmungen eng. Ein Teil der Untersuchungen und Entwicklungen wird im Rahmen der Vertragsforschung an den Hochschulen und an staatlichen oder freien Instituten vorgenommen. Wie manche Wissenschaftler im unmittelbaren Dienst der Wirtschaft dann auf Zeit innerhalb der Einrichtungen der Wissenschaft im engeren Sinne arbeiten, so zieht die Wirtschaft auch zahlreiche Wissenschaftler auf Zeit oder Dauer aus den Hochschulen und Forschungsstätten ganz an sich.

Auf diesem Hintergrund der vielfältigen Beziehungen und Formen der Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird die Feststellung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft über die Finanzierung des Wiederaufbaus von Wissenschaft und Forschung verständlich: Von 1948/49 bis 1960 wandte die öffentliche Hand — Bund, Länder und Gemeinden — für diese Zwecke 10 600 Mill. DM auf, während die gewerbliche Wirtschaft im gleichen Zeitraum dafür 8230 Mill. DM verausgabte¹⁰⁾). Diese beeindruckende finanzielle Kraftanstrengung sicherte denn auch einigen Kreisen der Wirtschaft einen nachhaltigen Einfluß auf die Wissenschaft und ihre Selbstverwaltungsorgane.

III.

Vor allem muß der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft als Sprachrohr und Steuerungsinstrument der Wirtschaft gegenüber den Wissenschaftsinstitutionen gelten. Rund 1400 Firmen haben sich darin zusammengeschlossen; das stärkste Gewicht kommt der Groß- und Grundstoffindustrie zu. Vorstand und Verwaltungsrat werden von Industriellen gebildet, Zahl und Einfluß der Wissenschaftler treten ihnen gegenüber zurück¹¹⁾). Namen wie die der Generaldirektoren Vits, Kost und Reusch prägen die Entscheidungen wie auch das öffentliche Wirken des Stifterverbandes. Zugleich etablierte sich eine weit ausgebaute und fachlich versierte Hauptverwaltung mit regionalen Geschäftsführungen, die personell und sachlich mit den Arbeitgeberverbänden eng verflochten sind. Der Stifterverband sieht es als seine Aufgabe an, die Belange der Wirtschaft gegenüber der Wissenschaft zu vertreten, die Wirtschaft zu einer stärkeren Förderung von Forschung und Lehre anzuregen, im Sinne dieser Ziele eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und auf Parlament und Regierung einzuwirken. 1959 verfügte der Stifterverband selbst über rund 12 Mill. DM nicht zweckgebundener Spenden. Den weitaus größten Anteil dieser Summe überwies er global verschiedenen Einrichtungen der Wissenschaft — vor allem der Deutschen Forschungsgemeinschaft —, soweit diese „ausreichend Repräsentanten des Stifterverbandes in ihre Entscheidungsgremien aufnehmen“¹²⁾). Auf Grund dieses Finanzierungseinflusses und des Gewichts als Vertreter der Wirtschaft gewann der Stifterverband Sitz und Stimme oder Gehör in 11 zentralen Wissenschaftsgremien und in 31 Förderergesellschaften der Hochschulen. Dabei ist er u. a. im Präsidium, Hauptausschuß und Kuratorium der Deutschen Forschungsgemeinschaft, im Senat der Max-Planck-Gesellschaft und im Kuratorium der Studien-

9) Presse-Informationen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, a. a. O.

10) Jahrbuch des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 1961, Essen 1961, S. 124 f.

11) Von 20 Mitgliedern des Vorstandes des Stifterverbandes sind 3 Hochschullehrer, unter den 100 Mitgliedern des Verwaltungsrates finden sich 17 Hochschullehrer. (Nach: „Zehn Jahre Stifterverband“, a. a. O., S. 85 f.)

12) „Ausklang der Begabten“, Sonderdruck des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft C 38, Essen, 1958, Seite 23.

stiftung des Deutschen Volkes und des Deutschen Studentenwerkes vertreten¹³⁾. Im Wissenschaftsrat, dem zentralen Planungs- und Gutachtergremium von Bund, Ländern und Hochschulen, sind sechs Plätze „für Vertreter der Öffentlichkeit“ vorgesehen, fünf werden durch Manager der Großindustrie eingenommen, von denen drei wiederum dem Vorstand oder Verwaltungsrat des Stifterverbandes angehören. Auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz schenkt dem Stifterverband Gehör und befaßt sich mit den von ihm vorgeschlagenen Themen.

Einen ähnlichen, wenn auch nicht institutionell gesicherten Einfluß üben die anderen Spitzengremien der Unternehmer und der gewerblichen Wirtschaft auf die wissenschaftspolitischen Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane der Wissenschaft und auf staatliche Stellen aus. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das Deutsche Industriemuseum und der Deutsche Industrie- und Handelstag haben jeweils personell gut besetzte und sachkundige Bildungsabteilungen aufgebaut, die sich fortlaufend und intensiv auch mit Grundsatzproblemen und Detailfragen von Forschung und Lehre befassen¹⁴⁾. Diese Bildungsbürokratien der Unternehmerverbände sind untereinander und mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft eng verflochten und bringen gegenüber den Selbstverwaltungsorganen der Wissenschaft und gegenüber den staatlichen Stellen auf den auch sonst bei der Interessenvertretung üblichen Wegen ihre Vorschläge vor. Im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, dem 200 führende Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Wirtschaft und freier Berufe angehören, haben sich der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Stifterverband ein gewichtiges Beratungsgremium, aber auch ein Organ mit öffentlicher Wirksamkeit geschaffen. Die Geschäftsführung liegt in Händen der Wirtschaftsverbände, wie auch der Vorsitz der einzelnen Gesprächsgruppen überwiegend von Vertretern der Wirtschaft eingenommen wird¹⁵⁾. Mit Eingaben und Entschlüssen, durch Vorträge vor den Selbstverwaltungsorganen der Wissenschaft und in Besprechungen über aktuelle Probleme hinter verschlossenen Türen findet ein lebhafter Gedankenaustausch zwischen den Wirtschaftsvertretern und den Wissenschaftsorganisationen statt. Eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit unterstützt diese Bestrebungen. Kaum ein Jahresbericht der Wirtschaftsverbände erscheint, in dem nicht Probleme der Wissenschaftsförderung behandelt werden. Die wirtschaftseligen Schriftenreihen, Monographien und aktuellen Stellungnahmen zu diesem Fragenkreis werden ergänzt durch ein starkes, doch weitgehend unkritisches Presseecho, das die Unternehmerverbände in der Fachpresse wie in der Tagespresse finden.

IV.

1957 ging dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung, den Hochschulen und den Selbstverwaltungsorganen der Wissenschaft die Schrift „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“ des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft zu, in der programmatisch festgestellt wurde, daß „die Wirtschaft berechtigt und verpflichtet (ist), die Wissenschaftspolitik kritisch zu verfolgen, ihr Urteil darüber zu fällen und Ratschläge zu erteilen“. Diese Berechtigung ergäbe sich, weil die moderne Wirtschaft vom Stand der Wissenschaft abhängig und auf akademisch

¹³⁾ „Zehn Jahre Stifterverband“, a. a. O., S. 16; Kurt Zierold: „Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft in der Bundesrepublik“, in: „Die Öffentliche Verwaltung“, Heft 17–18/1961, mit weiteren wichtigen und detaillierten Hinweisen über Wirtschaftsvertretung in der Wissenschaft.

¹⁴⁾ Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1958/59, S. 81. Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1960/61, S. 77; Tätigkeitsbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages 1960/61, S. 183 f.

¹⁵⁾ Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, herausgegeben vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Bundesverband der Deutschen Industrie und Deutschen Industrie- und Handelstag, o. J.

gebildeten Nachwuchs angewiesen sei. Die Wirtschaft gehöre zu den entscheidenden Gestaltungskräften der heutigen Gesellschaft und habe auch ein Recht zur Mitsprache als hauptsächlich Trägerin der steuerlichen Lasten¹⁶⁾.

Bei diesen Forderungen an die Wissenschaftspolitik lassen sich drei Gruppen erkennen: der Ruf nach vorrangigen, praktischen Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Lehre, wie sie auch von den Hochschulen und jetzt vom Wissenschaftsrat verlangt werden; Grundsatzforderungen, die einen konservativen oder weithin ideologehaften Charakter tragen; spezielle Vorstellungen, die dem unmittelbaren Interesse der Wirtschaft entsprechen.

In der ersten Gruppe dieser Vorschläge der Wirtschaft finden wir fast alle Forderungen zum Ausbau der Hochschulen und Forschungsstätten, die von Fachgremien erarbeitet wurden, sich in der öffentlichen Diskussion allmählich durchsetzten und nun, entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, allmählich ihrer Verwirklichung entgegengehen. Besonders nachhaltig verlangt die Wirtschaft seit Jahren, daß die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Wissenschaft erhöht werden, bis sie 1 v. H. des Volkseinkommens erreichen¹⁷⁾. Von der Vermehrung der Zahl der Lehrstühle über eine stärkere Förderung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen bis zur schnelleren Errichtung von Studentenwohnheimen drängt die Wirtschaft auf Beseitigung aller aktuellen Mißstände. Ein ähnlicher Katalog von Vorschlägen und Forderungen wurde für den Bereich der höheren Schulen vorgelegt, vor allem im Hinblick auf die Vorbildung für den Hochschulbesuch. Auch aus akutem Anlaß, wie beim Streit zwischen Bund und Ländern über die Wissenschaftsfinanzierung anläßlich der Haushaltsberatungen im Frühjahr, nimmt die Wirtschaft öffentlich Stellung im Sinne einer sachnotwendigen Zusammenarbeit, wie sie überhaupt auf eine stärkere Koordinierung der Wissenschaftspolitik drängt¹⁸⁾. Ihr kommt zweifellos das Verdienst zu, die öffentliche Diskussion über Ausbau und Reform des höheren Bildungswesens befruchtet zu haben. Bei der Art dieser Vorschläge kann man auch der Feststellung der Wirtschaft zustimmen, „daß ihre Ansprüche sich weitgehend mit den historisch begründeten Reformtendenzen der Hochschule decken“ und nicht nur anstreben, „einen Zuschnitt der akademischen Ausbildung allein auf die speziellen Sachbedürfnisse der Wirtschaft zu schaffen“¹⁹⁾.

Daneben finden sich in den zahlreichen Schriften, Reden und Stellungnahmen der mit Wissenschaftspolitik befaßten Wirtschaftskreise prinzipielle Vorstellungen, die auf einen konservativen oder ideologehaften Grundzug hindeuten. In der „Wiederherstellung des abendländischen Bildungsideals“, in der Orientierung der Hochschulen an der Konzeption von Fichte, Schelling, Schlegel, Humboldt — womit sie „die Bildungsstätte der Nation“ seien — werden Ideale schlechthin gesehen²⁰⁾. Man fordert „einen Akademiker im vollen Sinne seiner Traditionsgestalt... daß akademische Haltung und akademischer Geist wieder als ein schlechthin vorbildhafter und hoher Wert empfunden und gelebt werden“²¹⁾. Einheit von Forschung und Lehre, Allgemeinbildung als Ziel der Hochschulbildung durch Teilnahme an der Forschung, Charakter als Voraus-

16) „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“, herausgegeben vom Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Köln 1957, S. 4 f.; Rede des Vorstandsvorsitzenden des Stifterverbandes in Wiesbaden vor der Jahresversammlung 1958.

17) Rede des Vorstandsvorsitzenden des Stifterverbandes vor der Jahresversammlung in Wiesbaden am 30. 4. 1958.

18) „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“, a. a. O., S. 38; E. H. Vitz vor der Mitgliederversammlung des Stifterverbandes 1961, in: „Hochschuldienst“, Nr. 11/1961.

19) „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“, a. a. O., S. 4.

20) H. Reusch: „Die moderne Industriegesellschaft in ihren Beziehungen zu Forschung und Lehre“, herausgegeben vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Bressen 1957, S. 14 f.

21) „Aufstieg der Begabten“, a. a. O., S. 18.

setzung des Hochschulbesuchs und Charakterbildung als seine Aufgabe, akademische Freiheit und akademische Würde werden als Begriffe ungenau und unkritisch gebraucht. Zumeist unterbleibt der Versuch, ihren Wert und Bestand und ihre Durchsetzungsmöglichkeit an der heutigen Wirklichkeit zu messen, um dann zu entscheiden, ob wir am Überkommenen festhalten können und wollen oder ob die gewandelte Welt auch ein anderes Bild, andere Ziele oder andere Wege für unser höheres Bildungswesen verlangt.

Anders als bei den konkreten Forderungen des Tages für eine stärkere Förderung der Wissenschaft wird im Grundsätzlichen hier „die reale Situation unserer Hochschulen übertüncht durch den Appell an eine großartige Vergangenheit der europäischen Wissenschaft“²²⁾. Dieser Zug ins Konservative hat mitunter Auswirkungen bei der Beeinflussung der Wissenschaftspolitik in Tagesfragen. Obgleich nach Ansicht aller Beteiligten — auch der Hochschulen — die Studentenförderung mit Stipendien nach dem Honnefer Modell u. a. eine sozialstaatliche Komponente hat²³⁾, wandte sich die Wirtschaft sogleich dagegen und plädierte für eine restriktive Handhabung der Studentenförderung im Sinne einer Hochbegabtenförderung. Alle möglichen Argumente: „Wohlfahrtsstaat an der Hochschule“, „Staatsstudententum“ und Vernachlässigung des Auslesemerkmals „Charakter“, wurden gegen eine breit angelegte Studentenförderung ins Feld geführt. Statt dessen schlug man ein System „von Stipendien persönlicher Natur“ vor, durch das ein persönliches Verhältnis zwischen dem Stifter des Stipendiums — Stadt- oder Landkreise, Unternehmen und vermögende Privatpersonen — und dem Stipendiaten hergestellt werden sollte²⁴⁾. Diese Vorstellungen haben inzwischen teilweise Zustimmung gefunden und zu einem zahlenmäßigen Rückgang und einer veränderten Argumentation für die Studentenförderung geführt. Der sozialreformerische Ansatz mit der Blickrichtung auf eine allgemeine Jugendförderung im Sinne gleicher Bildungs- und Berufschancen ging weitgehend verloren. Eine ähnliche Rolle für die Wiederbelebung oder Erhaltung erstarbter Bildungsvorstellungen spielte die Wirtschaft bei der Wiederbegründung der Korporationen an den Hochschulen nach dem zweiten Weltkrieg²⁵⁾.

Schließlich erhebt die Wirtschaft gegenüber den Hochschulen und Forschungsstätten spezielle Forderungen, die allein ihrem Gruppeninteresse entspringen. Generell erwartet sie, daß Wirtschaftsprobleme in Forschung und Lehre angemessen berücksichtigt werden; besonders, daß im Rahmen einer allgemeinen Bildung an Schule und Hochschule mehr Verständnis für den Wirtschaftsprozess geweckt wird. In diesem Zusammenhang griff der Stifterverband den nach dem Kriege zuerst im Blauen Gutachten zur Hochschulreform gemachten, dann von sozialdemokratischer Seite fortgeführten Gedanken auf, nach Möglichkeiten für eine gesellschaftswissenschaftliche Bildung aller Studenten zu suchen. Das Deutsche Industrieinstitut richtete inzwischen als Modell ein Industriepraktikum unter diesen Gesichtspunkten für 600 Lehrerstudenten von 26 Hochschulen im Jahre 1960 ein, das gleichen ein erstes Praktikum für Studenten der Theologie. Dieses Programm soll weit ausgebaut werden²⁶⁾. Daneben trat die Wirtschaft mit zahlreichen Reformvorschlägen für einzelne Fakultäten oder Hochschultypen hervor,

²²⁾ Hellmut Becker: „Bildung und Gesellschaft“, in: „Offene Welt“, Nr. 53/1958.

²³⁾ Klaus Meschkat: „Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?“, Schriften des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Bonn 1960, S. 39 und 44.

²⁴⁾ „Aufstieg der Begabten“, a. a. O., S. 19; „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“, a. a. O., S. 20; daß auch andere Auffassungen von seiten der Wirtschaft vertreten werden, zeigt das Buch von Fritz Arit: „Der zweite Bildungsweg“, München 1958, S. 103.

²⁵⁾ Jahrbuch des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 1957, Essen 1957, S. 73.

²⁶⁾ „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“, a. a. O., S. 21; Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1961, S. 77; Hugo Möller: „Das Industriepraktikum“, in: „Bildung und Erziehung“, Heft 11/1957.

so für den Studiengang an den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten, für die höheren wirtschaftlichen Lehranstalten, die Ingenieurschulen oder für die Einrichtung eines Wirtschaftsreferendariats.

Im Einzelfall greifen Wirtschaftskreise auch in die Lenkung staatlicher Forschungsmittel in ihrem Interesse ein. So stiegen die Subventionen des Bundesatomministeriums für die Atomforschung rasch an. Zugleich verlangen die Deutsche Atomkommission und das Atomforum, in denen zahlreiche Wirtschaftsvertreter Sitz und Stimme haben, noch höhere Mittel. Als Begründung werden allein politische und wirtschaftliche Argumente angeführt. Das Ansehen Deutschlands, Konkurrenz auf dem Weltmarkt, Interessen der Exportindustrie, Rentabilität unserer Energieerzeugung, der Privatwirtschaft nicht zumutbare Verluste und Risiken — nur diese Begriffe tauchen in den Erklärungen auf. Forschung und Lehre sind demnach nur „forschungsmäßige Voraussetzung“ staatlicher und wirtschaftlicher Interessen. Die eigenständigen Belange der Forschung werden nicht einmal erwähnt. Eine ähnliche Entwicklung bahnt sich für die Weltraum- und Raumfahrtforschung an, nachdem das Deutsche Industrieinstitut sich nachhaltig für ihre stärkere Förderung — wegen wirtschaftlicher Belange — verwandte²⁷⁾. Wo wirklich Mißstände die Wirtschaft treffen, schreitet sie rasch zur Selbsthilfe. Mehrfach wies sie auf einen empfindlichen Mangel an international gebildetem und sprachkundigem akademischem Nachwuchs hin. Daraufhin etablierte sich vor einiger Zeit im Deutschen Akademischen Austauschdienst, einer Selbstverwaltungsorganisation der Hochschulen, ein Büro des Tönissteiner Kreises. Diese Einrichtung der Wirtschaft filtert aus den zurückkehrenden Auslandsstipendiaten die brauchbaren Kandidaten für internationale Führungsaufgaben der Wirtschaft heraus, fördert sie, bildet sie weiter aus und bringt sie in entsprechende Positionen.

Der Vielfalt der Einflüsse der Wirtschaft auf die Wissenschaft ist schwer nachzugehen, da sie in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Absichten und Begründungen erfolgt. Die vorliegenden Anhaltspunkte deuten aber darauf hin, daß sie zunehmendes Gewicht gewinnen.

V.

Der Wissenschaftsrat hat mahndend auf die Gefahr hingewiesen, „daß die Institutsleiter und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter ihren Aufgaben in der Lehre und, soweit die Vertragsforschung in Frage steht, auch ihren Aufgaben in der freien und ungebundenen Forschung entzogen werden“²⁸⁾. Auch eine übermäßige und unkontrollierte Bindung an einzelne Unternehmen kann eintreten. Es gibt Beispiele von Hochschulinstituten, die ganz zu „Industriefilialen“ wurden oder die von seiten der Industrie für Zweckforschungsaufgaben eingerichtet und unterhalten werden²⁹⁾. Ein Überschreiten des verträglichen Maßes und damit ein Mißbrauch muß nach Meinung des Wissenschaftsrates vermieden werden.

Ähnliche unliebsame Erscheinungen zeigen sich bei der vielfältigen Gutachter-tätigkeit von Hochschullehrern, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften, der Ingenieurwissenschaften und teilweise der Medizin³⁰⁾. Über diese Vorgänge fehlt jede öffentliche Rechenschaftslegung, selbst wenn man sie nur gegenüber einem kulturpolitisch kompetenten Gremium, wie dem Wissenschaftsrat, verlangte, da die Hochschulen vom Grundsatz der Öffentlichkeit der Finanzgebarung über-

²⁷⁾ Dieter Bielenstein: „Autonomie der Forschung?“, in: „Atomzeitalter“, Heft 5/1961; Deutsches Industrieinstitut: „Material zum Zeitgeschehen“, Nr. 12/61.

²⁸⁾ Empfehlungen des Wissenschaftsrates, a. a. O., S. 34.

²⁹⁾ „Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle“, a. a. O., S. 265.

³⁰⁾ Empfehlungen des Wissenschaftsrates, a. a. O., S. 166.

haupt weit entfernt sind. Aber selbst die Fakultäten, Senate oder die Staatsverwaltung haben keinerlei Überblick³¹⁾.

Das legt die Vermutung nahe, daß die Verteilung der Schwerpunkte der Forschung zwar nicht immer im einzelnen Institut, aber im ganzen Bereich der Hochschule willkürlich erfolgt. Für die großen Finanzströme aus der Wirtschaft für die Wissenschaft sind außerwissenschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Doch auch dabei wird zumeist von der Tagesnotwendigkeit, vom Interesse des einzelnen Unternehmens oder einer Branche her entschieden, nicht aber im Zusammenhang der ganzen wirtschaftswichtigen Forschung. Daß dabei eine Reihe geisteswissenschaftlicher Fächer, die nicht unmittelbar von wirtschaftlicher Bedeutung sind, ganz leer ausgehen, liegt auf der Hand. So kann es geschehen, daß zwar die Atomforschung in kurzer Frist einen ungeahnten Aufschwung nahm, auf die prekäre Lage der Soziologie und Politischen Wissenschaft aber erst kürzlich durch eine Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufmerksam gemacht werden mußte³²⁾. Da ein Überblick über die Finanzmittel aus der Wirtschaft fehlt, andererseits jedoch feststeht, daß sie beträchtlichen Umfang im Ganzen und entscheidenden Einfluß im Einzelfall haben, muß zunächst die Frage aufgeworfen werden, ob eine Planung oder wenigstens eine Koordinierung mit behutsam lenkender Hand im Bereich von Forschung und Lehre heute überhaupt möglich ist. Die Notwendigkeit einer vorausschauenden Überlegung auf diesem Feld ist dabei wohl unbestritten.

Erschwert eine zu enge Zweckbindung von Forschungsmitteln schon einen haushaltstechnisch klaren Verwaltungsvollzug an den Hochschulen, so stellt sie auch die prinzipiell zu fordernde Freiheit von Forschung und Lehre in Frage. Die Wirtschaft betont zwar, daß auch im Rahmen der Vertragsforschung der Vertragsabschluß über eine genau definierte Forschungsaufgabe beiden Seiten freistünde und die Lösung in wissenschaftlicher Freiheit gesucht werde³³⁾. Doch hier ist wohl der Begriff der wissenschaftlichen Freiheit zu eng gefaßt und mißverstanden. So lange noch empfindliche Lücken in der Finanzierung durch die öffentliche Hand bestehen, ist mancher Institutsleiter gezwungen, Forschungsverträge einzugehen, um nebenher seine eigentlichen Aufgaben mitzufinanzieren. Manches Institut, einmal auf solche Forschungsaufträge gegründet, sieht sich dann genötigt, aus „betrieblichen“ Gründen diesen Weg weiter einzuschlagen, um seine Arbeit fortführen zu können. Man wird nicht unterstellen dürfen, daß im Rahmen solcher Verträge Forschungsergebnisse manipuliert werden. Die Freiheit, seine Aufgabenstellung selbst zu bestimmen, gehört aber mit zur Freiheit des Forschers. Und die Forschungszweige zu koordinieren, durch Aussprachen und gemeinsame Überlegungen die künftige Entwicklung der verschiedenen Zweige von Forschung und Lehre zu gestalten, gehört zur Freiheit der Hochschule wie zu der der gemeinsamen Selbstverwaltungsgremien aller Hochschulen. Und nichts anderes gilt für die freien Forschungsstätten, die eine Einrichtung mit öffentlicher Aufgabe sind.

Bedenklich scheint es auch, wenn wirtschaftliches Zweckdenken unkritisch im Wissenschaftsbereich übernommen wird. „Spendenpolitik im Wissenschaftsbereich ist Investierung auf lange Sicht“, solche und ähnliche Gedanken finden sich immer wieder in den Stellungnahmen der Wirtschaft³⁴⁾. Sie haben ihre Berechtigung im Wirtschaftsprozeß und sind vielleicht manches Mal auch nur ein wohligemeinter Trick, um die Spender zu größeren Subventionen zu bewegen. Die ständig wiederkehrenden Begründungen in Schriften, Stellungnahmen und öffentlichen

31) Empfehlungen des Wissenschaftsrates, a. a. O., S. 35, F. 166; „Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle“, a. a. O., S. 93.

32) M. Rainer Lepsius: „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“, Wiesbaden 1961.

33) „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“, a. a. O., S. 28.

34) „Zehn Jahre Stifterverband“, a. a. O., S. 17.

Reden, die Wissenschaft sei als Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern, kann jedoch auf die Dauer nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Entscheidung staatlicher und wissenschaftlicher Gremien prägen. Es kann aber nicht Aufgabe der Wirtschaft sein, rentable Forschung zu finanzieren, und nicht Aufgabe des Staates, wirtschaftlich unrentable Forschung zu fördern. Die „Rentabilität“ ergibt sich zudem hier aus anderen Überlegungen. Der Hochschullehrer, der historisch oder philologisch forscht und dabei Nachwuchs ausbildet, hat keine unmittelbare Aufgabe im Wirtschaftsprozeß, gleichwohl aber eine unersetzliche Funktion in der Gesellschaft. Welcher Bereich der Forschung bevorzugt zu fördern ist, kann also weder allein noch überwiegend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden. Überhaupt treten wohl das Selbstverständnis von Wissenschaft und Wirtschaft in einen gewissen Gegensatz. Das Spielerische und die Revolte, das Experiment und das jede derzeitige Grenze verachtende, scheinbar Nutzlose, die Suche nach der Wahrheit um ihrer selbst willen — das mögen Elemente der Wissenschaft sein. Sie vertragen sich nur schlecht mit dem nutzvollen und zweckhaften, auf den materiellen Fortschritt gerichteten Denken in der Wirtschaft, wo es um den technischen und ökonomischen Prozeß geht, und mit dem konservativen, vorurteilvollen und bestehende Ordnungen schützenden Grundzug der Wirtschaft, wenn es sich um soziale und politische Vorstellungen handelt.

Dabei muß gesagt werden, daß die Wirtschaft, soweit sie sich zu diesem Thema öffentlich zu Wort meldet, selbst diese Gefahren sieht und vor ihnen warnt. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft setzt sich nachdrücklich für eine sachgerechte Förderung von Geistes- und Naturwissenschaften, von Grundlagenforschung und angewandter Forschung ein²⁵). Er weist auf die Bedeutung heute vielleicht noch „unwichtiger“, morgen bereits bedeutsamer Gebiete der Wissenschaft hin, betont die Gefahren eines kurzsichtigen Zweckdenkens und gesteht der Wissenschaft prinzipiell die Freiheit zu, sich nach der Entscheidung ihrer eigenen Gremien zu entfalten. Doch es scheint, daß die Wirklichkeit in einer hochindustrialisierten Gesellschaft mit einer straff organisierten Wirtschaft anders ist, daß in der Praxis der Zwang des Wirtschaftsprozesses ideale Vorstellungen beiseiteschiebt.

VI.

Ein spezielles Problem wird sich in der Zukunft durch die wachsende Zahl von Stiftungen ergeben, die der Wissenschaftsfinanzierung dienen. Von Gewicht ist in der Bundesrepublik zunächst die kürzlich geschaffene Fritz-Thyssen-Stiftung, da die Volkswagenwerk-Stiftung als besondere Art staatlicher Finanzierung bezeichnet werden muß und hier außer Betracht bleiben kann. Die Fritz-Thyssen-Stiftung verfügt über ein Aktienkapital von 100 Mill. DM als Vermögensmasse, 12 Mill. DM stehen ihr erstmals 1961 für Ausschüttungen zu. Als Schwerpunktprogramm wurden davon mit 6 Mill. DM je 300 Doktoranden und Habilitanden gefördert, um Lücken des Bedarfs an wissenschaftlichem Nachwuchs zu schließen, bis entsprechende Maßnahmen des Staates einsetzen. Das geschah auf Wunsch des Wissenschaftsrates.

Neben der Thyssen-Stiftung bestehen einige kleinere Stiftungen, die wissenschaftspolitisch nicht von Bedeutung sind. Das könnte sich aber ändern, falls die Steuergesetzgebung, vor allem die Einführung einer stark progressiven Erbschaftsteuer, die Errichtung von Stiftungen begünstigte. Erwähnt sei nur, daß die Zahl der Stiftungen in den USA mit rund 11 000 angegeben wird; sie reprä-

²⁵ H. Kost: „Wirtschaft und Universität“, herausgegeben vom Stifterverband, Essen 1956, S. 24; S. Strügger: „Grundlagenforschung, angewandte Forschung und Wirtschaft“, herausgegeben vom Stifterverband, Essen 1956, Seite 18.

sentieren zusammen ein Kapital von etwa 11,5 Milliarden Dollar. Sie spielen für die Wissenschaftsfinanzierung in den USA eine sehr große Rolle; hierzulande wurde nur die Tätigkeit der Ford-, Rockefeller- und Carnegie-Stiftung in weiteren Kreisen bekannt.

Die Wissenschaftsfinanzierung durch Stiftungen soll die „Unabhängigkeit der Willensbildung“ wahren und in der Stiftung „keine Ansatzpunkte für politische Mandate schaffen“³⁶⁾. Aber schon die Widmung des Vermögens ist bei solchen Größenordnungen ein politisch relevanter Akt, mehr noch die spätere Dotation, wie das Beispiel der Thyssen-Stiftung als „Retter in der Not“ zeigt. Die Interessenlage der Stiftungsverwaltung, ihre Verknüpfung mit der Wirtschaft, mögliche Auflagen für die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien können aber sehr wohl Raum für ein „politisches Mandat“ schaffen, wenngleich nicht im Sinne einer öffentlichen parlamentarischen Willensbildung. So bleibt zu prüfen, „bis zu welchem Grade die Universität gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt werden soll, und es bedarf der Schaffung von besonderen Organen der Selbstkontrolle innerhalb der Universitäten, die das Maß der Fremdfinanzierung, der Nebentätigkeit und der zweckgebundenen Forschung bestimmen“³⁷⁾.

Wenn die Entwicklung zur Errichtung umfangreicher Stiftungen führen sollte, wäre damit der Zeitpunkt gekommen, die Steuerabzugsfähigkeit von Wissenschaftsspenden und Zuwendungen an Stiftungen neu zu durchdenken. Schon heute „führt im Durchschnitt diese anerkennenswerte Steuerpolitik des Staates für den Spender zu Steuereinsparungen bis zu 50 v. H. des Spendenbetrages“³⁸⁾. Hier ist abzuwägen, wie weit dieser Steuerverzicht des Staates bei noch unzureichender staatlicher Dotierung der Wissenschaft zur Folge hat, daß finanzielle Verfügungsmacht in Privathand zu öffentlicher, hier zu wissenschaftspolitischer Entscheidungsmacht wird. Dabei ist die Vielfalt der Kräfte — aus achtenswerten Gründen — in diesem Bereich nicht in vollem Umfang repräsentiert. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sucht alle Wissenschaftsspenden zu zentralisieren, um einem Mißbrauch der Spendenfreudigkeit durch unseriöse Empfänger und einer Zersplitterung der Finanzmittel vorzubeugen. Auch wo Spenden direkt gegeben werden, ist er vielfach als Gutachter des „Arbeitskreises Spendenwesen“ der Industrie, einem Aufsichts- und Kontrollorgan der Unternehmerverbände, tätig³⁹⁾. Die Maßstäbe, nach denen über die Förderungswürdigkeit oder -unwürdigkeit entschieden wird, unterliegen dabei keiner öffentlichen Kontrolle oder Auskunftspflicht. Das mag hingehen, so lange der größte Teil der Mittel den Wissenschaftsorganisationen global überwiesen wird, wenngleich auch das heute bereits einen beachtlichen Einfluß der Wirtschaft mit sich bringt. Problematisch wird dieses Verfahren aber, wenn Stiftungen in eigener Regie über wissenschaftspolitisch relevante Summen verfügen.

VII.

Der hier beschriebene Einfluß auf Forschung und Lehre ist durch manche Entwicklungen und Erscheinungen hervorgerufen und ermöglicht worden.

Die wirtschaftliche Relevanz der Forschungsergebnisse weckt das Interesse der Wirtschaft. Forschung ist unmittelbare Voraussetzung des technischen und sozialen Fortschritts im Wirtschaftsprozeß geworden. Das gilt nicht nur für die exakten Naturwissenschaften, sondern auch für einige Fächer der Geisteswissenschaften, wie Volks- und Betriebswirtschaft, Psychologie, Soziologie oder Jura. In einer

³⁶⁾ Georg Strickrodt: „Aktivierung des deutschen Stiftungsrechts für gesellschaftspolitische Zwecke“, in: „Offene Welt“, Nr. 72/1961.

³⁷⁾ „Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle“, a. a. O., S. 111.

³⁸⁾ „Zehn Jahre Stifterverband“, a. a. O., S. 18.

³⁹⁾ „Zehn Jahre Stifterverband“, a. a. O., S. 21 f.

Gruppe der chemischen Großindustrie machten nach Angaben des Stifterverbandes 20 v. H. des Umsatzes von 2 Milliarden DM, also 400 Mill. DM, nur neue Erzeugnisse aus, die für ein Geschäftsjahr durch die Forschung entwickelt und dann marktfähig gemacht wurden⁴⁰⁾.

Die Hochschulen dienen zugleich nicht mehr nur der „schönen Bildung“, sondern auch der Ausbildung breiter Nachwuchsschichten für Führungspositionen in der Gesellschaft. Die politischen und gesellschaftlichen Leitbilder des akademischen Nachwuchses sind daher für die Wirtschaft wichtig genug, gerade weil das Studium generale gescheitert ist und die Forderungen nach einem sozialwissenschaftlichen Grundstudium nicht verwirklicht wurden. Dieses Vakuum bietet Raum für weitere Entwicklungen.

Beide Erscheinungen — die wachsende Bedeutung der Forschungsergebnisse für den Wirtschaftsprozess und die menschenbildende (oder auch verbildende) Kraft der Universität — rufen das Interesse der Wirtschaft an Forschung und Lehre hervor und veranlassen sie, Einfluß zu nehmen.

Einige Bedingungen begünstigen diesen Einfluß: Forschung und Lehre sind in steigendem Maße abhängig von kostspieligen Einrichtungen. Der Physiker Prof. Walter Weizel berichtet, daß für die Laboratoriumseinrichtungen von Faraday, mit der er die Grundgesetze der Elektrizitätslehre entdeckte, heute 100 DM aufzuwenden wären. Die Versuchsgeräte von Heinrich Hertz, die ihm die Erschließung der drahtlosen Wellen ermöglichten, verlangten 10 000 DM, ein physikalisches Institut der 30er Jahre kostete 300 000 DM, heute ist ein solches Universitätsinstitut mit 5 Mill. DM zu erstellen, und ein Materialprüfreaktor einer Technischen Hochschule erfordert allein 50 Mill. DM⁴¹⁾. Der Wissenschaftsrat gibt den laufenden Sachetat eines Jahres (ohne Ersatz des Inventars) für eine Philosophische Fakultät mit 270 000 DM, für eine Fakultät für Maschinenbau mit bis zu 900 000 DM an. Dieser gewaltige Finanzbedarf, durch staatliche Dotationen bislang unzureichend gedeckt, führt dazu, daß die Forschungsinstitute und Hochschulen die Finanzierungsangebote der Wirtschaft oft als Notanker benutzen.

Auch der Begriff der Verwaltung gewinnt eine gewandelte und größere Bedeutung für die Forschung und Lehre und stellt die überkommenen Formen der Selbstverwaltung in Frage. Arbeitsteiligkeit und Zusammenarbeit im Team werfen Organisationsprobleme auf. Die spontane, doch bahnbrechende Leistung des einzelnen und einsamen Gelehrten wird bald die Ausnahme von der Regel sein. Ein größeres Forschungsinstitut nimmt immer mehr den Charakter eines Großbetriebes an mit allen Problemen, die sich damit stellen. Arbeitsplanung, Betriebsführung und Betriebsklima, Finanzbeschaffung und Verwaltung stellen Aufgaben, die spezielle Kenntnisse, Erfahrungen und Zeitaufwand erfordern. Mancher Wissenschaftler sieht sich vor dem Dilemma, entweder als erfolgreicher Manager seiner eigentlichen Aufgabe entzogen zu werden oder durch Vernachlässigung der Verwaltung in Abhängigkeit von wissenschaftsfremden Bürokratien zu geraten. Augenblickslösungen und Unverständnis der neuen Situation gegenüber (daß nämlich Finanzierung und Verwaltung Voraussetzungen der Freiheit von Forschung und Lehre sind) lassen unkontrollierte Einflüsse von außen in den Bereich der Selbstverwaltung der Wissenschaft eindringen. Erschwerend wirkt, daß sich die Wissenschaftsinstitutionen bei ihrer Auseinandersetzung mit der Wirtschaft einer gutausgebauten, kontinuierlich arbeitenden und fachlich versierten Bürokratie gegenübersehen. Sie selbst suchen, jedenfalls bei der Repräsentation nach außen, an der Form der Selbstverwaltung mit ehrenamtlicher,

⁴⁰⁾ „Bauherrn der Zukunft — Stifter und Stiftungen in Amerika und bei uns“, RIAS-Hochschulfunk am 2. 6. 1960.

⁴¹⁾ Leo Brandt: „Die 2. industrielle Revolution“, Bonn 1936, S. 8.

durch Wahl wechselnder Vertretung festzuhalten. Als „Mißverhältnis zwischen vorhandenen Kräften und Aufgaben“ und als „primitive Verwaltungsform“ wird die Hochschulverwaltung heute kritisiert⁴³⁾.

VIII.

Es zeigt sich, daß sich in der Literatur über Hochschul- und Wissenschaftsfragen von seiten der Wissenschaft selbst kaum Arbeiten über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft finden, wenn man von den Veröffentlichungen des Stifterverbandes absieht. Wo dieses Thema berührt wird, werden nur Grund-satzprobleme behandelt, ohne daß man auf die Verhältnisse oder institutionellen Probleme eingeht⁴⁴⁾. Der Wissenschaftsrat allerdings hat zurückhaltend, aber deutlich auf Spannungsmomente hingewiesen. Die Tradition der Hochschulen mag es mit sich bringen, daß sie ihre Selbständigkeit und Freiheit in erster Linie gegenüber dem Staat und seinen Organen sich zu sichern suchen⁴⁵⁾. Mit der Wirtschaft und ihren Organisationen traten jedoch in den letzten 50 Jahren der Wissenschaft neue Mächte gegenüber, die einen berechtigten Anspruch auf Gehör erheben — was aber einen Mißbrauch nicht ausschließt. Es wäre ohne Sinn, der Wissenschaft die Erfahrungen und den Rat der Praxis in der Wirtschaft vorzuenthalten, und es wäre absurd, der Wirtschaft die Dienste von Forschung und Lehre entziehen zu wollen. Nur ein ausgewogenes Miteinander vermag Wissenschaft und Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Gerade deshalb sollten einige praktische Schritte getan werden. Der Wissenschaftsrat müßte sich einen genauen Überblick (im ganzen wie im einzelnen) über Ausmaß, Wege und Ziele der Wissenschaftsfinanzierung durch die Wirtschaft verschaffen. Diese Unterlagen sollten in seine Planungen einbezogen werden. Dann könnte von den zuständigen Gremien der Wissenschaft und der Wirtschaft geklärt werden, welche Forschungsaufgaben in beiderseitigem Interesse an den Hochschulen und freien Forschungsstätten zu verbleiben haben, welche anderen besser in wirtschaftseigenen Forschungseinrichtungen aufgehoben wären. Lücken in der staatlichen Finanzierung der Wissenschaft, die eine Versuchung zur Annahme von Dotierungen durch die Wirtschaft bewirken, müßten geschlossen werden. Schließlich würde eine öffentliche Diskussion dieser Probleme durch die Wissenschaftsgremien die Grenzen der Einwirkung der Wirtschaft auf wissenschafts- und bildungspolitische Vorstellungen deutlicher hervorheben können.

Nur am Rande sei vermerkt, daß ein Beitrag der Gewerkschaften zu dieser Debatte bisher nicht vorliegt.

43) Empfehlungen des Wissenschaftsrates, a. a. O., Seiten 35 f., 60, 70, 72, 159; „Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle“, a. a. O., Seiten 129, 144.

44) Hermann Heppel: „Hochschule, Wissenschaft und Wirtschaft“, Essen, 1955; Otto Hahn: „Die Bedeutung der Grundlagenforschung für die Wirtschaft“, Essen 1954; Emil Lehnartz: „Wirtschaft und Wissenschaft“, Essen 1955.

45) Arnold Kölligen: „Das Grundrecht der Deutschen Unverletzlichkeit“, Göttingen 1959.

Günter Bartsch

VON TROTZKI ZU DJILAS

I.

Als Hitler sagte, daß er von Trotzki viel gelernt habe, deutete dies auf die tiefe Verwandtschaft aller totalitären Geister hin — eine Verwandtschaft, die sich sogar über politische Todfeindschaften wie eine Brücke spannen kann. Trotzki und Stalin waren als Anhänger derselben Ideologie und als Mitglieder derselben Partei unvergleichlich enger verknüpft, und zwar ungeachtet ihrer Rivalität. Stalinismus und Trotzkiismus traten als zwei Spielarten des Kommunismus auf die Bühne der Geschichte, die sich gegenseitig rechtfertigten und damit stützten. Indem Stalin im August 1940 Trotzki ermorden ließ, untergrub er in gewissem Sinne seine eigene Position. Der rechte Flügel einer politischen Bewegung kann auf die Dauer nicht ohne den linken existieren. Die Art, die den Trotzkiismus enthaupdete, zerschnitt — unter der Wucht und Schwerkraft des Hiebes weitersausend — auch die Wurzeln derer, die sie führten. Stalins Entthronung auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und erst recht auf dem XXII. Parteitag 1961 wäre ohne diese vorherige Entwurzelung vermutlich kaum oder erst später möglich gewesen. Trotzkiismus und Stalinismus bedurften und ergänzten einander. Sie spielten, ohne sich dessen bewußt zu sein, eine Partie mit verteilten Rollen. Das gilt auch für den lebenden Chruschtschow und den toten Stalin heute.

II.

Wer die Feindschaft zwischen Stalin und Trotzki vornehmlich oder gar lediglich als Ausfluß persönlicher Rivalitäten betrachtet, wird ihr Wesen nicht verstehen. In diesen Männern fanden vielmehr zwei Möglichkeiten der rus-

sischen Revolution ihre personellen Spitzen. Die eine Möglichkeit bestand darin, daß sie sich unverzüglich zur Weltrevolution auswuchs, die andere, daß sie sich zunächst der inneren Konsolidierung zuwandte, um später um so besser wie ein Blasebalg die revolutionären Funken in aller Welt zur lodern- den Flamme anfachen zu können.

Einige Jahre schwankte die Waage der Geschichte zwischen diesen beiden Möglichkeiten. Aber schon 1920 — bei den Kämpfen vor Warschau — brach die Perspektive des Hinüberwachsens der russischen Revolution in die Weltrevolution zusammen. Polnische Truppen machten sie zunichte. Andere Ereignisse wiesen in die gleiche Richtung. Die Räterepubliken in Ungarn und Bayern lebten nur für einen historischen Atemzug. Nach dem Scheitern der Kommunisten in Österreich und Italien endeten auch die Ruhrkämpfe des Jahres 1923 mit einem Flasko. Nun blieb nur noch der Weg innerer Konsolidierung, bis die revolutionäre Ebbe — die sich auch in einem Stimmungswandel innerhalb Rußlands äußerte — durch eine neue revolutionäre Flut abgelöst werden würde. Trotzki erkannte das später — wenn auch einen größeren Zeitraum überblickend — sehr klar. Am 18. 2. 1935 schrieb er in sein Tagebuch:

„Angesichts des andauernden Kräfteverfalls der Weltrevolution war der Sieg der Bürokratie, infolgedessen aber auch der Sieg Stalins, vorherbestimmt. Der Ausgang der Entwicklung, der von politischen Gaffern und Hohlköpfen der persönlichen Stärke, zumindest aber der ungewöhnlichen Schläue Stalins zugeschrieben wurde, wurzelte in Wirklichkeit tief in der Dynamik geschichtlicher Kräfte.“

Zu keiner Zeit gab es zwischen Stalin und Trotzki Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit der Weltrevolution und ihres Vortreibens, weshalb es falsch ist, den „Weltrevolutionär“ Trotzki dem „großrussisch denkenden“ Stalin gegenüberzustellen. Die Meinungsverschiedenheiten bezogen sich — abgesehen von Detailfragen der inneren Politik — auf die Wege und Methoden, wie der Weltrevolution zum Siege verholfen werden könne.

III.

Da Stalin und Trotzki nicht im Grundsätzlichen auseinandergingen, konnte auch die Kritik Trotzki an Stalin und dem Sowjetstaat nicht grundsätzlichen Charakters sein. Er nannte die Stalinisten „Verschwörer“, „Fälscher der Geschichte“, „Epigonen“, „Erbschleicher des Oktober“; er bezichtigte Stalin des „Bonapartismus“ und der „thermidorianischen Reaktion“; er sprach vom „Stalinschen Bürokratismus“ und der „bürokratischen Entartung des Sowjetstaates“ — und verteidigte gleichzeitig die „Errungenschaften der Oktoberrevolution“. Seine Kritik richtete sich gegen eine bestimmte Person, gegen einen bestimmten Flügel der KPdSU und gewisse Folgen ihrer Politik, aber niemals gegen das kommunistische System. Das Exil weitete Trotzki's Blick; indes wurde seine Sprache wohl schärfer, aber nicht prinzipieller. In einem Flugblatt an die französischen Arbeiter aus dem Jahre 1935 stand die schneidende Formulierung: „Der Stalinismus ist jetzt die eiternde Pestbeule der Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt ...“ Das klang sehr revolutionär und war dennoch nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit bestand darin, daß der Kommunismus als Ganzes zur „Pestbeule der Arbeiterbewegung“ geworden war. Der Kommunismus als Ganzes, das heißt in allen seinen Formen: als Ideologie, als politische Bewegung, als Staats- und als Wirtschaftsform. In Trotzki's Autobiographie aber ist zu lesen: „Uns leitet restlos die Überzeugung von der tiefen Lebensfähigkeit und der Elastizität des Sowjetregimes.“ An dieser Überzeugung Trotzki's zerbrach die von ihm selbst gegrün-

dete IV. Internationale. Als in sich geschlossene Organisation bestand sie faktisch nur ein Jahr. Trotzki's Anhänger sahen in ihrer Mehrheit einige Ellen weiter als ihr Führer. Nach dem Stalin-Hitler-Pakt des Jahres 1939 lehnten sie es ab, die Sowjetunion auch fernerhin als „Vaterland aller Werktätigen“ sowie als „Bollwerk des Weltproletariats“ zu betrachten und entsprechend zu unterstützen. Die IV. Internationale, kaum geboren, verlor sich in den Schatten der Geschichte.

IV.

Trotzki's Kritik am „Stalinismus“ (schon dieser Terminus war verräterisch) konnte deshalb nicht grundsätzlich sein, weil er Kommunist blieb. Djilas hingegen überschritt den Rubikon, indem er nicht nur mit Stalin, sondern auch mit dem Kommunismus brach. Erst dadurch wurde es ihm möglich, von einer partiellen zur grundsätzlichen Kritik zu gelangen. Trotzki ging gleichsam nur mit dem Körper ins Exil; sein Geist verblieb in den Grenzen der Sowjetunion. Bei Djilas verhielt es sich umgekehrt: Physisch seinen Wohnsitz in Belgrad beibehaltend, brach er geistig aus dem kommunistischen System aus. Dadurch bekam er es auch von außen in den Blick und Griff. Den Kommunismus zugleich von außen und innen sehen — allein dieser Zangenriff ist imstande, sein Wesen zu erfassen. Nur ein Exkommunist konnte das Buch „Die neue Klasse“ schreiben.

V.

Djilas befaßte sich nur beiläufig mit dem Stalinismus. Er begriff ihn als Stil des kommunistischen Systems während einer bestimmten Periode, die er die „dogmatische“ nannte. Im Zentrum seiner Analyse stand daher das System selber, wobei er die abgerissenen Fäden der Trotzki'schen Kritik wieder aufnahm, um sie weiterzuführen und zu Ende zu denken.

Djilas wies nach, daß die bürokratische Entartung keine vorübergehende Erscheinung, sondern eine „unheilbare Krankheit“ des Kommunismus sei. Die Parteibürokratie bilde sogar den Kern einer neuen Ausbeuterklasse, die „gierig und unersättlich“ sei, ohne irgend-

welche Tugenden zu besitzen. Sie vereinige in ihrer Hand das dreifache Monopol des Eigentums, der Ideologie und der Macht. Nicht mehr die Kommunistische Partei, sondern die neue Klasse verkörpere die entscheidende Kraft in den kommunistischen Ländern, denn „die Klasse wird stärker, während die Partei schwächer wird“. Das kommunistische System sei zu einem „System der Ausbeutung“ geworden, „das hauptsächlich den Interessen des Proletariats entgegengesetzt“ wäre.

Trotzki habe zwar die Kehrseite der neuen Erscheinungen begriffen, aber nicht ihre Bedeutung. Ihm sei der Sinn für die Wirklichkeit abgegangen. Statt eine Änderung des Systems zu erstreben, sei er auf eine Palastrevolution ausgewiesen.

Auf diese Weise setzte sich Djilas nicht nur mit dem kommunistischen System, sondern zugleich auch mit dem Trotzkiismus auseinander. Immerhin gestand er ein, daß die Situation zur Zeit Trotzki's „noch nicht reif“ gewesen sei, „um neue Wege zu finden“.

VI.

Djilas überschritt den Rubikon, strauchelte jedoch am anderen Ufer, da sich sein Fuß in einer Schlinge verfang, aus der er sich nicht befreien konnte. Diese Schlinge ist der Marxismus.

Von Trotzki sagte Djilas mit Recht, daß er mit seiner Kritik versucht habe, „die kommunistische Bewegung zu retten“. Djilas kritisierte und verdammt den Kommunismus zwar nicht im Namen des Marxismus, aber doch aus der marxistischen Sicht.

Man spürt seinen Zorn, wenn er sagt, daß im Osten vom ursprünglichen Marxismus „fast nichts“ geblieben sei — „nur ein Bodensatz von Formalismus und Dogmatismus“; oder, daß sich der Marxismus in eine Theorie verwandelt habe, „die ausschließlich von Parteiführern definiert“ werde. Marxistisch ist seine These, „jede Politik sei eine Reaktion auf bestimmte Wirtschaftskräfte“. Er schreibt sie nieder, obwohl er feststellen muß, daß die kommunistische Wirtschaft mehr und mehr dem Dogma zum Opfer fällt, also den Geboten und Bedürfnissen der Ideologie untersteht.

Indem Djilas an den Kommunismus die marxistische Sonde anlegte, gelangen ihm einige Funde, nach denen unzählige Kritiker des Westens vergebens geschürft hatten. Andererseits — obwohl im Besitz aller theoretischen und erkenntniskritischen Voraussetzungen — hinderte ihn die marxistische Brille, in der wichtigsten aller Fragen über Trotzki hinauszugehen und dem Kommunismus auf den Grund zu schauen. Nur aus seiner marxistischen Befangenheit läßt sich Djilas' Behauptung erklären, das Wesen des Kommunismus bestünde in der Macht.

VII.

Die Macht als Selbstzweck — das ist keineswegs spezifisch kommunistisch. Diese Tendenz wohnt allen politischen Regimen inne. Die Demokratie erwehrt sich ihrer durch das Mehrparteiensystem, mit Hilfe freier Wahlen, die stets auch Abwahlen sind, sowie durch die Trennung und Balance der Gewalten — ohne sie indes gänzlich bannen zu können. Der totalitäre Staat muß ihr schon deshalb erliegen, weil er eine echte Kontrolle der Machtausübung weder kennt noch dulden kann. Das gilt ebenso für das faschistische wie das kommunistische System; sollten noch andere Formen des Totalitarismus auftauchen, so werden sie wahrscheinlich hiervon keine Ausnahme bilden.

In gewissem Sinne strebt alles Seiende — einschließlich des menschlichen Lebens — danach, zum Selbstzweck zu werden. Das betrifft also nicht nur die Politik, aber in hohem Maße schon den Staat: gleich, welcher Färbung. Die Macht als Selbstzweck darf zwar stets als ein Symptom für die Erkrankung des sozialen Organismus gelten, sagt über dessen jeweiliges Wesen aber nichts oder nur wenig aus.

Für das kommunistische System ist weniger die Macht als ein bestimmter Stil der Machtanwendung typisch.

Der Kommunismus ist eine kollektivistische und daher totalitäre Ideologie, politische Bewegung, Staats- und Wirtschaftsform; er erwuchs einerseits aus dem Marxismus und andererseits aus dem extremistischen Flügel der Arbeiterbewegung, die ihrerseits im Gefolge der industriellen Revolution entstan-

den war. Aus diesen Wesensmerkmalen ergeben sich auch die Eigenarten der „neuen Klasse“.

Den Kollektivismus teilt das kommunistische Regime mit allen anderen totalitären Systemen. Daß er hingegen aus der Vereinigung des Marxismus mit dem extremistischen Flügel der Arbeiterbewegung entstand, ist sein spezifischer, nur ihm eigener Wesenszug, der auch die Art seines Kollektivismus bestimmt.

Djilas konnte auf Grund dessen, daß er sich der marxistischen Methode bediente, weder sehen, daß der totalitäre Charakter des Kommunismus seinem kollektivistischen Wesen entspringt, noch, daß der Marxismus auch dann ein Wesenszug des Kommunismus bleibt, wenn er seine ursprüngliche Form und Bedeutung verliert — denn er ist gleichsam in sein Fundament eingelassen.

Djilas gab uns eine glänzende Charakteristik des kommunistischen Systems, zeichnete aber damit nur dessen Physiognomie und übersah ebenso wie Trotzki seine Wurzeln.

VIII.

Im Gegensatz zu Trotzki ist Djilas kein Gruppenmensch, sondern ein Einzelgänger. Er hat von Anbeginn darauf verzichtet, innerhalb der kommunistischen Partei Jugoslawiens oder gar im internationalen Maßstab eine Fraktion zu bilden. Dennoch könnte es sein, daß ihm auf weite Sicht ein größerer Erfolg als Trotzki beschieden ist.

Während die noch lebenden Anhänger der IV. Internationale sich als „revolutionäre Marxisten“ bezeichnen und die chinesischen Kommunisten zur Entfesselung des dritten Weltkrieges aufpeitschen, da nur auf diesem Wege der Sieg der Weltrevolution gesichert werden könne, erhofft Djilas von einer militärischen Auseinandersetzung keine Lösung der Probleme. Er glaubt vielmehr, daß das kommunistische System an seinen eigenen Widersprüchen zugrundegehen und durch ein „neues Sozialsystem“ von wesentlich freierem Charakter abgelöst werden könne, dessen Bedingungen es selber vorbereite.

Voraussetzung sei allerdings, daß die Widersprüche des Kommunismus „intensiviert“ würden.

Da die heutigen Trotzkiisten darauf hinarbeiten, China gegen die Sowjetunion auszuspielen, tragen sie auf ihre Weise zur Forcierung dieser Widersprüche, wenn auch nur der zwischenstaatlichen, bei. Im Gegensatz zu Djilas entgeht ihnen aber die Bedeutung des Nationalkommunismus.

Djilas ist nicht nur der Analytiker, sondern auch ein Praktiker dieser neuen Spielart des Kommunismus. Er war neben Kardelj der bedeutendste kommunistische Theoretiker in Jugoslawien und bestimmte auch für einige Zeit die ideologische Haltung der jugoslawischen Partei nach dem Ausschluß aus dem Kominform. Ohne ihn hätte es möglicherweise keinen Abfall Belgrads von Moskau gegeben. Zumindest war er einer seiner Inspiratoren. Auf dem 6. Parteitag der jugoslawischen Kommunisten hielt er eine Rede, deren Grundzüge sich im Laibacher Programm vom April 1958 wiederfinden, obwohl Djilas schon Ende 1954 aus der Partei ausgeschlossen worden war.

In seinem Buch „Die neue Klasse“ spricht er scheinbar nur für sich selbst, ist aber wiederum — ebenso wie seinerzeit Trotzki — nur der Wellenkamm einer politischen Strömung. Deren Eigentümlichkeit dürfte darin bestehen, daß sie die Grenzen des Nationalkommunismus überschreitet, ohne sie völlig verlassen zu können — einfach deshalb, weil sie zwar nicht mehr kommunistisch, aber doch noch marxistisch ist. Diese politische Strömung wurde wie der Trotzkiismus innerhalb der kommunistischen Bewegung geboren und kündigt ihre weitere Differenzierung an, eine Differenzierung, die vom Einsickern der Ideen des demokratischen Sozialismus in die Köpfe vieler Kommunisten zeugt und daher imstande sein könnte, eine neue Periode des großen Abfalls einzuleiten.

IX.

Daß Trotzki mit Stalin um die Macht kämpfte, hat seltsamerweise seinem Ruf als Revolutionär geschadet und auch seinen theoretischen Schriften

einen subjektivistischen Schimmer verliehen. Er galt als Verlierer, was man von Džilas nicht im gleichen Sinne sagen kann, obwohl ihn härtere Strafen traf als die Verbannung.

Džilas kämpft nicht um die Macht. Er ist frei von Rivalitätsgefühlen. Das erhöht die Autorität seines Geistes.

Džilas hat erkannt, daß der Nationalkommunismus „nur eine Phase in der Evolution und im Dahinwelken des zeitgenössischen Kommunismus“ ist. Das zeugt von einer Weite des Blicks, die Trotzki nicht gegeben war und zu seiner Zeit vielleicht auch nicht gegeben sein konnte. Seine Anhänger parodieren noch immer die Idee der permanenten Revolution. Durch den posthumen Sturz Stalins haben sie moralischen Auftrieb und können auch auf ein zahlenmäßiges Wachstum ihrer Gruppen und Parteien sowie auf die Gründung neuer Sektionen verweisen,

insbesondere in Asien. Dennoch ist der Trotzkiismus als politische Strömung — da seiner historischen Quellen, seines großen Gegenspielers und seines Kopfes beraubt — am Versiegen. In seiner selbstgewählten Rolle gegenüber der Sowjetunion und China bietet er das Bild einer piepsenden Maus zwischen zwei Elefanten.

Im gewissen Sinne ist Džilas der Trotzki von heute. Andererseits oder zugleich löst er ihn ab und läßt ihn hinter sich, der innerkommunistischen Opposition einen neuen Wegweisend und sie damit möglicherweise aus ihrer Sterilität herausführend. Der „Džilaismus“ ist Fleisch vom Fleisch des Kommunismus, aber erstmals keine seiner Spielarten mehr, sondern Dynamit in seinen Brückenpfeilern. Als politische Strömung erst im Begriff, sich ein Flußbett zu bahnen, kann er noch immer eine historische Rolle spielen.

Sicherheit im Eisenbahnverkehr

Der Bürger hat zu Recht Anspruch auf Sicherheit im Eisenbahnverkehr. Die DBB-Bundesrat und die Bundesregierung sind verpflichtet, die Sicherheit im Eisenbahnverkehr zu gewährleisten.

Die Deutschen Arbeiter und Angestellten der DBB sind entschlossen, die Sicherheit im Eisenbahnverkehr zu gewährleisten und zu verbessern.

Gründungsmitglied der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
Sicherheit im Eisenbahnverkehr ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik.



Sicherheit auch für den Eisenbahner

DER MENSCH UND SEINE ETHIK

I.

Wollte man das ganze Leben in unserem Sonnensystem erfassen, den letzten Grund des Lebens erforschen oder es auf letzte Ursachen zurückführen, was eigentlich der Zweck der Philosophie ist, so sind sie in der Sonne zu suchen. Dann wird man finden, daß das Leben sich in lauter Gegensätzen bewegt. Die Wirkung der Sonne nämlich ist gleichzeitig bildend und zerstörend, so wie in einem Kühler die Elektrizität gleichzeitig Kälte und Wärme erzeugt. Die organische Substanz im Pflanzenreich kann nur unter Einwirkung des Sonnenlichtes gebildet werden; hierzu sind aber auch mineralische Stoffe unentbehrlich, welche wiederum durch Zerstörung der Mineralien unter Einwirkung der Sonne zur Verfügung gestellt werden.

Zwischen der Pflanzen- und Tierwelt waltet gleichsam ein Gegensatz, indem die erste organische Substanz bildet und die andere sie verbraucht und zerstört. Die Pflanzenwelt ist der einzige Bildner der organischen Substanz, welche den Tieren zur Nahrung dient, und die Tiere sind also die Auflöser der so gebildeten organischen Substanz.

Die gegensätzlichen Kräfte offenbaren sich in allerlei Bewegungen, von dem Kreisen der Elektronen im Atomkern bis zu den ganzen Sonnensystemen und auf unserer Erde in zahllosen Tätigkeiten und Prozessen der physischen Natur sowie im Reiche der lebenden Welt, und die Ausgleichung der Gegensätze, d. h. die Aufhebung der Bewegung, würde einer allgemeinen Ruhe und also dem Tode gleichen.

Was hat nun dies allgemeine Lebensgesetz mit der menschlichen Sittlichkeit zu tun? Die Antwort kann nicht anders lauten, als daß gleichsam im Bereiche der Beziehungen zwischen den Menschen, also auch in ihrer Sittlichkeit, dasselbe Gesetz herrscht. Tatsächlich hat dies Gesetz die Sittlichkeit

geschaffen, denn ohne Gegensätze in den gegenseitigen Beziehungen der Menschen gäbe es auch keine Sittlichkeit. Es wird sich zeigen, daß die Sittlichkeit durch zwei gegensätzliche Kräfte des Menschen bestimmt wird, einer positiven — seinem schöpferischen Vermögen — und einer negativen — dem triebhaften Gemüt. Es ist ein Kampf zwischen dem menschlich schöpferischen Geist und dem tierisch parasitären Trieb.

Unter allen Lebewesen ist die Sittlichkeit nur den Menschen eigen, und die Ethik als die Lehre von der Sittlichkeit oder der Moral behandelt nur menschliche Angelegenheiten. In der freien Natur herrscht ein einziges Gesetz, der rücksichtslose Kampf um das eigene Dasein. Dies Gesetz gilt auch für die Menschen, solange sie auf der niedrigsten Stufe der Wirtschaft stehen, d. h. Sammler und Jäger sind und in den Herden umherziehen. Sobald sie aber größere und festere Gemeinschaften in Form eines Staates bilden und sesshaft werden, dann müssig ihre Beziehungen irgendwie geregelt werden. Es sind also gesellschaftliche Beziehungen, welche spezifisch menschlich sind und wodurch sich die Menschen in ihrem gegenseitigen Verhalten von allen Tiergattungen unterscheiden. Was in dieser Beziehung allgemein tierisch ist und der Erhaltung der Art dient, z. B. die Elternliebe und die Sorge um die Nachkommenschaft, ist nicht der Gegenstand der Ethik, sondern der Biologie.

II.

Im Einklang mit der Einrichtung unseres Universums unterliegt auch die menschliche Gesellschaft dem Gesetze des Gegensatzes, dem Walten zweier Mächte, der guten und der bösen, wie schon Zarathustra lehrte. Es gibt keinen Staat, der nicht durch Eroberung und Beherrschung entstanden ist, der nicht zugleich Beherrscher und Be-

herrschte, also zwei entgegengesetzte Stellungen, hätte. Auf der Stufe der Jäger- und Sammlerwirtschaft wäre der Staat eine Unmöglichkeit und hätte keinen Sinn. Als aber der Mensch zu arbeiten und Nahrungsmittel zu erzeugen begann, wozu er Geräte und Werkzeuge herstellte, änderte sich die Sache. Die Werkzeuge konnte er nicht nur bei der Arbeit verwenden, sondern auch im Kampfe mit den benachbarten Stämmen. Erfindungs- und Schöpfungsvermögen des Menschen dienten nicht nur zur Beherrschung der Tiere, sondern auch der Menschen von dem Zeitpunkte an, als der Mensch Arbeiter und Erzeuger wurde. Warum nicht? Im Kampfe der Stämme war es für Sieger und Besiegte vorteilhafter, wenn diese sich jenen unterwarfen und als Sklaven in ihren Dienst traten — als Ausgleich für das ihnen geschenkte Leben. Weil die Entscheidung hierüber dem Sieger gehörte, war nichts natürlicher, als nach der Herrschaft zu streben und die Arbeit zu vermeiden, denn es ist weit bequemer und ansehnlicher, zu herrschen und andere auszunutzen, als zu arbeiten und ausgenutzt zu werden. Der Gegensatz beider Stellungen wurde um so schroffer, als sich die Sklaverei zum ständigen Institut herausbildete und die Sklaven als Werkzeuge und Handelsware, wie Arbeitstiere, behandelt wurden. Die Quelle der Sittlichkeit wurde erschlossen: Der Mensch geriet außer zur Pflanzen- und der Tierwelt auch zum Menschen in Gegensatz.

Zuerst die Zähmung der Tiere und dann die Arbeitsamkeit gebaren das Eigentum, dieses gebar Raubgier, diese wiederum Anfall und Verteidigung, diese Organisation zum Staat, dieser Herrschaft, diese Herrschsucht, und die weitere Geschichte füllt sich mit Anfeindungen, Kämpfen und Kriegen, um die Herrschaft über die Menschen mit Geschnehnissen. Man sieht, wie der Mensch korrupt wird, dies um so mehr, als mit der Herrschaft Mißbrauch eng verbunden ist. Die Herrschaft der einen über die anderen heißt innere Spaltung der Gesellschaft mit ihren Zwisten, sozialen Fragen und Bürgerkriegen. Der Eigennutz in den Formen der Herrschsucht und Eitelkeit beherrscht das Menschengeschlecht, von gewöhnlichem Raub, Diebstahl, Betrug,

Mord, Verleumdung und anderen Verbrechen nicht zu reden.

Die Tiere benützen bekanntlich die Pflanzen zu ihrer Nahrung, jene können also als Parasiten an diesen betrachtet werden. Manche Pflanzenarten parasitieren an anderen Pflanzenarten, manche Tierarten parasitieren ebenso an anderen Tierarten, der Mensch aber parasitiert nicht nur an den Pflanzen und den Tieren, sondern auch an den Menschen selbst, er ist das einzige Geschöpf, welches ein dreifacher Parasit ist. Der Mensch allein pflegt nicht nur seine Mitmenschen zu beherrschen, zu versklaven und unnachsichtig auszunutzen, sondern gelegentlich auch zu fressen, was kein anderes Lebewesen tut.

Nicht nur an geistigen Kräften, sondern auch an Böswilligkeiten übertrifft der Mensch alle anderen Lebewesen. Man kann trotzdem nicht sagen, daß alle Menschen böse sind. Es gab und gibt auch gutgesinnte und liebenswerte Leute, meistens aber unter den bedrückten und ausgebeuteten, auch unter den Herrschenden aus Neid und Eifersucht oder Eitelkeit. Es fehlte auch unter den Pharaonen und Schahs, Radschas und Maharadschas, Cäsaren und gar Sultanen nicht an guten Menschen, es gab viele Lehrer und Prediger, Reformatoren und ganze Bewegungen, für welche die einzelnen auch ihr Leben einsetzten, mit Jesus an der Spitze. Die Rede ist hier davon, wer und was den Sieg davontrug. Tatsache ist, daß alle guten Wünsche sich als Utopien erwiesen. Um die menschliche Selbstsucht zu besiegen, dazu ist eine stärkere Macht erforderlich, als alle guten Wünsche der Menschen es sein können. Die Gewalttat wurde so übermächtig, daß der Herrgott selbst zur Hilfe gerufen werden mußte. Man hatte den Wert des Lebens überhaupt verschmäht, wie im Buddhismus, oder das Erdenleben verachtet und sich nach dem himmlischen Leben geseht, wie im Christentum. Um die Welt von der römischen Allmacht und der Sklaverei zu erlösen, einem solchen Unternehmen war die Erhebung des Spartakus nicht gewachsen, und es mußte Gott seinen eigenen Sohn senden, welcher mit der Losung kam: Ich bin nicht gekommen, um zu herrschen, sondern

um zu dienen. Die Bewegung war so mächtig, daß sie das ganze damalige Abendland erfaßte, und die Römerherrschaft mußte nachgeben und mit klugem Vorbedacht sich beugen. Wenn nämlich auch weiterhin zu dienen ist, stellt sich die Frage, wem zu dienen sei. Was war natürlicher, als daß an die Stelle der bisherigen weltlichen jetzt die sogenannte geistliche Herrschaft in Form der römischen Kirche trat? Es konnte die Welt also ohne eine neue Herrschaft auch weiterhin nicht bestehen. Ob diese besser und sittlicher war als die vorherige, darüber zu entscheiden bleibt dem Ermessen überlassen, ob die Greuelthaten der römischen Kaiser und ihrer Machthaber oder der heiligen Inquisition größer waren. Die christliche Bewegung war allzumenschlich, die Herrschsucht der Menschen aber war und blieb übermenschlich, sie ist ein Trieb. Wie dieser zu überwinden ist, dies macht den Kern der Sittlichkeit aus.

III.

Die Beziehungen zwischen den Menschen, ihr gegenseitiges Benehmen und ihre Handlungen, welche auch andere betreffen, können sittlich oder unsittlich sein, je nachdem sie den beiden Seiten oder nur der einen nützlich und der anderen schädlich sind, ob sie dem allgemeinen Wohle zum Heil oder Unheil dienen. Das Benehmen und die Handlungen der Menschen entspringen dem freien Entschluß, die Beziehungen zwischen den Menschen entwickeln sich aber im Laufe der Zeit zu einer ständigen Institution, welche in der Regel den einen vorteilhaft und den anderen nachteilig ist und also als unsittlich bezeichnet werden kann. Diese kann nur mittels einer Schichtung der Gesellschaft zustande gebracht werden, in der die eine Schicht die andere ausnützt, was wiederum durch Etablierung einer Herrschaft geschieht. Die Geschichte zeigt uns, daß die Herrschaft einer Schicht über andere auf zweierlei Wegen erlangt wird, entweder durch kriegerische Eroberungen und gewaltsame Unterjochung der Besiegten von seiten der Sieger oder aber durch friedliche geistige Eroberung. Auf dem ersteren Wege entwickelte sich noch in vorgeschichtlichen Zeiten ein welt-

licher kriegerischer Adel, den die römischen Patrizier zum Vorbild haben könnten. Der andere Weg zur Herrschaft, derjenige durch geistige Eroberung, ist uns im Bereich der abendländischen Kultur am besten bekannt. Wir wissen, daß mystische Neigungen der Menschen zur Bildung der Religionen führen, in denen sich ein priesterlicher Stand bildet, welcher ebenso wie der weltliche Adel nach Herrschaft strebt und sich, wie in Indien, zu einem ständigen geistlichen Adel in Form einer, und zwar der höchsten Kaste entwickelt. Bei uns ist die Religion durch einen Monotheismus gekennzeichnet, welcher anscheinend allein zur Aufstellung der priesterlichen Herrschaft in Form einer Theokratie fähig ist, was beim Brahmanismus in Indien der Fall ist. Der Begründer der streng monotheistischen Religion bei uns war bekanntlich Moses, welcher höchstwahrscheinlich mit der Idee eines allmächtigen Gottes durch die monotheistische Reform des Pharao Echnaton beseelt wurde, der den Sonnengott Aton als den Ursprung alles Lebens zur alleinigen Gottheit in Ägypten erklärte und alle anderen Kulte verbot. Die alte Geistlichkeit hob dieses Verbot nach seinem Tode alsbald auf. Nemo propheta in patria, weder Echnaton in Ägypten noch Buddha in Indien, noch Jesus in Israel, und Moses kam aus Ägypten nach Israel.

Nach jahrhundertlangem Ringen erlangte die neue, am Sinai verkündete Religion die Oberhand, und die neue Geistlichkeit entwickelte sich zu einem herrschenden Stand. Die natürliche Folge war die Ausartung und der Mißbrauch der Religion zum Nutzen des priesterlichen Standes. Dies führte bekanntlich zur Erscheinung Jesu als des Messias, welcher nicht nach dem Umsturz der Religion, sondern nach der Reinigung derselben von dem Mißbrauch durch ihre Geistlichkeit strebte. Aus der Religion hatte ihre Geistlichkeit eine Handelsware und aus dem Gotteshaus, dem Tempel, eine Markthalle gemacht, und er mußte die Händler aus demselben verjagen. Die Geistlichkeit verurteilte ihn als den Störer der hergebrachten Ordnung. Seine Lehre war aber weitreichender als seine Richter ahnen konnten, denn er sei der Gesandte Gottes und gekommen nicht

um zu herrschen, sondern um zu dienen. Daß jemand sich damals nach dem Dienst, d. h. nach der Sklaverei, sehnte, war unvorstellbar, und wenn der Gesandte Gottes dies verkündete, war das ein Zeichen dafür, daß nicht die Herrschenden, sondern die Versklavten Kinder Gottes seien. Dies wurde als eine Verurteilung der Sklaverei aufgefaßt. In einer Zeit, wo ein Seneca, der mit seinen Sklaven zu spielen pflegte, sich eine Welt ohne Sklaverei nicht vorstellen konnte, konnten diese Worte nur noch als eine höhere Sendung gedeutet werden. Zuerst hat sich eine jüdische Sekte gebildet, welche bald erlosch. Erst in der griechisch-römischen Kultur fand die Bewegung unerwartet rasche Ausbreitung. Ähnlich erging es vor fünf Jahrhunderten dem Buddhismus in Indien, welcher ebenfalls als eine Revolte gegen den Brahmaismus entstand, sich aber in Indien selbst nicht behaupten konnte, sondern sich über Tibet nach China und weiter nach Indochina und Japan verbreitete.

Dank der eifrigen Propaganda der Apostel verbreitete sich die neue Religion rasch im ganzen römischen Reiche, und bald bemächtigte sie sich der Hauptstadt Rom. Die Apostel erwiesen sich aber als ein günstiger Kern für die Entwicklung einer neuen Geistlichkeit, welche der Bewegung eine feste Organisation verlieh und diese zu einer Macht heranwachsen ließ, die selbst die römische Allmacht auf die Dauer nicht geringschätzen konnte, dies um so weniger, als der paganische Polytheismus eine Unzahl verschiedener Kulte umfaßte, welche keine einheitliche Organisation hatten. Nach einigen Verfolgungen erkannte Konstantin der Große das Christentum als einen neuen Kult an, und Theodosius der Große proklamierte es schließlich zur alleinigen Religion und verbot alle anderen Kulte. Konnte es aber dabei und bei den Worten des Erlösers von der Dienerschaft bleiben, oder mußte alles der menschlichen Natur folgen, welche nur so lange zu dienen pflegt, bis man stark genug ist, daß man herrschen kann? Es zeigte sich, daß selbst der Gottessohn bei den Menschen nichts ausrichten konnte. Der neue Priesterstand begnügte sich nicht mit der Teilung der Herrschaft mit dem

weltlichen Adel und dem Genuß aller Vorteile des Feudalismus, sondern strebte nach der Alleinherrschaft und also der vollen Theokratie. Hätte sich der Kaiser Heinrich IV. für seine Erniedrigung in Canossa 1077 am Papste Gregor VII. nicht gerächt, so wäre Europa gewiß in die Oberherrschaft einer rückständigen Theokratie geraten, und seine weitere Geschichte wäre anders gewesen. Die spätere Flucht des herrschsüchtigen Kirchenoberhauptes in die Engelsburg vereitelte dies. Der gleichgesinnte und ebenso strebsame Innozenz III. konnte dies nicht mehr gutmachen. Nebenbei bleibt die Frage offen, ob von größerer Bedeutung Heinrichs Sieg war oder die spätere Reformation, welche als eine Revolte gegen den Mißbrauch der Geistlichkeit, so wie später die Französische Revolution gegen den Mißbrauch und den Hochmut des weltlichen Adels ausbrach. Die Geschichte lehrt uns also zur Genüge, daß die Völker zuerst Opfer einer Herrschaft werden und daß jede Herrschaft, ob weltlich oder geistlich, zum Mißbrauch führt. Herrschsucht und Mißbrauch gehen Hand in Hand. Gerade die neue christliche Sittlichkeit wurde ausgenutzt von denjenigen, welche sie predigten. Der Mensch erwies sich in dem Grade als sittlich, wie ihm die Sittlichkeit nützlich erschien. Seine Sittlichkeit übersteigt nicht die Grenzen ihrer Nützlichkeit. Genauer gesagt: Der Mensch ist in dem Maße sittlich, als ihm die Sittlichkeit nützlich ist.

IV.

Gemütsregungen außer der Herrschsucht, welche das gegenseitige Verhalten der Menschen bestimmen, entspringen nach einigen Philosophen der Vernunft, nach anderen dem Gefühl oder auch beiden. Nach theologischer Auffassung sind sie übernatürlichen, metaphysischen, göttlichen Ursprungs. Die Anschauungen dieser Art entziehen sich der wissenschaftlichen Untersuchung. Im letzteren Falle wäre die Sittlichkeit vom Menschen unabhängig, in den beiden ersteren Fällen wäre sie mit Änderung der menschlichen Vernunft und der Gefühle veränderlich, in guter wie in schlechter Richtung. Äußere, anscheinend vom Menschen unabhängige Einflüsse auf die Entwicklung der Sittlichkeit hat die

bisherige Ethik vernachlässigt; sie sind aber wichtig, wenn auch nicht die ausschlaggebenden.

Der Mensch ist kein einfaches, sondern ein höchst komplexes Wesen. Was ihn zum Beherrscher unseres Erdballes befähigte, war kein Mangel, sondern ein Überschuß an Gaben und Fähigkeiten. Es war auch körperliche Kraft nicht, weil es weitaus stärkere Tiere gibt, auch seine Hände nicht, weil z. B. die Affen geschicktere Hände haben als der Mensch. Nur die geistigen Kräfte erhoben ihn so hoch, an erster Stelle seine Erfindungsgabe, seine Handwerkskunst und seine Arbeitsamkeit. Auf diesem Vermögen ruht das ganze Kulturwerk, dasjenige, was den Menschen zum Menschen macht und ihn befähigt, an der Tätigkeit der schöpferischen Natur teilzunehmen, was ihn über den gewöhnlichen Parasiten erhebt. Die Befreiung des Menschen von der Schmarotzerei durch seine Teilnahme an der Erzeugung der Lebensmittel macht den Kern der Sittlichkeit aus. Auf der Stufe seiner Jäger- und Sammlerwirtschaft konnte der Mensch nicht viel ausrichten, nicht viel mehr als andere Raubtiere. Erst mit Hilfe der Gerätschaften und später noch mehr mit Maschinen ist er der Herr geworden. Im Zeitalter der Sklaverei, wo die Menschenarbeit die einzige Quelle des Wohlstandes war, maß man den Reichtum und die Macht der Menschen an der Zahl der Sklaven, in der Feudalzeit an der Zahl der Leibeigenen. Als dann in der Epoche des Kapitalismus die Technik immer mehr an Wichtigkeit gewann, begann die Menschenarbeit in dem Maße an Bedeutung zu verlieren, wie die technischen Erzeugungsmittel sie zu ersetzen vermochten. Jetzt mißt man den Reichtum an dem Besitz der wirtschaftlichen Erzeugungsmittel (Fabriken, Schiffe, Boden, Maschinen sowie der Quellen der Rohstoffe. Je mehr Erzeugnisse man ohne Menschenarbeit hervorbringt, desto ertragreicher ist die Wirtschaft.

V.

Die technischen Erzeugungsmittel sind aber selbst Erzeugnisse der Menschenarbeit, sie sind also als angesammelte Menschenarbeit zu betrachten. Diese mußte jeweils von den Arbeitern geleistet werden; der ganze Wert ihrer

Arbeit konnte ihnen daher nicht ausbezahlt werden, und auf diesem Wege hat sich der Kapitalismus entwickelt. Von diesem Standpunkte aus hat man den Kapitalismus kritisiert und die Minderung der Arbeiter als seinen Nachteil verurteilt. Man übersieht dabei die Tatsache, daß die Technik bei der gleichen Zahl der Arbeiter einen Mehrwert erzeugt, ohne welchen sie keinen Vorteil der Menschenarbeit gegenüber haben würde. Außerdem vergißt man dabei, daß die Maschine nicht die menschliche, sondern irgendeine andere Kraft, sei es Wasserfall, Verbrennung der Kohle oder des Erdöls, in neuester Zeit Atomenergie, bewegt, was einen Überschuß an Arbeit und Erzeugnissen ergibt, wozu die Menschenarbeit nicht gebraucht wird. Überschuß an Arbeit bedeutet zugleich den Überschuß an Waren und Dienstleistungen. Der berühmte Mehrwert rührt in der Industriewirtschaft also nicht von der Minderung der Arbeiter her, sondern von der Mehrerzeugung, welche die Technik hervorbringt; und diejenigen, welche die Verarmung und Verelendung des ganzen Volkes zugunsten der kleinen Zahl von Großkapitalisten voraussahen, waren schlechte Wirtschaftler. Das Streben nach der Automatisierung der Betriebe und dem Ausschluß der Arbeiter ist hierfür ein Argumentum ad oculos. Die Maschine sollte Arbeitslosigkeit und Senkung der Löhne verursachen, was zur Bereicherung der Unternehmer und zur Konzentration des Kapitals führen müßte. In der Tat haben sich große Unternehmen gebildet, was die Teilung der Arbeit erforderte; dies aber war nicht zum Schaden, sondern auch den Arbeitern zum Wohle. Nicht Senkung, sondern Erhöhung der Löhne mußte die Industriewirtschaft anstreben, dies zwar nicht aus Mitleid oder Menschenliebe, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Sowohl die Erhöhung der Löhne als auch die Entstehung des Kapitals haben die Überschüsse an Erzeugung ermöglicht, welche die Technik hervorgebracht hat. Große Unternehmen mit Anwendung der Technik müssen auch viel erzeugen, einen großen Absatz der Erzeugnisse organisieren, was ohne ständige Vermehrung der Käufer und Stärkung ihrer Kaufkraft nicht zu denken wäre. An Stelle

der Regel: mehr und mehr Sklaven oder Leibeigene, tritt die Regel: mehr und mehr kaufkräftige Abnehmer aller Waren. Das höchste Gebot der Industriewirtschaft lautet, daß alle alles möglichst billig haben müssen, daß nicht allgemeine Verarmung, sondern allgemeiner Wohlstand Platz greift. Denn die Industriewirtschaft hatte die Armut ja nicht geschaffen, sondern vom Feudalismus geerbt.

VI.

Man sieht sofort die Wirkung dieses wirtschaftlichen Spieles für die Beziehungen zwischen den Menschen und also für ihre Sittlichkeit. Wer hat jetzt ein Interesse, die Arbeiter zu benachteiligen? Nur noch kleine Spekulanten. Die Wirtschaft und der Staat sind darin einig, daß alle um die Förderung des allgemeinen Wohlstandes sich bemühen müssen; die erste, weil nicht nur ihr Fortschritt, sondern ihr Bestand davon abhängt, und der andere seiner Einkommen wegen. Nicht nur dies. Was vom Standpunkt der Sittlichkeit vielleicht noch wichtiger sein mag, ist die Tatsache, daß die Menschen sich jetzt nicht mehr nach der Herrschaft über die Menschen, sondern nach der Herrschaft über die Technik sehnen. Ihre Herrschsucht tobt sich jetzt in dieser Sehnsucht aus. Die Beziehungen zwischen den Menschen und folglich ihr gegenseitiges Verhalten ändern sich in ihrem Grunde, und dies hat die Wirtschaft mittels der Technik herbeigeführt.

Vergleichen wir, *ceteris paribus*, die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen mit dem Straßenverkehr; sehen wir uns an, wie das Aufkommen der Automobile, Autobusse usw. in den Großstädten und jetzt schon in ganzen Ländern neue Verkehrsregeln automatisch hervorgebracht hat, wobei die Tramway und das Tiergespann als überholte Fuhrwerke ausrangiert werden mußten, weil sie jetzt den Verkehr nicht mehr fördern, sondern stören. Unter dem Druck der neuen Wirtschaftsform, welche die vorherige überholt hat, drängen sich auch neue Regeln im gegenseitigen Verhalten der Menschen auf. Im Straßenverkehr und in den gesellschaftlichen Beziehungen entstehen neue Regeln nicht ohne Mitwirken der Menschen, jedoch nicht durch Änderung ihres Gemütes, sondern vermittelt je-

ner ihrer Kräfte, die Wirtschaftsformen bestimmen oder Transportmittel erzeugen.

Wenn sich eine Gesellschaft ohne gegenseitige Ausbeutung der Menschen herausbildet, wo also jeder Mensch sein eigener Herr und sein eigener Diener (sein eigener Chauffeur oder jede Frau ihr eigenes Dienstmädchen) sein muß, da ist das nicht anders zu denken, als daß die Menschen sich gegenseitig Dienste leisten, und diese Beziehung entwickelt sich rasch in Form der Dienstleistungen, die unter dem internationalen Begriff Service schon allgemein bekannt sind.

Die bisherige Ethik hat die Einwirkung der Wirtschaft auf die Sittlichkeit außer acht gelassen und befaßte sich fast ausschließlich mit den inneren menschlichen Regungen, weswegen sie subjektivistisch genannt werden kann. In der neuesten Zeit verflüchtigt sie sich in die Abstraktionen der Axiologie, der Wertlehre. Sie wird manchmal so behandelt, als wäre sie bestimmend für die Sittlichkeit. Aber sie ist nur eine Lehre von der Sittlichkeit, welche zu ihrer Bildung und Entwicklung eigenen Gesetzen folgt. Als unterste Grundlage der Sittlichkeit ist gewiß die Wirtschaftsform zu betrachten, welche wiederum die Gesellschaftsordnung im allgemeinen bestimmt. Nicht Moralisten, Aufklärer oder gar Erlöser, sondern Erfinder und Techniker, welche die Wirtschaftsform bestimmen, samt den Eroberern und Beherrschern waren Schöpfer der Sittlichkeit, was die Geschichte zur Genüge beweist. Das Christentum z. B., eine der größten, wenn nicht die größte religiöse Bewegung, eroberte anscheinend das ganze damalige Abendland; in Wirklichkeit aber verdrängte es nur das damalige Heidentum, aber das allmächtige Imperium romanum blieb als Macht mit seiner Sklaverei auch weiter bestehen. Als Konstantin der Große die neue Religion als einen neuen Kult unter wohl zahllosen anderen zuließ, hatte dies mit dem Institut der Sklaverei nichts zu tun, und dasselbe gilt auch für das spätere Verbot der heidnischen Kulte und die Anerkennung des Christentums als der alleinigen Religion durch Theodosius den Großen.

Was aber dabei das wichtigste war, war die Tatsache, daß die neue Kirche mit dem weltlichen Adel alle Vorteile der späteren Leibeigenschaft teilte, welche nur als eine mildere Form der Sklaverei anzusehen ist. Man kann sogar behaupten, daß die Kirche als Mitgenießer der feudalen Vorrechte vermittels ihrer Organisation eher zur Befestigung und Verlängerung der Leibeigenschaft beitrug, als daß sie zu ihren Gegnern gezählt werden könnte. Im Auferlegen der Abgaben wetteiferte die Kirche mit dem Staate, und es entstand das Sprichwort: Was nicht nimmt der Fiskus, das nimmt Christus.

Im Mittelalter und in der Neuzeit gab der Islam vielen Völkern des Ostens ein Exempel der Eroberung und Aufdrängung seiner Sittlichkeit, wo der Begründer der Religion Mohammed zugleich ein gewaltsamer Eroberer war und die Eroberung dem Zwecke der Aufdringung und Ausbreitung der neuen Religion diente, wo das Staatsoberhaupt zugleich der Hohepriester war und das verbreitete Sektenwesen eine Art politischen Parteiwesens war. So war der Islam mit seinem einzig wahren Gott und dem Mohammed als seinem einzig wahren Propheten, sowie dem Koran als dem obersten Gesetz, von Anfang an eine fanatische Religion.

VII.

Welche Sorte von Menschen hat diesen gegenwärtigen Umschwung in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen vollbracht, einen Umschwung, der nicht ohne Rückwirkungen auf das Familien- und Staatsleben bleiben kann? Man sieht sofort, daß dies weder Propheten und große Lehrer noch Herrscher und Machthaber, noch Reformatoren und Gesetzgeber, sondern Erzeuger und Techniker waren; und diese wiederum nicht aus sittlichen Erwägungen, sondern weil anders die Technik und Wirtschaft nicht zu entwickeln waren. Andere wirtschaftlich heben heißt sie zugleich sittlich erhöhen, und dies geschieht also nicht auf geradem Wege, sondern auf einem Umweg, unabsichtlich und planlos. Nicht

durch gute Wünsche oder gar Änderung des menschlichen Charakters, durch Ausrottung seiner Selbstsucht, worauf bisherige Ethik und große Bewegungen wie die christliche, ihre Hoffnungen gründeten, selbst durch große Umstürze nicht, wie die Französische Revolution, sondern allein durch schöpferische Tätigkeit wird die Sittlichkeit gestärkt. Der Mensch ist dem Gemüte nach geblieben, wie er war, ohne Unterschied in Würde und Beruf; die Eroberung und Ausbeutung des Menschen ist aber ziellos geworden, und dies hat ihn anscheinend gezähmt und seine Selbst- und Herrschaftsucht vermittels der Technik auf die Eroberung der Naturkräfte statt der Menschenkraft gelenkt. Nicht als sittliches Wesen; sondern als Schöpfer und Erzeuger fördert der Mensch auch seine Sittlichkeit, und gerade seine Selbstsucht auf wirtschaftlichem Gebiete hat ihn dazu geführt. Nicht der Mensch selbst, sondern sein Interesse ändert sich; der Umschwung in der Ökonomie bringt mit sich, daß es jetzt im eigenen Interesse ist, anderen Dienste zu leisten, statt sie auszubeuten. Und der Ursprung der Ausbeutung ist nicht in der Ökonomie, sondern in der Eroberung und Herrschaft zu suchen; vielmehr hat die Ökonomie die Kraft zur Umwandlung der durch Eroberungen aufgedrungenen gesellschaftlichen Beziehungen.

Die Lebensprozesse und Tätigkeiten sind um so höher entwickelt, je weiter sie sich von den Gesetzen der physischen Natur entfernen. Die Kräfte, welche die Tiere zu lebenswichtigen Handlungen bewegen, werden Triebe genannt, unter welchen der Geschlechts-, Eltern- und Ernährungstrieb die wichtigsten sind. Die Art und Weise, wie die Triebe bei verschiedenen Tiergattungen ausgeführt werden, heißen Instinkte. Die Handlungen aber, welche in das Gebiet der Wissenschaft, Technik und Kunst gehören und nur dem Menschen eigen sind, gehen nicht als Erfüllung eines besonderen Triebes vor sich, welcher zur Erhaltung des Lebens erforderlich ist, und sie können daher nicht als angeborene Instinkte bezeichnet werden, weil die Menschen auch ohne Erzeugnisse dieser Tätigkeit leben können und Millionen und aber Millionen auch tatsächlich ohne sie

leben. Diese Erzeugung ist daher kein instinktiver Vorgang, welcher zur Erfüllung eines besonderen Triebes spontan und automatisch sich vollzieht, sondern es sind Leistungen einer besonderen Erfindungsgabe, welche nicht allen Menschen nach Maßgabe der Instinkte eigen ist. Diese Tätigkeiten sind deswegen doch nicht als außer-natürlich zu bezeichnen, da es in unserer Natur Tätigkeiten und Leistungen gibt, welche nicht streng mechanisch funktionieren. Da die Technik auf Erfindungen der Menschen sich gründet und diese Erzeugnisse ihrer geistigen Tätigkeit sind, so sind auch die Er-

zeugnisse, welche der technische Fortschritt zur Folge hat, also auch Wirtschaftsformen und weiter gesellschaftliche Beziehungen der Menschen, welche ihre Sittlichkeit bestimmen, menschlich-geistigen Ursprungs. So erweist sich der Mensch durch seine geistige Tätigkeit, welche ihn gar oft in Widerstreit mit seinen triebhaften Gemütsregungen verwickelt, schließlich als Sieger und Bildner seiner Sittlichkeit. Weder durch Verstand noch durch Gefühl, sondern durch Erfindungsvermögen, d. h. durch seinen Geist, entwickelt sich der Mensch zum sittlichen Wesen.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Auch in der Wirtschaft

darf es keine Untertanen geben.

• Darum Mitbestimmung der Arbeitnehmer

Industriegewerkschaft Metall

für die Bundesrepublik Deutschland

1962 — Das Jahr der afrikanischen Einigung

Das Jahr 1960 ist in mancher Hinsicht als das Jahr Afrikas in die Geschichte eingegangen, weil in den zwölf Monaten dieses Jahres 15 Staaten des Kontinents ihre politische Unabhängigkeit erlangten. War der Jubel über die erreichte Eigenstaatlichkeit zunächst groß, so stellte sich doch bald heraus, daß die politische Souveränität ohne ein gewisses Maß wirtschaftlicher Eigenständigkeit eine Illusion ist und daß die meisten Staaten Afrikas nicht nur technisch unterentwickelt, sondern auch als Wirtschaftsgebiet zu klein sind, um allein bestehen zu können.

Die früheren italienischen, belgischen und französischen Kolonien hatten noch immer ihre besonderen Beziehungen zu den früheren Mutterländern; dazu kam 1958 das Assoziationsverhältnis mit der EWG, das ihnen nicht nur Zollpräferenzen im Gemeinsamen Markt, sondern auch für fünf Jahre 580 Millionen Dollar direkter Entwicklungshilfe brachte. Doch verfestigten sich damit ökonomische Abhängigkeiten, die politisch eben abgestreift worden waren. Entsprechend stellt sich das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und den Commonwealthstaaten dar, mit dem Unterschied, daß die Commonwealthpräferenzen niedriger sind und auch für den Absatz der tropischen Agrarprodukte einen kleineren Markt als den der EWG sichern.

So begannen die Afrikaner schon 1961 trotz aller Eifersüchteleien zwischen den jungen Regierungen, ihre Zusammenarbeit voranzutreiben, so daß das Jahr 1962, wenn nicht alle Zeichen trügen, in Afrika durch diese Bemühungen gekennzeichnet sein wird.

Bereits im Januar 1961 traten in Casablanca Ghana, Guinea, Mali, Marokko, die Vereinigte Arabische Republik und die FLN zusammen und formten durch die Unterzeichnung einer Charta die sogenannte Casablancagruppe. Ihr Ziel liegt vor allem in einer engen politischen und militärischen Zusammenarbeit und einer Stärkung des neutralen Lagers in der Ost-West-Auseinandersetzung. Oekonomisch gehören diese Staaten unterschiedlichen bestehenden Gruppierungen an. Mali ist EWG-Assoziierter; Ghana gehört zum Commonwealth; Algerien ist noch als Teil Frankreichs Mitglied der EWG; Marokko kann als Mitglied der Franczone der

EWG assoziiert werden, hat sich bisher aber noch nicht entscheiden können; Guinea schließlich hat bei seiner Loslösung von Frankreich auf seine EWG-Assoziation verzichten müssen. — Wenn diese sechs Staaten nun dabei sind, einen gemeinsamen afrikanischen Markt zu schaffen, der im ersten Jahr eine Zollsenkung von 25 v. H. bringen und nach fünf Jahren die volle Zollunion erreichen soll, dann kann man zwar kritisch einwenden, daß Baumwolle und Kakao noch keinen gemeinsamen Markt ergeben. Dennoch wird hier ein Entwicklungsprozeß ausgelöst. Schließlich handelt es sich bei diesen sechs Partnern um dynamische Regierungen, die es gewohnt sind, dem Westen Kopfzerbrechen zu verursachen.

Eine zweite größere Gruppe afrikanischer Staaten hat sich in der Monroviagruppe (seit Mai 1961) nach einer Konferenz in der Hauptstadt Liberias zusammengefunden. Hier treffen wir auf die zwölf Staaten der „Union Africaine et Malgache“, alles frühere französische Kolonien, die heute noch enge Beziehungen zum Mutterland unterhalten (Kamerun, Tschad, Kongo-Brazzaville, Niger, Gabun, Zentralafrikanische Republik, Elfenbeinküste, Dahomey, Obervolta, Senegal, Mauretanien und Madagaskar) und die zusammen mit über 27 Millionen Einwohnern fast das 26fache der Fläche der Bundesrepublik ausmachen. Zu diesen zwölf Staaten kommen die drei EWG-Assoziierten Togo, Somalia und Libyen, die Commonwealthstaaten Sierra Leone und Nigeria (volkreichster afrikanischer Staat mit etwa 35 Millionen Einwohnern) und Liberia, Tunesien und Äthiopien.

Diese bedeutende Gruppe afrikanischer Staaten legt das Schwergewicht vor allem auf eine wachsende ökonomische Zusammenarbeit und ist einer engeren Zusammenarbeit mit Westeuropa eher zugeneigt als die Casablancagruppe. Die Mehrzahl der Staaten der Monroviagruppe unterhält zudem enge Beziehungen zu Israel und hat sich weitgehend aus dem Algerienkonflikt herausgehalten. Das waren u. a. Gründe, die die Annäherung an die Casablancastaaten erschwerten. Allerdings scheinen Guinea, Marokko und Mali in der letzten Zeit eher zu Kompromissen mit der Monroviagruppe bereit zu sein, während vor allem Ghana jeder Zusammenarbeit widerstrebt.

Die ehemaligen Kolonien der EWG-Staaten sind an der Beibehaltung der ihnen durch die Assoziation eingeräumten Vorteile interessiert; ihr hartes Verhandeln in Brüssel bei der Neugestaltung der Assoziation zum Jahresende machte das deutlich. So werden diese Staaten, die bis auf Mali alle Mitglied der Monrovia-gruppe sind, immer wieder in Gewissenskonflikte gestürzt, wenn ihre Partner die Einseitigkeit der von der EWG gewährten Vergünstigungen kritisieren. Das machten vor allem die Abstimmungen während der im Februar 1962 in Addis-Abeba durchgeführten Tagung der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika deutlich. Die EWG-Assoziates schlagen sich bei Abstimmungen, die gegen die Assoziation mit der EWG gerichtet sind, stets auf die „europäische Seite“, da ihnen eben das Hemd näher als der Rock ist.

Diese Situation muß sich langfristig sowohl für die EWG als auch für unsere afrikanischen Assoziates negativ auswirken. Die Assoziates haben deswegen auf der

gleichen Konferenz eine Resolution durchgesetzt, die die UNO-Kommission auffordert, „die Bedingungen festzulegen, unter denen die internationalen Bemühungen um eine Marktorganisation für die Afrika angehenden wichtigsten Grundstoffe gemeinsam von den beteiligten Ausfuhr- und Einfuhrländern unternommen werden könnten, mit dem Ziel, die Erfolge, die schon auf regionaler Basis erreicht wurden, zu verbessern und auf die Gesamtheit der betroffenen afrikanischen Staaten auszuweiten“.

Das heißt mit anderen Worten: Auch unsere afrikanischen Assoziates wollen den engen Rahmen ihrer aus kolonialen Ursprüngen kommenden Vorteile innerhalb der EWG sprengen und erwarten angesichts des Beitritts Englands zum Gemeinsamen Markt durch eine gleichberechtigte, umfassende Partnerschaft zwischen Afrika und Europa eine Hilfe von uns, die allen zufließt und die die afrikanischen Einigungsbestrebungen fördert. F. C.

Hat de Gaulle seine Schuldigkeit getan?

Geschwächt und resignierend ließen es Frankreichs Demokraten 1958 zu, daß die antiparlamentarischen Kräfte in Zivil und Uniform „de Gaulle au pouvoir“ riefen. Der nationale Mythos sollte an die Macht, um das französische „Nebenland“ Algerien für Frankreich zu retten.

Nur die Hoffnung, daß de Gaulle in der Verantwortung Einsichten gewinnen werde, bewahrte Frankreichs Demokraten vor der Verzweiflung. Da die antiparlamentarischen Kräfte in Volk und Heer so stark waren, war der Gedanke richtig, daß nur de Gaulle es fertigbringen könne, den Anspruch auf Algerien zu liquidieren. Und — wer weiß — vielleicht würde er es tun?

Tatsächlich, wenn auch langsam und zögernd, begriff de Gaulle, daß die Politik „Algerie Française“ nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Er sah schließlich sogar ein, daß die algerischen „Rebellen“ in Wirklichkeit Freiheitskämpfer waren. Nebelhaft und sybillinisch waren de Gaulles Reden; trotzdem wurde allmählich klar, daß die V. Republik das tun werde, was die IV. Republik dank ihrer Feinde von rechts kaum zu denken gewagt hatte.

De Gaulle, der die parlamentarische Demokratie weitgehend durch ein persönliches Regiment, durch Fernsehansprachen ans Volk und durch Volksentscheide ersetzte, machte die Wandlung durch, auf die man bei einem Hindenburg vergeblich gehofft hätte. So kam es, daß sein

Regiment immer mehr getragen wurde von den Mitte- und Linksgruppen im französischen Volk, während de Gaulles engsten Freunde sich von ihm abwandten und ihn schließlich in der OAS bekämpften.

Fast vier Jahre lang dauerte das alles. De Gaulles Verhalten dem algerischen Anspruch auf Unabhängigkeit gegenüber glich einer Echternacher SpringprozeSSION: zwei Schritte vor, einen Schritt zurück. Bei den Verhandlungen in Melun und bei den späteren ersten Verhandlungen in Evian wollte der General noch bestimmen, ob die FLN oder ob andere Kräfte das algerische Volk repräsentierten.

Erst im Frühjahr 1962 schien de Gaulle ganz begriffen zu haben, was die Stunde geschlagen hatte. Bei den neuen Verhandlungen in Evian handelte es sich nicht mehr vorwiegend um die Rechte, die Frankreich immer noch in Algerien beanspruchte, als vielmehr um de Gaulles Sorge, ob die Armee ihm oder dem OAS-General Salan folgen werde. Die Algerier Ben Bella und Belkassam Krim beendeten de Gaulles Zögern, als sie sich entschlossen, das Papier von Evian im Vertrauen auf die Loyalität der französischen Armee zu unterschreiben.

Und nun machte die OAS den großen Fehler, in Algiers Europäerviertel auf Patrouillen der Armee zu schießen. Junge französische Wehrpflichtige fielen ihren Kugeln zum Opfer. Da war es entschieden: Die

Armee konnte den Versuchen durch die OAS nicht mehr erliegen.

De Gaulles Zorn galt weniger dem Terror als der Dummheit der OAS. Konnten diese Leute denn nicht begreifen, daß der General Algerien nur preisgab, damit er an anderen Stellen der Front um so stärker sei? Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages soll de Gaulle gesagt haben: „Und nun machen wir große Politik!“ Was er darunter verstand, wurde ersichtlich, als er zugleich mit dem Volksentscheid noch mehr Vollmachten für sich forderte — Vollmachten, die anstelle der parlamentarischen die „direkte Demokratie“ ermöglichen sollen. „Frankreich ist nicht Frankreich, wenn es nicht an erster Stelle steht.“ Dieser Satz aus de Gaulles Memoiren, der ihn als einen Chauvinisten ausweist, blieb der Leitstern des General-Präsidenten. Ihm zufolge mochte sich de Gaulle schon bisher nicht auf eine europäische Integration ein- und auf eine atlantische Solidarität verlassen. Frankreich sollte eine Atommacht werden,

und die NATO soll ein „Dreierdirektorium“ bilden, in dem de Gaulle gleichberechtigt neben Kennedy und Macmillan sitzen würde.

Zur Ehre der Franzosen sei festgestellt, daß sie ihr schlichtes „Ja“ auf de Gaulles doppelbödiges Volksbegehren vom 8. April nicht blind abgegeben haben. Nicht nur in den Zeitungen der Linken, sondern bis weit nach rechts war man sich der Gefahr bewußt, daß de Gaulle sich ein Ermächtigungsgesetz holen wollte, daß er auf die Vertrauensseligkeit friedfertiger Bürger spekulierte, statt sich auf sachgerechte Weise des Vertrauens zu vergewissern.

Frankreichs Demokraten haben die vier Jahre lange Herrschaft de Gaulles gut überstanden. Sie sehen, daß de Gaulles Wandlung nur eine punktuelle war. Und sie sagen: „De Gaulle hat seine Schuldigkeit getan, de Gaulle kann gehen.“ Aber wer da in nächster Zeit geht oder steht, das ist noch die Frage. id

Berlin und manche Illusion

Dreizehn bekannte und nicht unbekanntere Politiker, Wissenschaftler und Journalisten haben sich jetzt zu Wort gemeldet und ihre Gedanken über die Zukunft der Stadt Berlin in einem kleinen Buch veröffentlicht („Berlin und keine Illusion“, Verlag Rütten und Loening). Sie versprechen, in ihrer Schrift das Thema „Berlin ohne Illusionen“ erörtern zu wollen. Ist ihnen das gelungen?

Gemeinsam ist allen Autoren (zu ihnen gehören Thomas Dähler, Fritz Erlor, Dietrich Goldschmidt, Paul Wilhelm Wenger, Fritz René Allemann, um hier nur einige zu nennen) das eine: Sie sind keine Kommunisten. Ihre Analysen des Berlinproblems lassen jedoch bemerkenswerte Unterschiede des politischen und geistigen Standorts erkennen.

Thomas Dähler etwa sieht Berlin (in der ihm sicher nicht sehr sympathischen Nachbarschaft des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“) als die Hauptstadt Deutschlands und seine Sicherung als ein nationales Problem, während andere Autoren, wie die Publizisten Alexander von Cube und Gerhard Schoenberger, darauf aus sind, der Stadt einen weiteren Radius und einen neuen Rang zu geben. Sie wollen Berlin politisch und geistig zu einer Metropole des Gesprächs zwischen Ost und West ausgestalten und glauben, daß dies ohne einen Rückgriff auf nationales Pathos möglich sein sollte.

Nicht einzig sind sich die Autoren auch dar-

über, ob es bei der Berlinlösung in erster Linie um den Frieden oder aber um die Sicherheit Berlins gehe. Der Berliner Pädagoge Professor Goldschmidt beispielsweise ist der Auffassung, daß es an der Zeit wäre, den Slogan „Lieber tot als rot“ aufzugeben und nach neuen Wegen zu suchen, wie man den Frieden retten könne. Der Abgeordnete Erlor dagegen (weit davon entfernt, nun seinerseits ein kriegerisches Konzept anzubieten) sieht das Berlinproblem in erster Linie unter dem Gesichtspunkt einer allgemeinen und damit auch für Berlin zu schaffenden Sicherheit. Seine These, daß Sicherheit im Grunde nur im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands zu haben sei, wird in Deutschland mehr Verständnis finden als im befreundeten Ausland.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Auffassung des Publizisten Paul Wilhelm Wenger. Er meint, daß eine Chance für die Deutschen und die Einheit ihres Landes nur in einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen der Sowjetunion und China liege. Solche Überlegungen würden wohl auch die Autoren gutheißen, die ihre Hoffnungen auf eine Entideologisierung und auf eine allmähliche Differenzierung im ideologischen Selbstverständnis des Ostblocks setzen.

Man wird nicht sagen können, daß alle Autoren der kleinen Schrift sich von Illusionen freigehalten hätten. Manche Illu-

sion ist von ihnen pfleglich behandelt worden, und die eine oder andere neue Illusion ist hinzugekommen. Für den Leser bleibt es schwierig, aus dem Für und Wider der Argumente schlüssige Folgerungen zu ziehen. Eigentlich sollte man den Autoren

des Berlinbüchleins raten, sich einmal für einige Tage zu einem ruhigen Gespräch zusammensetzen und zu versuchen, ihre Analysen und Vorschläge auf einen Nenner zu bringen. Damit könnte der deutschen Politik wirklich geholfen werden. —r

Das Ellwanger Protokoll

Der „Ellwanger Kreis“ hatte am 14. und 15. Januar 1961 eine kulturpolitische Tagung. Es nahmen dreißig Persönlichkeiten aus der Christlich-Demokratischen Union teil, darunter Probst Asmussen, Bundestagspräsident Gerstenmaier, der Abgeordnete Heck, Prälat Kunst, Kultusminister Schütz, Ministerialdirektor Sattler vom Auswärtigen Amt, Weihbischof Sedlmeier und Staatssekretär Strauß.

In den Referaten und Diskussionen der Tagung, über die das Protokoll Auskunft gibt, wurden teilweise Probleme angesprochen und Ziele formuliert, die einer kritischen Würdigung bedürfen.

Staatssekretär Strauß meinte, wir hätten zur Zeit kein Erziehungs- und Bildungsideal. „Auch die Weimarer Epoche, die wir in die Jahre 1917—1932 verlegen können, hatte noch ein solches Erziehungs- und Bildungsideal. Es wurde weitgehend bestimmt durch die Persönlichkeit des Kultusministers Professor Dr. Carl Heinrich Becker. Becker stand vor der Aufgabe, in seinen kulturpolitischen Bemühungen zu berücksichtigen: im kirchlichen Bereich die von Kulturkampfgesinnung und -stimmungen nicht freie römisch-katholische Kirche auf der einen Seite und die verfaßten, von politischer Überlieferung überlagerten evangelischen Landeskirchen auf der anderen Seite; im politischen Bereich das konservative, das liberale, das katholische und sozialistische Element. Infolgedessen mußte sein Erziehungs- und Bildungsideal noch weicher und unbestimmter sein als das der vorangegangenen Epoche, nämlich einer Humanitas, in der alle vier Elemente wohnen und arbeiten konnten, zugleich aber auch auskömmlichen Raum zur Austragung von Spannungen und Auseinandersetzungen beanspruchten. Es war Aufgabe des liberalen Elementes, das Verbindende zu suchen und zu sichern. Das war letztlich eine Humanität, die in noch höherem Umfange der metaphysischen Bindung entbehrte als die 1917/18 verklungene Epoche.“

Der arglose Demokrat des Jahres 1962 wird sich nicht daran stoßen, daß die Begründung der Weimarer Republik abgegrenzt wird gegen eine „verklungene Epoche“, aber er wird doch meinen dürfen, daß sich die Situation heute prinzipiell genauso dar-

stellt wie für den früheren Kultusminister Becker. Denn wie anders ließe sich das Grundgesetz ernst nehmen?

Staatssekretär Strauß jedoch ist anderer Ansicht: „Die gesamten Wissens- und Bildungselemente müssen aber eingebaut werden in metaphysische Betrachtungen und Verbindlichkeiten und damit des heute unerträglich gewordenen Säkularisationscharakters entkleidet werden. Es ist klar, daß ein solches Erziehungs- und Bildungsideal von der religiös und weltanschaulich neutralen Staatlichkeit nicht erarbeitet, dagegen wohl gesichert und gefördert werden kann.“

Der Staat also, der demokratische Staat, verliert hier unversehens seine Aufgabe, ein Dach für alle der Verfassung Verpflichteten zu sein, er wird in den Dienst für eine spezifische Forderung nach einem — mit Verlaub gesagt — abhumanistischen Bildungsideal genommen. Was heißt das praktisch?

Den Kulturpolitikern der CDU im „Ellwanger Kreis“ geht es darum, die Sicherung und Förderung ihrer Absichten durch den Staat zunächst dadurch zu bewirken, daß sie das Privatschulwesen ausweiten. Dazu liest man im Protokoll: „Zu erwägen wäre folgender Vorschlag: Der ganze Bildungsetat sollte aufgeteilt werden in Stipendien. Mit dem Stipendium könnte jeder auf die Schule gehen, auf die er will. Der Staat würde dann die Bildung und Erziehung, nicht die Schulen, finanzieren. Die Folge wäre eine breite Förderung des Privatschulwesens. Solche radikalen Vorbilder existieren bereits in anderen Ländern.“ Und: „Wir müssen die Möglichkeiten der Privatschule erweitern, da sie ein gesundes Regulativ der öffentlichen Schulen bildet“ (Staatssekretär Strauß).

Kultusminister Schütz fügte die Mitteilung hinzu, daß in Nordrhein-Westfalen der Staat die Privatschulen zu 94 v. H. finanziere. Er knüpfte daran den Kommentar: „Die Kirchen machen von ihren verfassungsrechtlichen Möglichkeiten im Schulwesen zu wenig Gebrauch. Das liegt daran, daß sie dafür nicht genug Leute haben. Es ist indessen zu erwarten, daß die Kirchen die Möglichkeit, Privatschulen zu errichten, stärker ausnützen werden. Dann muß die CDU für eine weitgehende Finanzierung der Privatschulen eintreten. Die evange-

lischen Privatschulen werden etwas mehr kosten als die katholischen, weil im evangelischen Bereich keine so billigen Lehrkräfte wie bei den Katholiken zur Verfügung stehen."

In dem Protokoll ist kein Wort zu finden z. B. über einen Versuch, die Grundrechte unserer Verfassung (wie es der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen in manchen seiner Gutachten getan hat) zum Maßstab bei der Erarbeitung eines

Bildungs- und Erziehungsideals zu wählen. Prälat Kunst war der einzige, der diese Einsicht formulierte mit seiner Bemerkung, die Alternative des Totalitarismus zu uns sei das parteiische Recht und die Unfreiheit. Das war knapp, aber richtig gesagt. Nur gibt man die Grundlage unseres Gemeinwesens, unparteiisches Recht zu setzen, preis, wenn man die Privatschule an die Stelle der öffentlichen Schulen setzen will, wenn das Partikulare über das Gemeinsame obsiegen soll. -r

Das Memorandum der Acht

In der Bundesrepublik kümmern sich im allgemeinen nur die Politiker um die Politik. Die außerhalb der politischen Parteien stehenden Staatsbürger beschränken sich mehr oder minder darauf, durch ihre Wahlentscheidung ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Wir kennen nicht wie in Amerika eine lebendige Vielfalt von Gruppen und Organisationen, die sich, ohne in den politischen Parteien unmittelbar tätig zu sein, zu wichtigen Fragen der Zeit äußern.

Um so mehr ließ die Stellungnahme von acht führenden Männern aus der Evangelischen Kirche aufforchen, die sich in einem Memorandum zu den Fragen der deutschen Politik äußerten. Darunter sind so angesehene Männer wie der Präses der Rheinischen Kirche, Beckmann, der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Klaus von Bismarck, der Präsident des Wissenschaftsrates, Professor Raiser, und Professor von Weizsäcker. Nun ist es interessant zu sehen, wie dieses Memorandum in der deutschen Öffentlichkeit aufgenommen worden ist.

Zunächst haben durch Vermittlung des Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Bonn, Prälat Kunst, einige Gespräche mit Abgeordneten der verschiedenen Parteien stattgefunden. Diese Gespräche sollten zu den einzelnen in dem Memorandum aufgeworfenen Sachproblemen weitergeführt werden, und daraus hätte sich eine Klärung mancher Argumente und Positionen ergeben können. In Bonn wäre so etwas entstanden wie ein offener Gesprächskreis.

Diese Entwicklung ist durch die unbeabsichtigte Veröffentlichung des Memorandums leider in Frage gestellt worden. Bemerkenswert ist aber zunächst die Reaktion der öffentlichen Meinung auf das Memorandum.

Die politischen Parteien suchten sich jeweils die Argumente aus dem Dokument heraus, die in ihr Konzept paßten. Sie waren des Lobes voll über die ihnen durch die Stellungnahme der acht Männer zuteil

gewordene Hilfe. Die Argumente des Memorandums dagegen, die den Parteien weniger gemäß waren, wurden mit Stillschweigen übergangen oder abgelehnt. Mit besonderem Elfer wandten sich die Vertriebenenverbände gegen die Forderung des Dokumentes, die Ostpolitik der Bundesregierung einer Revision zu unterziehen. Lediglich die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ fand, hier hätten sich acht „Lobbyisten der Vernunft“ zu Wort gemeldet.

Wir finden es an dieser Reaktion der deutschen Öffentlichkeit bedauerlich, daß der Wunsch von angesehenen Mitbürgern, einen persönlichen Beitrag zur Klärung unserer politischen Probleme zu leisten, zu wenig anerkannt und gewürdigt worden ist. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, war wohl einer der wenigen, die die Bedeutung dieses Dokumentes unter diesem Gesichtspunkt voll anerkannt haben. Wir sollten uns darüber freuen, wenn sich unter unseren Mitbürgern der eine oder andere zu Wort meldet, der aus seiner Verantwortung als Staatsbürger zu den Dingen des Staates Stellung nimmt, ohne sich gleich in die eine oder andere Partei einordnen zu lassen.

Selbstverständlich kann man an vielen Stellen des Memorandums der acht Fragezeichen anbringen. Auf wenigen Seiten läßt sich eben keine umfassende Darstellung der ganzen Problematik der Außen- und Wehrpolitik oder auch der Sozialpolitik und der Kulturpolitik geben. So mußten sich die Autoren auf eine Skizze und auf wenige Thesen beschränken, die einer eingehenden Diskussion und Klärung bedürfen. Sicher wird z. B. jeder Einsichtige die Forderung unterschreiben, in unserer Sozialpolitik gehe es darum, die Selbstverantwortung des Menschen in der modernen Gesellschaft zu stärken und zu fördern. Interessant und in der Sache strittig wird diese These erst dann, wenn man sich überlegt, welche politischen Folgerungen daraus konkret zu ziehen sind. Und genau

hier muß das politische Gespräch beginnen. Es ist so, wie Dolf Sternberger in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat: Man kommt nicht sehr viel weiter mit der Forderung der acht Autoren, die Parteien sollten dem Volk die Wahrheit sagen. Sternberger knüpft daran die Frage: „Welche Wahrheit?“ Die Schwierigkeit liegt eben darin, daß die gutwilligen Politiker in allen Lagern „ihre Wahrheit“ wahrhaftig vertreten. Sie einander näherzubringen und einer Einigung in der Sache den Weg zu bereiten, ist nur möglich, wenn man die einzelnen Thesen etwa des vorliegenden Memorandums in Ruhe und Offenheit miteinander besprechen kann.

richtigkeit liegt eben darin, daß die gutwilligen Politiker in allen Lagern „ihre Wahrheit“ wahrhaftig vertreten. Sie einander näherzubringen und einer Einigung in der Sache den Weg zu bereiten, ist nur möglich, wenn man die einzelnen Thesen etwa des vorliegenden Memorandums in Ruhe und Offenheit miteinander besprechen kann.

Eine „Handreichung“ der EKD

Vor kurzem wurde eine Erklärung veröffentlicht, die (als Ergebnis der Zusammenarbeit von kirchlichen Vertretern aus beiden Teilen Deutschlands) von der Kanzlei der EKD an alle Landeskirchen in West- und Mitteldeutschland verschickt worden ist.

Die Kanzlei der EKD wollte damit keine öffentliche Diskussion anleiten. Ihr kam es vielmehr auf eine, wie sie altertümelnd schrieb, „Handreichung“ für die evangelischen Christen in Ost und West und besonders für die Pfarrer an. Angesichts der „Gefahr eines dritten Weltkrieges“ wurde darin, kurz gesagt, zur Proexistenz in der Koexistenz gemahnt.

Die „Handreichung zur Friedensfrage“ hatte kaum ein öffentliches Echo. Nur die ärgsten Hetzer hier und dort entdeckten in ihr „NATO-Hörigkeit“ beziehungsweise „fehlenden Protest gegen östliche Maßnahmen“. Fanatiker hören es eben nie gern, wenn gesagt wird, „daß Unfrieden schafft, wer die eigene Sache als Sache des Friedens ausgibt“.

„Koexistenz wird in sich unwahr, wenn sie nur als taktisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele verstanden wird.“ Dieser Satz klingt, als sei er als Tadel an gewissen Deklarationen auf Moskauer Parteitagen gemeint. Das ist er auch, aber ebenso muß sich wahrscheinlich der getadelt fühlen, der sich in seiner ideologischen Verhärtung nicht einmal zur taktischen Koexistenz durchgerungen hat.

Die evangelische „Friedensbotschaft“ fordert, „daß die beiden (nach ihrem Selbstverständnis sich gegenseitig ausschließenden) Weltssysteme in einer Welt miteinander leben“, daß darauf verzichtet wird, „den anderen durch Krieg oder List zu besitzigen“, daß „eine Seite jeweils das Faktum respektiert, daß es die andere Seite gibt“, und daß jeder „sich selbst begrenzt und seine Forderungen an den anderen“.

Vierzehnmals heißt es in dieser Botschaft: „Wer Koexistenz sagt...“ Trotzdem kritisiert sie nicht nur die östliche Koexistenzparole, die — bestenfalls — den wirtschaftlichen Wettbewerb als Kriegersatz meint. Die Botschaft richtet sich auch gegen diejenigen im Westen, die durch „Koexistenz“ ihre Ruhe zum Genuß des Wohlstandes haben möchten. Kein Nebeneinander, sondern ein Mit- und Füreinander! — so wird hier gemahnt.

„Wer Koexistenz sagt, findet sich nicht damit ab, daß in beiden Teilen Deutschlands gegeneinander gerüstet wird... Er fragt nicht nur: Was ist für mich unaufgebbar, sondern zugleich: Was kann ich dem anderen zumuten?“ So fährt die Botschaft fort und fordert alle auf, sich um „ein bewußtes Denken vom anderen her“ zu bemühen.

Das ist genuin christlich und weit entfernt von dem ideologischen Christentum unserer westlichen „Christdemokraten“. Solche Ansprüche finden aber auch bei Nichtchristen Anklang, und das wissen die Verfasser der Botschaft. Sie wenden sich deshalb auch keineswegs ausschließlich an die Mitchristen, sondern zugleich an die, die sich nicht zum christlichen Glauben bekennen.

Obwohl die Botschaft betont, daß die Kirche keine politischen Rezepte haben solle und habe, ist sie konkreter als frühere Synodenbeschlüsse. Sie beschäftigt sich mit konventioneller und atomarer Rüstung, mit NATO und Warschauer Pakt, mit Friedensvertrag und innerdeutschem Reiseverkehr, mit Rechtsunsicherheit und Propaganda, mit dem Revanchegeist und dem marxistisch-leninistischen Dogma vom kapitalistischen Kriegswillen.

Schweigen kann nicht die letzte Antwort der Politik auf dieses Wort der evangelischen Kirche bleiben.

Soziale Sicherung

„Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland“. Unter diesem Titel gab das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung jetzt eine Übersicht über die so-

ziale Sicherung in der Bundesrepublik, ausgehend vom Stand der Gesetzgebung im Januar 1962. Das verantwortlich zeichnende Generalsekretariat für Sozialreform ver-

dient Anerkennung dafür, daß bei vielen Zahlenangaben auch die statistischen Werte für 1961 mit angeführt werden, eine bei dem frühen Erscheinungsdatum dieser Schrift nicht zu unterschätzende Leistung. Die Übersicht umfaßt alle Zweige der sozialen Sicherung einschließlic der Alterssicherung der Selbständigen sowie der Kriegsopferversorgung, den Lastenausgleich und die öffentliche Fürsorge. Für jedes Einzelgebiet werden nach Skizzierung der gesetzlichen Grundlagen eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben gegeben, ferner eine Statistik der Leistungsfälle bzw. der Rentenbestandszahlen sowie detaillierte Angaben über die Aufbringung der Mittel. Es werden in der Regel die Zahlen für die Jahre 1958 bis 1960/61 gebracht, in vielen Fällen wird außerdem die Entwicklung ab 1950 gezeigt (zum Teil mit Vergleichsangaben aus der Vorkriegszeit). Die Schrift ist ein vorzügliches Informationsmaterial über den Stand der sozialen Leistungen in der Bundesrepublik.

Vor der Darstellung der einzelnen Sachgebiete zeigen die Verfasser — Dieter Schewe und Karlhugo Nordhorn — das finanzielle „Gesamtbild der sozialen Sicherung“ auf, dem man u. a. entnehmen kann, daß die „Reinausgaben für öffentliche Sozialleistungen“ im Jahre 1959 35,2 Milliarden DM betragen, d. s. 17,6 v. H. des Volkseinkommens oder pro Kopf der Einwohner in der Bundesrepublik 653,10 DM (Seite 10). Das sind eindrucksvolle Zahlen, und man fühlt sich versucht, die im Vorwort aufgeworfene Frage, „ob nicht die Gefahr besteht, daß die soziale Sicherung über das Maß des Notwendigen hinausgeht“), eifertig zu bejahen. Der weniger Eifertige tut freilich gut daran, sich erst die Einzelleistungen in den wichtigsten Sparten der sozialen Sicherung anzusehen, bevor er zu dieser inmitten des „Wirtschaftswunders“ so merkwürdig oft gestellten Frage Stellung nimmt.

Den größten Raum im Etat der sozialen Leistungen nehmen die Ausgaben der Rentenversicherung ein, sie erfassen auch die weitaus größte Zahl der Fälle. (1959 = 16,6 Milliarden DM bei 7,4 Millionen Rentenbestand!) Wir wollen zur Veranschaulichung der Leistungen der sozialen Sicherung im Einzelfall (aus der Tabelle auf Seite 52) die wichtigsten Daten herausgreifen:

Im Jahre 1961 betragen die durchschnittlichen Monatsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter bei

Berufsunfähigkeitsrenten	112,50 DM
Altersruhegeldern	185,80 DM
Altersruhegeldern an Frauen	140,30 DM
Witwenrenten	123,80 DM
Waisenrenten (Vollwaisen)	83,60 DM

in der Rentenversicherung der Angestellten bei

Berufsunfähigkeitsrenten	148,50 DM
Altersruhegeldern	305,10 DM
Altersruhegeldern an Frauen	275,70 DM
Witwenrenten	176,40 DM
Waisenrenten (Vollwaisen)	87,50 DM

Einen auch nur halbwegs gesicherten Lebensabend können allein die Altersruhegelder aus der Angestelltenrentenversicherung ermöglichen, aber mehr als fünf Millionen Rentner beziehen ihr einziges Einkommen aus der Arbeiterrentenversicherung. Bei Betrachtung der oben angegebenen Durchschnittszahlen aus dem Jahre 1961 darf dabei eines nicht vergessen werden: Diese Durchschnittszahlen beinhalten, daß Millionen von Rentenbezüglern weit darunter liegen. Eine Aufgliederung der Durchschnittszahlen ist in der Schrift denn auch nicht zu finden. Darum wollen wir die obige Aufstellung aus der Statistik der Rentenversicherungsträger ergänzen, wofür allerdings leider nur Zahlen aus dem Jahre 1959 zur Verfügung stehen¹⁾.

In der Rentenversicherung der Arbeiter lagen 1959

37,8 v. H. der männlichen und
92,8 v. H. der weiblichen

Altersrenten unter 150 DM im Monat, hiervon

7,7 v. H. der männlichen und
28,9 v. H. der weiblichen

Altersrenten unter 60 DM monatlich. Diese Beträge sind bis 1961 einmal um 5,9 v. H. und einmal um 5,4 v. H. erhöht worden. Auch zum 1. 1. 1962 konnte sich die Bundesregierung trotz günstiger Kassenlage der Versicherungsträger nicht zu einer größeren Aufbesserung als 5,0 v. H. entschließen.

Es bleibt unerfindlich, woher angesichts dieser Zahlen Dr. Jantz im Vorwort den Mut zu der obenstehend zitierten Frage gefunden hat oder auch zu den weiteren Formulierungen vom „großzügigen Ausbau“ der Sozialleistungen usw. Hier hilft auch nicht der Einwand, daß in zahlreichen Fällen die Renten zweier Ehegatten zusammenfallen und somit die Lebensgrundlage besser ist, als die Durchschnittszahlen es ausweisen. In der jetzt lebenden Rentergeneration sind die weiblichen Rentenbezieher relativ selten, auch sprechen die sehr niedrigen Witwenrenten eine deutliche Sprache. Das Ziel der Rentenreform, allen Einwohnern

¹⁾ Jantz, a. a. O., S. 9.

²⁾ „Der Rentenzugang und der Rentenwegfall in der Rentenversicherung der Arbeiter und in der Rentenversicherung der Angestellten im Jahre 1959“, herausgegeben vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt a. M.

der Bundesrepublik ein „Alter ohne Not“ zu gewährleisten, ist nicht erreicht worden — das wird durch die statistischen Angaben der Veröffentlichung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bewiesen. (Eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten dürfte sich bei den Zahlen der Arbeiterrentenversicherung erübrigen, da ein gro-

ßer Teil der Renten unter dem Fürsorge-richtsatzes liegt!)

Zwischen den Worten des Vorworts und den anschließend angeführten Daten der Wirklichkeit spiegelt sich das Dilemma der Bundesrepublik wider: Die soziale Marktwirtschaft schuf das Wirtschaftswunder, aber auf dem Wege dahin verlor sie das schmückende Beiwort „sozial“. Dr. R.

Dritte Front!

Das „Deutsche Fernsehen“ hat (leider im 2. Programm) ein Thema zur Diskussion gestellt, das in der Tat unserer Aufmerksamkeit bedarf: Die Rolle der Verbraucher in der Wirtschaft. In den wirtschaftspolitischen Diskussionen der letzten Wochen war meistens die Rede von den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und den Interessenverbänden, aber der Verbraucher wurde nur am Rande in die Debatte einbezogen. Das liegt zum Teil daran, daß die Verbraucher in Deutschland keine wirksame Organisationsform entwickelt haben, um ihre Interessen wahrzunehmen. Es gibt zwar alle möglichen Verbraucherverbände, aber sie sind weder zahlenmäßig noch in der öffentlichen Meinungsbildung zu einem beachteten Faktor geworden. Die Konsumgenossenschaften versuchen zu ihrem Teil, den Verbraucher redlich zu bedienen, aber sie haben es — von einigen Aktionen abgesehen — leider auch unterlassen, eine richtungswisende Preispolitik zu betreiben.

Zur Aufklärung des Verbrauchers gehört eine objektive, von Interessen unbeeinflusste Information über die Qualität der Waren, die ihm angeboten werden. Er muß wissen, ob das Geld, das man für eine bestimmte Ware von ihm verlangt, eben der Qualität dieser Ware angemessen ist. In Schweden hat der Staat es übernommen, eine solche Information der Verbraucher zu gewährleisten. Dort lassen die Produ-

zenten vielfach ihre Waren testen, bevor sie sie auf den Markt bringen. In England und Frankreich gibt es angesehenen Zeitschriften und Zeitungen, die sich eine sachgerechte Information des Konsumenten zur Aufgabe gemacht haben.

In keinem dieser Länder werden solche Bestrebungen, die für eine Marktwirtschaft unerlässlich sind, durch gesetzliche Barrieren oder durch Interessenten ernsthaft behindert. Anders ist es in der Bundesrepublik. Die seit kurzer Zeit erscheinende Zeitschrift „Die D-Mark“ sieht sich schon jetzt in eine Reihe von Prozessen verwickelt, die von Interessenten angestrengt worden sind.

Man kann nur hoffen, daß die Richter sich in ihren Entscheidungen der Einsicht nicht verschließen werden, daß die Interessen des Verbrauchers in der Marktwirtschaft ebenso schutzbedürftig sind wie die der Produzenten. Der Bundeswirtschaftsminister Erhard hat gelegentlich seine Sympathien für eine Aufklärung der Verbraucher erkennen lassen. Wenn das keine leeren Worte bleiben sollen, muß er sich überlegen, was von seinen der Regierung geschehen kann, um ein Unternehmen wie die Zeitschrift „Die D-Mark“ nicht in einem prozessualen Deckungskrieg scheitern zu lassen. Auch das Parlament sollte dieses Thema im Auge behalten.

-2

Die sowjetische wissenschaftliche Forschung

Von Dr. Maurice Bardach, Zürich

Gagarins Flug im Raumschiff hat uns den Entwicklungsstand der sowjetischen wissenschaftlichen Forschung gezeigt. Es dürfte daher interessant und nützlich sein, ihren Aufbau kennenzulernen. Mit wissenschaftlicher Forschung befassen sich in der Sowjetunion:

1. die Universitäten und Hochschulen. Jeder Professor verfügt über genügende Mittel für sein Laboratorium, in welchem er die Forscher ausbildet;
2. die Forschungsinstitute der Industriezweige und bestimmte Laboratorien der großen Fabriken;
3. die Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, die auch die Akademien der Wissenschaften in den Republiken und alle Institute beaufsichtigt.

Die Akademie der Wissenschaften

Sie ist dank den Mitteln, die ihr von der Regierung zur Verfügung gestellt werden, das wichtigste Organ der wissenschaftlichen und technischen Forschung. Ihr Einfluß ist weit größer als der der Akademien im Westen. Sie untersteht unmittelbar dem Ministerrat und ist das höchste wissenschaftliche beratende Organ des Kreml. Diese von Peter dem Großen 1724 gegründete Akademie wurde nach der Revolution vollständig umgestaltet. Sie übte ihre Unabhängigkeit von der Regierung ein, verlor ihren ursprünglichen Charakter einer engeren Körperschaft von Wissenschaftlern, in die ausschließlich berühmte gewordene Männer berufen wurden. Sie ist ein staatliches Organ geworden, das am nationalen Leben teilnimmt. Ihr Sitz wurde 1934 von Leningrad nach Moskau verlegt. Ihr Statut ist mehrmals geändert worden. Das jetzige stammt aus dem Jahre 1959. Gegenwärtig gehören der Akademie und ihren verschiedenen Abteilungen 165 Akademiker, 353 korrespondierende Mitglieder, 1466 Doktoren, 6788 diplomierte und mehr als 10 000 Forscher ohne Titel an. Zu ihren Mitgliedern zählen hervorragende Wissenschaftler. Über ihre Tätigkeit heißt es im Artikel 2 des Statuts:

„Sie nimmt energisch am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der Sowjetunion teil. Sie trägt zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften der Arbeiter und zur Konsolidierung des Friedens in der ganzen Welt bei.“

So wird die Akademie in den Dienst der kommunistischen Partei gestellt.

Die Akademie bereitet die Perspektivpläne über die wichtigsten Probleme, die von theoretischer und praktischer Bedeutung sind, vor, sie unterbreitet sie dem Ministerrat zur Approbation, trägt zur Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeiten in der Sowjetunion bei und macht der Regierung Vorschläge zur Organisation wissenschaftlicher Forschung. In Artikel 7 des Statuts heißt es:

„Die Akademie konzentriert sich auf die Schlüsselprobleme der Wirtschaft ... unterstützt die günstige und rationelle Auswertung wissenschaftlicher, kultureller und technischer Erfolge der Menschheit mit Blick auf den kommunistischen Aufbau in der Sowjetunion. Die Akademie trägt dazu bei, die Erfolge der Wissenschaft zu popularisieren.“

Die Akademie besteht aus 8 Sektionen:

- physikalischen und mathematischen Wissenschaften,
- chemische Wissenschaften,
- geologischen und geographischen Wissenschaften,
- technischen Wissenschaften,
- biologischen Wissenschaften,
- historischen Wissenschaften,
- Literatur und Linguistik,
- Wirtschaft, Philosophie und Jurisprudenz.

Zu diesen 8 Sektionen kommt die seit einigen Jahren im Bau befindliche dezentralisierte sibirische Sektion in Novosibirsk, die auch den Fernen Osten umfassen soll. Der Akademiker Semenov forderte am 4. 8. 1959 in der ISWESTJA die Errichtung weiterer dezentralisierter Forschungsinstitute für die Russische Sowjetrepublik, das Wolga-Ural-Gebiet. Sie sollen über ein eigenes Budget verfügen.

Die Akademie der Wissenschaften koordiniert die Arbeiten der Republiken in bezug auf die Schlüsselprobleme der Wissenschaft und unterhält Beziehungen zu den Volkswirtschaftsräten wie auch zu den Industrien und Werken, die sich mit wissenschaftlicher Forschung befassen.

Die Akademiker werden lebenslanglich gewählt. Ihre Anzahl ist nicht fixiert. 1958 wurden drei neue Sitze für hervorragende Raumwissenschaftler geschaffen.

Die Wahl der Akademiker findet jedes Jahr statt. Man will hierfür das ganze Volk interessieren. Datum der Wahl, die Namen der Kandidaten und die der sie empfehlenden Organisationen werden in der Presse bekanntgegeben. Die Akademie soll nicht nur die Spezialisten interessieren. Gewählt ist der Kandidat, der zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigt.

Zur Generalversammlung der Akademie, ihrem obersten Organ, haben die Mitglieder, einschließlich der korrespondierenden, Zutritt. Die Sitzungen der Akademie werden nach Bedarf, mindestens zweimal jährlich, einberufen. Das Exekutivorgan, das Präsidium, verteilt die der Akademie bewilligten Gelder unter den Organisationen entsprechend dem allgemeinen Plan der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und kontrolliert die Ausgaben. Das jährliche Budget macht über 2 Milliarden Rubel aus.

Die Forschungsinstitute

Jedes Forschungsinstitut ist einer Sektion angeschlossen. 1945 gab es 53 Institute, 16 Laboratorien, 35 Stationen und 15 Museen. Die Institute befassen sich mit Forschungsarbeit, ein Teil aber mit Forschungen über angewandte Wissenschaften, wie das Institut für brennbare Minerale. Die Institute beschäftigen mehr als 10 000 qualifizierte Forscher und 3000 Wissenschaftler, die die Thesen vorbereiten. Jedes Institut hat seine eigene Organisation und erfreut sich einer gewissen Autonomie. In der Regel beschäftigen die Institute je 100 Forscher; wichtigere, z. B. das biologische Institut, an 1000 Spezialisten.

Nur das Institut für wissenschaftliche Information und das Büro für Veröffentlichungen unterstehen unmittelbar dem Präsidium der Akademie. Das Institut für wissenschaftliche Informationen, eine Gründung der letzten Jahre, sammelt die wissenschaftlichen und technischen Informationen der Welt und veröffentlicht seit 1955 Auszüge darüber in einer besonderen Zeitschrift. Es hat mehr als 2000 Mitarbeiter und eine große Zahl auswärtiger Hilfskräfte, die die Artikel übersetzen. Das Büro für Veröffentlichungen gibt monatlich 90 Zeitschriften heraus und ein Jahrbuch unter dem Titel „Bilanz der Wissenschaften“, wo sich für jede Disziplin eine Rundschau über die Erfolge des Jahres findet. Überdies veröffentlicht es Werke und Monographien. 1958 z. B. sind 100 Monographien für die mathematisch-physikalische Sektion erschienen.

Nach den Berichten des „Wjestnik Akademii Nauk SSR“, des offiziellen Organs der Akademie, gab es im Jahre 1951 in der Sowjetunion fast 3000 wissenschaftliche Organisationen und 750 Hochschulen,

in denen ungefähr 280 000 Forscher tätig waren. Die kommunistische Partei kontrolliert die Tätigkeit der Akademie und „hilft“, wie der WJESTNIK unlängst geschrieben hat, „durch ihre ideologische und politische Aktion, durch ihre marxistisch-leninistische Erziehung der wissenschaftlichen Kader“, die Mängel in der Forschungsarbeit zu beheben. Und wie für die ganze „Intelligenz“, sind die Kurse für Marxismus-Leninismus auch für Akademiker obligatorisch, selbst wenn sie nicht Mitglieder der Partei sind. So will man verhindern, daß ein Wissenschaftler dem bolschewistischen Dogma widerspricht.

Die Forscher an den Instituten beziehen die gleichen Gehälter wie die Professoren an den Hochschulen, also 5500 Rubel monatlich. Die Mitglieder der Akademie erhalten 5000 Rubel, die korrespondierenden 3000 Rubel monatlich. Hervorragende Forscher, z. B. jene, die Gagarins Flug vorbereiteten (ihre Namen werden nicht genannt), haben ein Einkommen von 10 000 Rubel, auch mehr. Dazu kommen die Stalinpreise, die jedes Jahr in 3 Abstufungen zu 50 000, 100 000 und 200 000 Rubel verteilt werden und die nach Stalins Tod durch die Leninpreise ersetzt wurden.

Das Koordinationsproblem

Das Problem der Koordination dieses weitverzweigten Netzes der Forschungsinstitutionen ist am 8. April 1961 durch Schaffung des „Komitees des Ministerrates für die Koordination der wissenschaftlichen Forschungen“ gelöst worden. Präsident dieses Komitees ist Michael Krumiczew, Vizepräsident der Zentralregierung. Bereits im April 1959 hatte der genannte Akademiker Semelow die Reduktion der Sektionen von 8 auf 3 vorgeschlagen und zwar:

1. für experimentelle Wissenschaften (Mechanik, Physik, Chemie, experimentelle Biologie),
2. für geologische und geographische Wissenschaften (beschreibende Biologie, Fauna, Flora, Ethnographie), ebenso Studien über die Natur der natürlichen Reichtümer und der Bevölkerung, und
3. soziale Wissenschaften (Philosophie, Wirtschaft, Geschichte, Linguistik, Soziologie).

Mathematik soll in allen Sektionen figurieren. Ihr Zentrum soll die Sektion für experimentelle Wissenschaften sein.

Die Reform der Akademie ist noch nicht durchgeführt. Aber der erste Schritt hierzu ist bereits erfolgt: die Ernennung des bisherigen Vizepräsidenten, des Mathematikers Keldych, zum Präsidenten. Der Akademie wird weiter die Leitung der wis-

wissenschaftlichen Forschung obliegen, aber sie wird die Kontrolle über die Forschungsinstitute in der Sowjetunion und in den Republiken an verschiedene Ministerien abgeben. Das Komitee der Minister für die Koordination der wissenschaftlichen Forschung wird die Richtung der wissenschaftlichen Forschung bestimmen, das Budget für die Forschungsinstitute ratifizieren und die Beziehungen mit dem Ausland koordinieren.

Nach der PRAWDA vom 21. April 1961 haben die sowjetischen Hochschulen 1960 342 000 wissenschaftliche Spezialisten ausgebildet, weit mehr als die USA. 1950 hatten die USA 53 000 Ingenieure ausgebildet, die Sowjets nur 37 000. Gegenwärtig arbeiten in den wissenschaftlichen Instituten und an den Hochschulen 354 000 Personen.

Maurice Letort, Präsident des konsulta-

tiven französischen Komitees für Forschung und Technik, der 1959 als Gast der Akademie am VIII. Mendelejew-Kongress (Mendelajew, bedeutender russischer Chemiker, 1834—1907) teilnahm, schrieb in „Le Monde“ über die Wege, die zu den Erfolgen führten:

„Im Gegensatz zu den Amerikanern scheinen die Russen über die Weltliteratur ausgezeichnet informiert zu sein. Sie werden hierin durch eine sehr verbreitete Kenntnis fremder Sprachen unterstützt . . . In den Instituten, die ich besuchte, regt die Forschung zu einem Enthusiasmus an, der die ganze Nation zu beherrschen scheint.“

Und anschließend an den traditionellen Mystizismus der Russen schließt er: Der Glaube an die Wissenschaft ersetze „mehr oder weniger den religiösen Glauben von ehedem“.

Zweite, völlig überarbeitete und erweiterte Auflage

Arbeitsrechts- und Sozialfibel

Eine systematische Gesamtdarstellung des Arbeits- und Sozialrechts von ERICH WEBER und WALTER BITZER

464 Seiten, flexibler Kunststoff-Einband

9,90 DM

5 Vorzüge, die schon den großen Erfolg der ersten Auflage begründeten

- Handlich im Gebrauch
- Schnelle Orientierung
- Leicht verständlich
- Abgestellt auf die Praxis im Arbeitsleben
- Preisgünstig

Die Verfasser der Arbeitsrechts- und Sozialfibel können auf eigene langjährige Tätigkeiten in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, in der Arbeitsverwaltung, in Verbänden und Personalvertretungen zurückblicken. Gestützt auf diese Erfahrungen haben sie das gesamte Arbeits- und Sozialrecht in allgemeinverständlicher Form so dargestellt, daß sich der im Arbeitsleben Stehende schnell und gründlich über die ihn berührenden Fragen unterrichten kann.

Eindeutig und umfassend beantwortet die Fibel 750 Fragen aus dem Arbeits- und Sozialrecht.



BUND-VERLAG KÖLN

Von de Gaulle bis de Gaulle

Jacques Fauvet: „Von de Gaulle bis de Gaulle“, Rainer-Wunderlich-Verlag, Tübingen 1961, 368 S., 24,50 DM.

Dem unmittelbaren Miterleben verdankt das Buch des Franzosen Fauvet seine Entstehung. Fauvet, der leitender Redakteur von „Le Monde“ und Professor für politische Studien ist, schildert darin die Geschichte der IV. Republik — mit de Gaulle am Anfang und Ende. Doch hat der Autor, der im deutschen Sprachraum durch seine Parteilengeschichte „Von Thorez bis de Gaulle“ bekannt wurde, sein Buch rückschauend, aus der neuen gaullistischen Perspektive geschrieben, was seiner Sicht mehr Gewicht und Aktualität verleiht. Das Nachwort datiert vom Juli 1961. Es kommt — drei Jahre nach de Gaulles Machtübernahme — zu der gelassenen Feststellung, daß eigentlich das meiste anders gekommen sei, als es sich die Franzosen und erst recht das Ausland im Mai 1958 vorgestellt hätten: Es habe von einem System zum anderen weniger einen Bruch als eine gewisse Kontinuität gegeben, „am Anfang in den Männern, später in den Schwierigkeiten, zum Schluß in den Krisen, wobei die politisch-militärischen Gewaltstriebe im großen und ganzen die parlamentarischen Theatercoups ablösten“. Fauvet, so bezeugt dieses Zitat, ist kein Gaullist. Aber er ist — wohl weil er Frankreichs Politiker und die Parteiinteressen zu genau kennt — auch kein Eiferer für irgendeine andere Doktrin oder Person, er lobt niemand hinauf, kredittet aber auch keinem irgendwelche „entscheidende“ Fehler an. So sind z. B. die Sozialisten Mollet und Lacoste, während der Suezaffäre die Zielscheibe schärfster Kritik, in seinem Urteil keineswegs so „prinzipienlos“ gewesen, wie es vielfach behauptet wurde („Wenn Guy Mollet seine Qualitäten, namentlich als Parteiführer, für eine Politik eingesetzt hätte, die seiner Zeit besser entsprach, wäre er ein großer Staatsmann gewesen“), während anderserseits Mendès-France („mit außergewöhnlichem, bis zum Starrsinn gehenden Willen, einer gediegenen, wohlgeordneten, dialektischen und manchmal etwas klügelnden Intelligenz begabt...“), bei aller Anerkennung seiner politischen Potenz, doch mancher Kritik unterzogen wird („Er konnte nur der Mann eines Augenblicks, einer Episode, nicht einer Epoche sein“). Am Ende stellt Fauvet das Scheitern der IV. Republik in den

großen Zusammenhang des alten Konfliktes zwischen rechts und links in der Geschichte Frankreichs: „In 35 Jahren hatte das Land dreimal eine Linksmehrheit ins Palais Bourbon gewählt: 1924, 1936, 1956. Das Parlament des Linkskartells endete in den legalsten Formen mit Poincaré, das der Volksfront mit Pétain und das der Republikanischen Front mit de Gaulle. In allen drei Fällen genüßten zwei Jahre, bis die in der Opposition gebildete Koalition sich auflöste und auseinanderfiel... und ein Mann die Züge des Retters in der Not annahm.“ Dieses Phänomen sei so konstant, daß man darin wohl eine Schwäche der klassischen Linken und die tief wurzelnde Kraft ihrer Gegner sehen müsse, meint der Autor. Auch zwischen 1956 und 1958 hätten diese Gegner — Hochfinanz, Armees und Algerienfranzosen — mancherlei Attacken versucht: „Wenn es beim letztenmal glückte, das ganze Regime zu stürzen, so deshalb, weil die Ziele des Algerienlobbys mit denen einer Militärclique zusammenfielen und weil beide zu Instrumenten der Volkserregung in Algerien wurden.“

Nur zwei Ideen im Nachkriegsfrankreich haben überhaupt eine gewisse politische Bedeutung erlangen können (ohne darum in die Tiefe zu gehen): der Gedanke der nationalen Wiedergeburt (oder „Größe“) Frankreichs und der Europagedanke. Beide Ideen schienen eine Zeitlang Gegensätze zu sein — z. B. während des Kampfes um die EVG. Aber es war wohl nur ein Scheinkonflikt, ein Anlaß, um wieder einmal tiefere Klüfte sichtbar zu machen. Heute hat de Gaulle diese unklaren Alternativen längst auf seine ebenso unklare Art in Übereinstimmung gebracht: Französischer Führungsanspruch und Europapolitik sind keine Gegensätze mehr, sondern gehören zusammen. Die traditionsbestimmte ideologische Zerrissenheit des Landes, die keine neue „tragende Idee“ zu überwinden vermochte, hat jedoch auch de Gaulle nicht aufzuheben gewußt. Im heutigen Frankreich wird eben Politik immer weniger im Parlament und immer mehr auf der Straße gemacht. Dabei haben sich in jüngster Zeit — wie in allen Krisensituationen — die Bemühungen der französischen Kommunisten erheblich verstärkt, unter Hinweis auf faschistische Gefahren die Sozialisten und andere Verbände und Organisationen der Linken für gemeinsame Demonstrationen zu gewinnen. Daß die Partei Guy Mollets solche

„Volksfront“-Offerten nach wie vor nicht beachtet, bedarf keiner Frage. De Gaulle selbst hat das Dilemma der französischen Linken — und damit den alten Konflikt der beiden Lager in Frankreich — kürzlich auf folgende Formel gebracht: „Die Linke ohne die Kommunisten ist gleich Null, aber eine Linke einschließlich der Kommunisten würde von der Armees nicht geduldet werden.“ In diesem Satz kommt nicht nur das Dilemma der demokratischen Linken in Frankreich zum Ausdruck, sondern ein Kernproblem der französischen Demokratie überhaupt.

Lutz Meunier, Berlin

Zur Krise der Philosophie

René Ahlberg: „Dialektische Philosophie und Gesellschaft in der Sowjetunion“, Kommissionsverlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1960, 135 S., 18 DM.

Schwer hat es in Deutschland die Ostforschung. Für die traditionelle Slawistik waren die gesellschaftlichen und ideologischen Erscheinungen des Bolschewismus ein politisch, also garstig Lied. Das gleiche galt und gilt noch immer für die einschlägigen juristischen, soziologischen, volkswirtschaftlichen, historischen und philosophischen Fächer. Gar zu selten ist eine in den Fachgebieten selbst vorgenommene Verarbeitung und Auseinandersetzung mit dem historischen und dialektischen Materialismus. Allerdings sind die Schwierigkeiten wegen der entlegenen, kaum auffindbaren und in russischer Sprache erschienenen Quellen zu berücksichtigen. Hier kann jedoch das Osteuropainstitut an der Freien Universität Berlin Hilfe geben. Die vorliegende, als Bd. 2 der philosophischen und soziologischen Veröffentlichungen erscheinene Arbeit erschließt ein kaum bekanntes philosophisches Quellenmaterial, das zugleich (allerdings in sehr zusammengedrückter Weise) ideologiekritisch, wenn auch kaum philosophiekritisch untersucht wird.

Es wird aufgezeigt, daß nach den anfänglichen Revolutionswirren von 1923 bis 1930 eine lebhaft philosophische Auseinandersetzung zwischen zwei marxistischen Schulen, den Vertretern eines mechanizistischen Materialismus und den Anhängern eines dialektischen Materialismus mit A. M. Deborin an der Spitze, stattgefunden hat. Dieser Streit ging im Kern um die Frage, ob die Philosophie im Kommunismus als ein Überbleibsel bürgerlicher Ideologie zugunsten der positiven Wissenschaft abzudanken habe (Mechanizisten), oder ob sie sich im dialektischen Materialismus als universale Methodologie der Wissenschaften konstituiert (Deborinisten). Die Bedeutung dieser Frage nach der Stellung der Philosophie, die trotz mancher grundlegender philosophischer Mängel (Klärung von

ro
ro
ro

Romane 1,90

Kurt W. Marek,
Provokatorische Notizen
R. A. Stemmler, *Affäre Blum*
• P. S. Buck, *Das geteilte Haus*
Pierre Boule,
Ein ehrenwerter Beruf

Kriminalromane 1,90

Hubert Monteilhet,
Der Asche entstieg

Klassiker 1,90

• Hippokrates,
Schriften / Die Anfänge der
abendländischen Medizin

Wissenschaft 2,20

Giulio Carlo Argan,
Gropius und das Bauhaus
G. Kaschnitz von Weinberg,
Die Grundlogik der republikanischen Baukunst

Monographien 2,50

GOTTFRIED BENN,
dargestellt von Walter Lennig
• Ewiger Vorrat klassischer
Musik auf Langspielplatten
Ein Schallplattenführer (Band III)

• Doppelbände

Neu im Mai

Begriffen, primitive Abbildtheorie) und scholastischer Spitzfindigkeiten (Auslegung von Zitate von Engels und Lenin) überzeugend herausgearbeitet ist, wird als anregend und im positiven Sinne herausfordernd auch von Wetter und Borchenski anerkannt. Die Dialektik wird von Deborin als Wissenschaft von den Formen oder Gesetzen des Zusammenhanges auf dem Gebiet der physikalischen Natur, der menschlichen Geschichte und des Denkens bezeichnet, die durch die Erfahrung in das menschliche Bewußtsein treten und sich als Begriffe widerspiegeln. Die Formen des Denkens sind daher auch die Formen der Wirklichkeit. Diese von Hegel übernommene Besetzung einer Trennung von Subjekt und Objekt, von Form und Inhalt, von Begriff und Realität rechtfertigt die Behauptung, mit der Entdeckung dieses Zusammenhanges allgemeine Gesetzmäßigkeiten gefunden zu haben, die als Richtlinien für Natur- und Geisteswissenschaften zu gelten haben. Die Mechanizisten waren jedoch offenbar skeptischer, indem sie Deborin vorwarfen, der Natur die Gesetze vorzuschreiben, anstatt diese Gesetze aus der Natur abzuleiten. Da es sich bei dem Streit auch um einen Machtkampf handelte, dessen für sie selbst verhängnisvolle Bedeutung die Deborinisten zu spät erkannten, hatten diese bis zum Eingreifen der Partei schon deshalb die stärkere Position, weil sie sich auf die Lenin'sche Abbildtheorie berufen konnten, während die Mechanizisten auf Plechanow zurückgriffen. Dieser hatte eine Theorie entwickelt, derzufolge unsere Empfindungen eine Art Hieroglyphen sind, die uns nur zur Kenntnis bringen, was in der Wirklichkeit geschieht, ohne jenen Geschehnissen, die durch sie übertragen werden, ähnlich zu sein.

Wie man sieht, eröffnet die hervorragende Darstellung Ahlbergs, die hier nur angedeutet wird, den Zugang zu einer Materie, die Stoff für mehrere Seminare und Dissertationen ergibt. Ein Grundfehler Deborins scheint die Vernachlässigung des historischen Materialismus zu sein und die daraus sich ergebende Abstraktheit einer naturphilosophischen Spekulation, die ihre eigene soziologische Bedingtheit nicht erkennt.

Ahlberg weist nach, daß die Partei zu der Verurteilung der Deborin'schen Philosophie Anfang 1931 „aus staats- und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten“ kommen mußte, weil die Partei sonst ein kontrolliertes Vollzugsorgan der Vertreter dieser Philosophie geworden wäre. Er weist auch darauf hin, daß die dialektische Philosophie der Partei die Idee vom unlösbaren Zusammenhang von Philosophie, Wissenschaft und Gesellschaft übergeben hat und daß durch die stalinistische „Usurpation

(dieser) Philosophie die bolschewistische Ideologie zu einem logisch geschlossenen Rechtfertigungsinstrument der sozialen und politischen Herrschaft gemacht wurde“. Diese Übernahme und Verwendung der Philosophie von Deborin führte natürlich zu einer Umbiegung und Eliminierung solcher Bestandteile, die für den Pragmatismus der Parteikonzeption schädlich waren: Die Deutung der Synthese, also des dialektischen Prinzips der Negation der Negation als Versöhnung oder „Aufhebung“ im Hegelschen Sinne des Bewahrens und rückbezogen, Erhöhen (die in der nachstalinistischen Diskussion des kulturellen Erbes und eines sozialistischen Humanismus von Bedeutung war), wurde zugunsten eines linearprogressiven Prozesses fallengelassen; das revolutionäre Element des Sprunges im Umschlag von der Quantität in die Qualität wurde von Stalin als für seinen Aufbau des Kommunismus beunruhigender, nicht kalkulierbarer Faktor verurteilt.

Ist es jedoch richtig, die als unschuldig dargestellte Philosophie Deborins nur insofern ideologisch zu nennen, als mit Mannheim jede beliebige Philosophie seinsverbundenes Denken bleibt? Bleibt eine Philosophie „rein“, wenn ihr selbst ein Zug zum Autoritären anhaftet, wenn sie Naturgesetze als Vergleich für angeblich notwendige wirtschaftspolitische Entscheidungen wie die NEP heranzieht (S. 73) und wenn die Fragen der Wertentscheidungen (Mittel-Zweck-Relation) auf Grund eines absoluten Determinismus offenbar nicht gesehen werden, obwohl in der Philosophiegeschichte bisher immer die Stellungnahme zur Willensfreiheit und zur Ethik den ideologischen Standort und die soziologische Einordnung charakterisierten? Marx hat offenbar geahnt, in welche Schwierigkeiten ihn die Ausarbeitung allgemeiner philosophischer Gesetze für die Naturwissenschaften bringen würde. Im übrigen beginnt mit ihm die moderne Krisis der Philosophie, die in der Umklammerung durch die Ideologiekritik zu sehen ist. Die tücksche Praxis sollte gerade Philosophen, die sich als Marxisten ausgeben, gelehrt haben, mit einem besonderen Maßstab der Kritik und ausgerüstet mit einem weiten historischen, sozialwissenschaftlichen und psychologischen Wissen sich der Tatsachenwelt zu stellen, ehe sie dieser allgemeine Gesetze auferlegen. Wer darüber hinaus sich noch der Naturwissenschaften annimmt, muß schon ein Genie sein. Aus diesen Gründen kann die Philosophie Deborins nicht als eine verschüttete Quelle der Wahrheitsfindung angesehen werden, mag die Art dieses Philosophierens im Gegensatz zu der späteren Entwicklung in der Sowjetunion, wie Ahlberg hervorhebt, auch

von logischer Sauberkeit, philosophischer Konsequenz, kritischer Offenheit gegenüber westlichem Gedankengut und glänzender stilistischer Formgebung zeugen.

Claus Inselmann, Hamburg

Kritik des Kapitalismus

Paul M. Sweezy: „Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marx'schen Sozialökonomie“, Bund-Verlag, Köln 1959, 302 S., 16,80 DM.

Es ist nicht gerade eine Auszeichnung für die deutschen Sozialwissenschaften, daß die Veröffentlichung von Paul M. Sweezy — neben Maurice Dobson und Wright Mills einer der wichtigsten an Marx geschulten politisch-ökonomischen Autoren der angelsächsischen Länder —, die wir hier anzeigen und deren deutsche Ausgabe bereits 1959 erschien, nach wie vor die einzige zusammenfassende Darstellung der Marx'schen und marxistischen Sozialökonomie in deutscher Sprache ist. Die Arbeit von Sweezy, in deutscher Ausgabe in der Reihe der Veröffentlichungen der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft erschienen und vom Herausgeber, Professor Gisbert Rittig, als „Arbeitsgrundlage für eine Objektivierung der Diskussion um Marx und Marxismus“ bezeichnet, weist für diesen Zweck wichtige Vorzüge auf: einmal eine sachliche, durch umfangreiche Zitate — vor allem aus dem „Kapital“ und aus der „Kritik der politischen Ökonomie“ — gestützte, im guten Sinne allgemeinverständliche Darstellungsweise, zum anderen die Beschränkung auf den ökonomischen und, vor allem in den Imperialismus- und Faschismuskapiteln, politisch-ökonomischen Teil der Marx'schen Theorie und der Kritik an dieser Theorie. Die philosophische Seite der Sache, andernorts in jüngster Zeit vielfach abgehandelt, bleibt hier unberücksichtigt, zum Vorteil des Buches.

Nach einer Einleitung zur Frage der Marx'schen Methode (Sweezy zitiert hier zustimmend das Wort von Lukacs, „Orthodoxie in Fragen des Marxismus beziehe sich ausschließlich auf die Methode“) bringt der Autor folgenden Stoff: Gebrauchswert, Tauschwert, Arbeit und Wert, Fetischcharakter der Ware, Rolle des Wettbewerbs, Rolle der Nachfrage, „Wertgesetz gegen Planungsprinzip“, Mehrwert und Kapitalismus, Der Akkumulationsprozeß, Tendenzieller Fall der Profitrate, Transformation der Werte in Preisen, Krisen und Depressionen, Die Kontroverse über die Zusammenbruchstheorie, Imperialismus, Faschismus.

Als Anhang ist ein Vergleich der Reproduktionsschemata von Quesnay, Marx

und Keynes sowie ein Kapitel aus Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“ beigegeben. (Bedauerlich, daß Hilferdings Buch durch einen Anhang auszugsweise in Deutschland bekannt gemacht werden muß.)

Die Wirkung der Arbeit von Sweezy in ihrer deutschen Ausgabe haben freilich Autor und Herausgeber offenbar überschätzt. Wenn Rittig schreibt, das Buch möge „zur Wiederbelebung der Diskussion einer Reihe Marx'scher Theoreme“ beitragen, und Sweezy sich ein „Aufleben der Forschungen über die Marx'sche Ökonomie in Deutschland“ erhofft, so sind diese Wünsche bisher kaum in Erfüllung gegangen. Es scheint, daß hierzulande auch in dieser Sache die pauschale — darum keineswegs kenntnisreiche — Zustimmung oder Ablehnung immer noch mehr Chancen hat als die nüchtern forschende Kritik.

Dr. Arno Klönne, Paderborn

Eine gute Zusammenfassung

M. Rainer Lepsius: „Strukturwandlungen im Industriebetrieb“, Industrie soziologische Forschung in Deutschland. Carl Hanser Verlag, München 1960, 77 S., 8,50 DM.

Die kleine, vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft herausgegebene Schrift eignet sich vorzüglich als erste Orientierung über die empirischen industriesoziologischen Forschungen, die nach dem Kriege in Westdeutschland durchgeführt worden sind. Der Leser wird über die wichtigsten Ergebnisse eines Zweiges der Soziologie unterrichtet, der nach dem Kontinuitätsbruch, den die Soziologie in der Zeit des Nationalsozialismus erlebte; auf neuer Grundlage wiedererstand ist und sich als außerordentlich lebendig erwiesen hat. Die Schrift kann als Wegweiser demjenigen dienen, der sich in dieses rasch angewachsene Gebiet einarbeiten will, zumal sie am Schluß neben einer kurzen Übersicht über die neuere deutschsprachige Literatur auch eine Zusammenstellung der wichtigsten neueren empirischen Untersuchungen enthält.

Aber auch für den, der einer ersten Einführung in die Industrie soziologie nicht mehr bedarf, lohnt sich die Lektüre. Gerade eine solche kurze Übersicht vermag zu verdeutlichen, daß die junge deutsche Industrie soziologie, die ja auch durch jüngere Wissenschaftler ihre wichtigsten Impulse erhalten hat, bereits ein eigenes Gesicht hat. Sicherlich kann sie sich an Vielfalt und Reichtum nicht mit der amerikanischen Soziologie messen, ebenso wie sie — vor allem in methodischer Hinsicht — ihre Abhängigkeit von der angelsächsischen Sozialforschung nicht verleugnen kann. (Demgegenüber sind die Beziehun-

gen zur älteren deutschen Betriebssoziologie der 20er und beginnenden 30er Jahre schwach, was mancher bedauern mag.) Es scheint aber doch, als ob sich verschiedene Gedankengänge deutlich herauschälen. Sie kehren in den einzelnen Untersuchungen wieder, werden weiter gesponnen und geben ihnen ein Gepräge.

Charakteristisch ist die Abkehr von der herkömmlichen Zivilisationskritik, sowohl von der Rechten als auch von der Linken. „So ist beispielsweise die heutige Deutung der Technik noch genau so zwiespältig und unsicher wie zu Zeiten der ersten Eisenbahn. Bei jeder neuen Erfindung, sei es nun des Fernsehapparates oder der elektronischen Rechenmaschine, werden sofort die alten Klischeevorstellungen hervorgeholt: Man spricht von einem neuen Schritt auf dem Wege zur Entseelung des Menschen oder auf dem Wege zum technischen Paradies. Nicht anders verhält es sich auch mit den beliebten Klagen über die Vermassung der Gesellschaft. Immer wieder wird sie als das große Übel der sozialen Entwicklung hingestellt. Obwohl sich schon längst die sogenannte Massengesellschaft in neuen Strukturen differenziert und stabilisiert hat, behauptet man weiterhin, alle sozialen Formen des menschlichen Lebens würden in ihr in graue Gestaltlosigkeit aufgelöst.“

Diese Skepsis gegenüber letzten Endes geschichtsmetaphysischen Modellen bedeutet aber nicht, daß nunmehr geschichts- und bewußtlos lediglich Fakten des Augenblicks gesammelt werden. Der Gegenstand der Industriosozologie wird geschichtlich verstanden, wie z. B. folgende Definition deutlich macht: Nach Lepsius ist „die Industriosozologie diejenige spezielle Soziologie, die die Gesellschaft unter dem Aspekt des Industrialisierungsprozesses untersucht.“

Aber auch die meisten Untersuchungen, deren Ergebnisse referiert werden, haben nicht einen Zustand, sondern einen Prozeß vor Augen. Und zwar ist es vor allem der Prozeß der fortschreitenden technischen Entwicklung, welcher im Hinblick auf seine sozialen Auswirkungen untersucht wird. Dieses Thema zieht sich wie ein roter Faden durch die deutschen Nachkriegsuntersuchungen. Ob nun die Wandlungen der Kooperation im Produktionsbetrieb oder im Büro betrachtet werden, ob die Entwicklung der Lohnformen oder die betriebliche Hierarchie das untersuchte Thema sind, oder das Verhältnis des arbeitenden Individuums zur Maschine, stets spürt man den Versuch, durch überkommene Klischees hindurch zur konkreten, durch die technische Umwelt geprägten Arbeits- und Betriebsituation

vorzustoßen und hierbei nicht nur die Auflösung aller Formen zu konstatieren, sondern auch auf die Entstehung neuer Formen zu achten. „Die organisatorische und technische Rationalisierung der Industriearbeit verändert auch ihre sozialen Formen. Die Arbeitsteilung zerreißt nicht nur ehemals komplexe Arbeitsvollzüge in ‚atomisierte‘ Verrichtungen, sie stiftet gleichzeitig stets auch neue kooperative Beziehungen, ebenso wie die Mechanisierung nicht nur bestimmte Sozialformen der Arbeit auflöst, sondern auch wieder neue schafft. Da nun die Industriearbeit von der Rationalisierung und Mechanisierung bestimmt wird, haben sich, entsprechend dem unterschiedlichen Rationalisierungsgrad der Fertigung, sehr vielgestaltige und neue Sozialformen herausgebildet.“

Es sind nicht nur die Veränderungen der Kooperationsformen im Zuge der technischen Entwicklung, von denen die Rede ist. Die neuentstehenden Sozialformen der Arbeit, vor allem die versachlichten, technisch vermittelten horizontalen Arbeitsgefüge beeinflussen die vertikal geordnete formale Betriebsorganisation. Vor allem verändert sich hierdurch die Stellung der mittleren und unteren Vorgesetzten, insbesondere der Werkmeister. Zu dieser Frage, über die Lepsius selbst geforscht hat, finden sich viele aufschlußreiche Hinweise. Die Stellung des Meisters hat — so meint der Verfasser „... im Verlauf der Rationalisierung des Betriebes, insbesondere mit dem Übergang vom ‚Meisterbetrieb‘ zum ‚Ingenieurbetrieb‘, tiefgreifende Wandlungen erfahren. Verglichen mit dem Zustand vor 50 Jahren, hat er beständig an Funktionen und an Machtvollkommenheit verloren. Die Fertigungsplanung, der Werkzeugbau, die Produktionskontrolle, die Lohnfestsetzung, das betriebliche Rechnungswesen, die Personal- und Sozialverwaltung sind Spezialbüros übertragen worden, während der Meister gewissermaßen zur Außenstelle der Betriebsbürokratie wurde...“. „Die Arbeiter sind von ihm wesentlich unabhängiger als zu früheren Zeiten. Schließlich muß noch angeführt werden, daß auch seine unmittelbare Aufsichtsfunktion über die Arbeitsleistung sehr in den Hintergrund getreten ist.“

Man hat gelegentlich den Eindruck, daß Lepsius die Konfliktmöglichkeiten, die durch diese Wandlungen entstehen können, unterschätzt, obwohl er sie kennt. Er meint, der Meister könne „... bei konkreten Anlässen öfter in Rollenkonflikte kommen als andere Vorgesetzte, doch ist es keineswegs so, daß diese Konfliktsituation seine soziale Stellung und sein Selbst-

bewußtsein beherrschen. Gerade der eingetretene Funktionsverlust entlastet ihn von Konflikten, wobei insbesondere die Übertragung der Interessenvertretung der Arbeiter auf den Betriebsrat eine wichtige Rolle spielt. Seine Stellung in der Betriebshierarchie wird durch seine konkreten Aufgaben klar umrissen, und ihnen fühlt er sich auch primär verpflichtet."

Vielleicht zeigt sich hier eine typische Tendenz der neuen deutschen Industriosozio- logie. Ihr liegt zwar die Verschleierung der sozialen Konflikte im Industriebetrieb fern, gleichgültig, ob diese nun in der Natur des Betriebes selbst liegen oder aus allgemeinen Spannungen im Gesellschaftsgefüge herrühren. Jedoch verleitet die Entdeckung der Technik als eines sozialstrukturierenden Faktors mitunter zu einer Überschätzung der zwingenden Gewalt der technischen Entwicklung. Die oft beobachtete mangelhafte Anpassung der Betriebsorganisation an die neuen technischen Gegebenheiten im Betrieb wird dann leicht als Übergangserscheinung von kurzer Dauer aufgefaßt, während sie und die hieraus entstehenden Konflikte auch Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen sind. Diese werden durch den Druck der technischen Entwicklung wohl ausgehöhlt, aber nicht so leicht beseitigt, solange es nicht eine nichtautokratische Konzeption des Betriebes gibt und wenig Menschen, die sich für eine solche Ordnung einsetzen. Es handelt sich hier um eine neue Ordnung der Produktionsformen selbst, nicht nur um eine demokratische Kontrolle eines sonst autoritären Betriebsgeschehens.

Prof. Dr. H. P. Bahrdt, Hannover

Moderne Führung

Reinhard Höhn: „Die Führung mit Stäben in der Wirtschaft“, Verlag für Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, Bad Harzburg 1961, 272 Seiten.

In Bad Harzburg begann vor Jahren die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft, eine Einrichtung der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, mit ihrer Arbeit. Ihre Expansion, vor allem seit 1958, kann mit der der deutschen Wirtschaft jeden Vergleich aushalten. Worin liegen die Erfolge dieser Akademie begründet? Sie widmet sich der ergänzenden Ausbildung mittlerer Führungskräfte der Wirtschaft, einer Ausbildung, die über das Fachliche hinausgeht. Die Akademie hat sich dabei in dem allmählich breiter werdenden Ideologiefreien Raum zwischen „Reaktion“ und „Fortschritt“ angesiedelt. Sie diskutiert keine ideologischen Leitbilder, sondern sie fragt nach der Effektivität, nach der Machbarkeit der Dinge.

Daß die Dozenten der Akademie in Harzburg dabei nicht ohne inhaltlich geprägte Vorstellungen auskommen können, liegt auf der Hand. Der Akademieleiter, Professor Reinhard Höhn, hat einige der für die Arbeit seiner Akademie bestimmenden Arbeitshypothesen dargelegt. Am Beispiel der Wirtschaft, aber in der Sache keineswegs darauf beschränkt (ähnliches gilt z. B. für politische Parteien oder für ein Parlament), legt er dar, daß moderne Führung ohne Stäbe wirksam nicht mehr möglich ist. Höhn meint: „Die zentrale Aufgabe des Stabes beruht auf Beratung und Information.“ Sache von Stäben sei es, „Entscheidungen vorzubereiten und vorzuschlagen, nicht aber sie zu treffen“. Gegen die Einbeziehung solcher Stäbe in die Führung etwa von Unternehmen machen sich noch mancherlei Widerstände bemerkbar (weniger gegen Expertenstäbe als vielmehr gegen die eigentlichen Führungsstäbe). Solche Widerstände hängen zusammen mit überholten Leitbildern einer Einmannführung, mit der Abneigung gegen eine wissenschaftliche Betriebsführung, mit Prestige- und Konkurrenzermäßigungen. Um solche Hemmungen überwinden zu können, ist es wichtig, für die Führungsstäbe die richtigen Leute zu finden. Höhn nennt einige Eigenschaften, die diesen Mitarbeitern nicht fehlen dürfen: Neigung und Anlage zu wissenschaftlicher Arbeit, fachliche Qualifikation und betriebliche Erfahrung, Bereitschaft zur Arbeit in der Anonymität, Kontaktfähigkeit und — Zivilcourage.

Höhn will das Element der Stäbe im Rahmen moderner Führung ergänzt sehen durch die Realisierung dessen, was er Delegation der Verantwortung genannt hat. Er schreibt dazu: „In einem Unternehmen, das sich für die Führung im Mitarbeiterverhältnis entschieden hat und das dementsprechend mit der Delegation der Verantwortung und der Mitarbeiterbesprechung führt, kommt es nicht nur darauf an, daß produziert oder Umsatz erzielt wird, sondern mit welchen Führungsmitteln der Erfolg erreicht worden ist. Führungsmäßige Zielsetzung muß es sein, daß der Strom der Initiative von unten nach oben gehen kann.“ Und weiter: „Über die Bereiche, die den Mitarbeitern delegiert sind, wird von den Mitarbeitern mit dem Chef nicht mehr gesprochen, sondern hier wird von den Mitarbeitern selbst entschieden. Der Chef hat sich auf Dienstaufsicht und Erfolgskontrolle zu beschränken. Sonst hat die Delegation der Verantwortung keinen Sinn.“

Man sieht, daß hier ein Arbeitsprinzip von großer Bedeutung für die Führung moderner Unternehmen und Organisationen vorgeschlagen wird. Man mag finden, daß es den Gedanken nahkommt, die u. a. der Mitbestimmung zugrunde liegen.

Über solche Techniken, die doch mehr sind als Techniken, sollte die Wirtschaftsakademie eine Diskussion auch mit Politikern und Organisationsleitern suchen. Das Buch von Höhn eignet sich gut als Gesprächsgrundlage, wenngleich es stellenweise zu weilschweifig wird, unnötige Wiederholungen unter wechselnden Überschriften nicht immer vermeidet und an manche Selbstverständlichkeiten mit überflüssigem Nachdruck erinnert. Eine breitere literarische Abstützung mancher Überlegungen könnte der wissenschaftlichen Diskussion nützen. Im ganzen ist der Beitrag von Höhn ein Beispiel dafür, wie anregend es sein kann, wenn Wissenschaft und Praxis einmal nicht aneinander vorbeireden.

Ulrich Lohmar, Bielefeld

Wer kontrolliert wen?

Johannes Meßner: „Der Funktionär. Seine Schlüsselstellung in der heutigen Gesellschaft“, Tyrolia-Verlag, Innsbruck 1961, 312 S., 140 S., 24 DM/Stf.

In diesem Buche behandelt der erst kürzlich mit der „Naturordnung“ geehrte Verfasser erstmalig die Rolle des Funktionärs in unserer Gesellschaft. Meßner stellt hierbei den Funktionär als „Angestellten einer Organisation, der in verantwortlicher Stellung in ihrem Auftrag und in ihrem Interesse zu handeln hat“, als Schlüsselfigur im Gesellschaftsprozess heraus, der bestimmend auf unsere moderne pluralistische Demokratie einwirkt.

In zunehmendem Maße wird unsere Industriegesellschaft durch organisierte Gruppen — Parteien und Verbände — beherrscht, die sich als Mächte und Gegenmächte organisieren und ihren Angehörigen zur Durchsetzung ihrer materiellen, aber auch ideologischen Interessen dienen. Die Ideologien begründen dabei das für den Bestand der Gruppe notwendige Kollektivbewußtsein. Eigenart der pluralistischen Demokratie ist es dabei, daß diese Gruppen durch die Anwendung von Machtmitteln auf die politische Willensbildung, auf Staatsführung und Verwaltung Einfluß zu nehmen suchen. So wird der Funktionär zum Exponenten der Bewegungsdynamik dieser Gesellschaft. Während der Beamte nach vorgeschriebenen Regeln eines „Anstaltsbetriebs“ handelt, sind Eigeninitiative, Eigenentscheidung und Eigenverantwortung wesentliche Kennzeichen des Funktionärs, der damit zum Verbandmanager wird.

Zwar tritt er nach außen — ebenso wie der Industriemanager — häufig nur wenig in Erscheinung, jedoch intern kennt man sich genau. Wesentliche Voraussetzung für seinen Erfolg sind eine umfassende Kenntnis des die Gesellschaft bestimmen-

den Personenkreises, der Apparatur der pluralistischen Gesellschaft und eine umfassende Sachkenntnis. Die Interesselosigkeit der breiten Öffentlichkeit bildet dabei die Voraussetzung dafür, daß die Funktionäre in weitem Ausmaße zu den Managern im Gesellschaftsprozess werden. Sie üben jedoch nicht nur ständigen Druck aus auf die Willensbildung der Gesellschaft, sondern sie stehen selbst unter diesem ständigen Druck, müssen sie doch immer wieder sichtbare Erfolge ihres Handelns aufzeigen können und unterlagen dabei auch einer ständigen Kontrolle durch die Öffentlichkeit mit ihrem Anspruch auf „Gemeinwohl“. Je urteilsfähiger und urteilswilliger die öffentliche Meinung ist, um so schwieriger wird damit seine Aufgabe, Verbandsinteressen durchzusetzen. Meßner fordert eine Einschränkung dieses Machtgebrauchs durch aktive Teilnahme der Bürger an den „öffentlichen Geschäften“ und zeigt in überzeugender Weise die Notwendigkeit einer Verantwortungsethik, einer Versittlichung dieser Macht. Er gibt einen umfassenden geistesgeschichtlichen Abriss, in dem er besonders auf den Erkenntnissen Max Webers, Goetz Briefts, aber auch angelsächsischer Soziologen aufbaut. In seinen Untersuchungen leistet er einen wertvollen und originalen Beitrag zur modernen Soziologie, der für all die von besonderer Aktualität sein dürfte, die mitten im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben stehen.

Dr. Wolfgang Borkel, Bad Harzburg

Kirche im Wandel

Lothar E. Herrwich: „Protestantismus am Ende? Notizen über das evangelische Christentum der Gegenwart.“ Schriftenmissionsverlag, Gladbeck 1961, 144 S., 4,50 DM.

Ein westfälischer Pfarrer, der übrigens auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit steht, geht auf Fragen und Probleme ein, die ihm in der Gemeindepraxis und besonders bei kirchlichen „Randsiedlern“ begegnen. Im wohlthuendem Gegensatz zu manchen theologischen Veröffentlichungen geschieht dies in verständlicher Form und Sprache. Die Situation wird ungeschminkt geschildert, äußere Kirchenzugehörigkeit und tatsächliche Interesselosigkeit sind ebenso Wirklichkeit wie das Fragen und Suchen gerade des heutigen Menschen nach sinnvollem Lebensinhalt. „Die Kirchen haben nach außen hin mehr Einfluß im Staat als im praktischen Leben der Bürger“ (S. 72). Ersatzreligionen treten an die Stelle, die verletzte Werte absolut setzen (Bolschewismus, Nationalsozialismus) oder — im Westen — primitiver Aberglaube und Materialismus (S. 67 u. 35). Demgegenüber steht der optimistische Fortschrittsglaube

des Ostens (vergleichbar mit dem der Arbeiterbewegung vor 100 Jahren im Westen), „der größerer Leistungen fähig ist, als wir wahrhaben wollen. Dort regiert die Partei, in der Bundesrepublik das Geld“ (S. 72). Der Bolschewismus hat sich auf den Atheismus, „Glaubensbekenntnis des Unglaubens“, festgelegt. Würde er wirklich, wie er vorgibt, metaphysische Fragen ausklammern, so würde im Osten das Verhältnis von Staat und Kirche schlagartig anders.

Durch Jahrhunderte überkommene Ordnungen befinden sich in Auflösung, auch das „Vereinsjahrhundert“ geht zu Ende, doch neue Bindungen entstehen (S. 39 f.). In diesen Strukturwandel ist die Kirche einbezogen. Ihre Sprache und Begriffswelt werden als fremd empfunden. Der Mensch jedoch bleibt in seinem Wesen unverändert; ohne zeitverfallen zu sein, muß die Kirche ihre unveräußerlichen Wahrheiten zeitgemäß verkünden. Partnerschaft läßt sich in einem beweglichen Protestantismus eher verwirklichen als in der straff gegliederten römischen Kirche. Indifferenz und Konformismus gefährden den westlichen Menschen, der Protestantismus stellt die Verantwortlichkeit des mündigen Christen herauf. „Es gibt für protestantisches Denken keine Norm für politische oder soziale Gestaltung..., sondern nur die Gebundenheit christlichen Glaubens“ (S. 141).

Diese scheinbare Schwäche ist in Wirklichkeit die Stärke des Protestantismus — und seine Chance. Nachdem der deutsche Protestantismus sich seiner staatlichen Abhängigkeit entledigt hat, nimmt er sein Wächteramt ernst. Ohne internationale Rückendeckung (Konkordat!) wurde der Bekenntniskampf unerschrocken geführt, und auch heute stehen evangelische Christen vorne an in den Auseinandersetzungen (Rüstung, Atombewaffnung). „Evangelischer Klerikalismus ist Widerspruch in sich, evangelisches Handeln ist Dienst, kein Machtstreben“ (S. 124). Kulturelle und soziale Leistungen des Protestantismus werden aufgezeigt. Das einst vorbildliche Bildungswesen in Deutschland wird mit der Gegenwart verglichen: Kaum ein westliches Land, „in dem die Aufstiegsmöglichkeiten für Arbeiterkinder so gering sind wie in der Bundesrepublik“ (S. 39). Die ökumenische Bewegung und zwischenkirchliche Beziehungen sind ausführlich behandelt, und eine Annäherung auch mit der römischen Kirche hält Herrwigh für möglich. Das Verhalten des Katholizismus ist unterschiedlich: Einvernehmen mit dem Franco-Faschismus, parteipolitische Neutralität in Österreich, CDU-Verbundenheit in der Bundesrepublik: Dort „halten — zufällig? — in Wahlzeiten militante Patres in Riesensmeetings ihre Vorträge, sie sprechen nicht

für eine Partei, aber jeder Zuhörer weiß, welche er wählen soll“ (S. 128).

Besonders interessieren die Berührungspunkte zwischen Protestantismus und SPD, die der Autor beschreibt (S. 121 ff.); ein gemeinsames Anliegen sieht er in der Ablehnung von jeglichem Totalitarismus: „Hierarchie, Aufbau und Propagandamethoden von Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus sind nahezu identisch...“ (S. 123), sie gefährden Würde und Freiheit des Menschen. Die Feststellung, daß der Sozialismus kein Religionsersatz ist, wird als „Entmythologisierung“ bezeichnet. Die Verherrlichung Preußens wird man nicht teilen können, denn dort herrschten nicht nur Recht und Toleranz, sondern auch Dreiklassenwahlrecht und Sozialistengesetz; aber zweifellos war Preußen „als protestantisch diffamiert... als rot' suspekt, stets Träger deutscher Einheit... Die Sozialdemokraten... wollten Preußen erobern, aber nicht zerschlagen“ (S. 124). Richtig ist auch, daß der Protestantismus wie die SPD sich zur Wehr setzen „gegen einen Rheinbundpatriotismus, der... in karolingischen Reminiszenzen seine tiefen Wurzeln hat“. Dagegen knüpft „der Pseudopatriotismus der DDR nicht ungeschickt an gewisse ihm ins Konzept passende preußische Traditionen an“ (S. 124).

Die „Notizen“ bringen eine Fülle von Fragen und zwingen zum Nachdenken, auch wenn der Leser keineswegs immer mit den Ausführungen einverstanden ist. Evangelische Christen und Sozialisten haben noch oft überlebte Sentiments gegeneinander, Zerrbilder und überholte Schablonen korrigiert der Verfasser. Deshalb sei das Buch als Diskussionsgrundlage und Mittel zum gegenseitigen Verstehen empfohlen. Die mit einem provozierenden Fragezeichen auf dem Umschlag gestellte Frage: „Protestantismus — am Ende?“ wird der Leser nach der Lektüre mit einem „Nein!“ beantworten.

Hans Lutz, Dortmund

Ein vieldeutiges Schlagwort

Erich Matthias, Hansjürgen Schierbaum: „Errungenschaften“. Zur Geschichte eines Schlagwortes unserer Zeit. Jimgau-Verlag, Pfaffenhofen. Sonderausgabe für das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. 307 Seiten.

Nehmen wir ein Ergebnis der Untersuchung vorweg: Das Schlagwort von den Errungenschaften ist im Lauf der letzten hundert Jahre durch seine vielfältige Verwendung in der politischen Propaganda in seinem Bedeutungsinhalt merkwürdig schillernd und vieldeutig geworden und deshalb schwer faßbar. Um ihm trotzdem beizukommen, bedarf es der Klarheit.

Daß die beiden Autoren diese Fähigkeit sowohl in der begrifflichen Unterscheidung als auch in der Darstellung einzusetzen haben, ist das Plus dieses Werkes. Es liest sich trotz der zähen Materie leicht und flüssig.

Die Untersuchung verbindet eine geschichtliche Darstellung mit einer Analyse der Funktionen des Schlagwortes von den Errungenschaften. Der Gliederungsaspekt ist die historische Differenzierung des Begriffes. Das ergibt sich aus der Sache; denn gerade von den beiden Entwicklungstendenzen her, die die Autoren aufzeigen, wird deutlich, warum unter Errungenschaften unsere Gesellschaft auf der einen Seite und die kommunistische Welt auf der anderen Unterschiedliches verstehen.

Ursprünglich hatte das Wort einen juristischen Sinn und meinte nichts anderes als den Besitz, der durch Heirat gewonnen wurde. 1848 wurde dieser juristische Terminus technicus zum politischen Modewort und bezog sich vor allem auf die freiheitlich-demokratischen Rechte, die sich die Liberalen vorübergehend erkämpft hatten. Die Errungenschaften werden von da ab immer als ein Attribut des Fortschritts angesehen und bedeuten das, was man inhaltlich unter Fortschritt verstand. Je nachdem, wie sich nun im weiteren Verlauf der Geschichte die Blickrichtung des Fortschrittsdenkens änderte, wandelte sich die konkrete Bedeutung der Errungenschaften. Sie bezogen sich bald auf wissenschaftlich-technische und schließlich auf soziale Erfolge. In diesem letzten Sinn vor allem wurden sie von der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg begriffen.

Die Bedeutung, die das Wort heute im kommunistischen Bereich hat, geht auf den Doppelsinn zurück, den die beiden entsprechenden russischen Ausdrücke „dostizhenije“ und „sawojemanije“ beinhalten. Sie meinen nämlich sowohl das Erreichte als auch das, was erst in Zukunft zu erreichen ist. Der Begriff bietet sich in dieser Verschwommenheit mehr als andere Schlagworte zu dialektischen Kunststücken an. Sie können nur vereinfacht wiedergegeben werden: Lenin beispielsweise, der die neue Doppelbedeutung einführte, betrachtete als oberste Errungenschaft die Freiheit, deren beste Verkörperung er im Rätssystem im Sowjatsystem sah. Daß diese Räte realiter gar keine Macht ausüben, vielmehr von den Kadern der Partei beherrscht werden, bedeutet für ihn keinen Widerspruch, denn allein ihr formales Bestehen einerseits und die Möglichkeit andererseits, daß die tatsächliche Macht einmal an die Räte, an das

Volk direkt übergehen könnte, gilt ihm als Verwirklichung des Freiheitsgedankens.

Ähnlich in der Methode, wenn auch unbedingt in der Durchführung, war die Errungenschaftspolitik Stalins. Die Verfasser sprechen von einer Inflation des Errungenschaftsbegriffs, die einsetzte, als die Industrialisierung Rußlands dem Volk ungeheure Opfer abverlangte; die damals für die Zukunft versprochenen „Errungenschaften“ wurden systematisch mit schon vorhandenen gleichgesetzt. Noch unbekümmerter geht die Stalinsche Propaganda vor, um Sowjetpatriotismus und Internationalismus miteinander in Einklang zu bringen; wiederum sind die „Errungenschaften“ des russischen Volkes das Bindeglied. Sie gelten als ein für die anderen Völker vorweggenommener Fortschritt. Der dabei angewandte Kunstgriff besteht lediglich darin, Gegenwart und Zukunft, Form und Inhalt, Theorie und Praxis austauschbar zu halten.

Dem Leser wird sich wie dem Rezensenten eine Überlegung aufdrängen: Wird nicht auch in diesem Werk immer wieder die Fragwürdigkeit der dialektischen Methode überhaupt sichtbar? Schließlich sind ja die Kunstgriffe Lenins und Stalins vom dialektischen Standpunkt aus schlüssig. Wie gefährlich die Dialektik werden kann, wenn sie sich des Propagandamonopols eines Regimes bedient, zeigt der Erfolg, mit dem die Machthaber der SBZ den Glauben an die Errungenschaften ihrer Herrschaft in das Bewußtsein der Ostzonenbevölkerung gehämmert haben. Diese Propaganda bedient sich im wesentlichen der Stalinschen Beweisführung; ihr besonderer Akzent liegt darin, daß die „Errungenschaften“ der SBZ das Argument für den gesamtdeutschen Anspruch des Regimes abgeben.

Das letzte Kapitel der Arbeit liest sich packend und erschütternd, wo mitgeteilt wird, daß sich bei Sowjetzonenflüchtlingen der Begriff Errungenschaften durchaus mit positivem Inhalt verbindet, wengleich ein apolitischer Freiheitsbegriff ein beachtliches Gegengewicht bildet. Die Untersuchung räumt der kommunistischen Propaganda in der Zone keine schlechten Chancen ein und weist vor allem auf die ideologische Anfälligkeit der Angestellten hin, die sich aus ihrer besonderen soziologischen Lage ergebe.

Eine wichtige Frage bleibt offen: Wie steht es eigentlich mit den Vertretern der kommunistischen Propaganda, insbesondere in der SBZ? Sind sie nun von der Richtigkeit ihrer Behauptungen überzeugt oder nicht? Eine Untersuchung darüber sei angeregt. Die Dokumentation im zweiten

Teil des Werkes, die über 120 Seiten Beispiele der kommunistischen Errungenschaftspropaganda bringt, ist ausgezeichnet und könnte als Quellenwerk für neue Aufsätze verwendet werden.

Dr. Walter Deizner, München

Motive des Filmbesuchs

Margarete Keilhacker: „Kino und Jugend“, Juventa Verlag, München 1960, 172 S., 8,80 DM.

In der bewährten Form präsentiert sich die neue Veröffentlichung aus dem Wissenschaftlichen Institut für Jugendfilmfragen. Galten die früheren Arbeiten aus diesem Institut in erster Linie dem kindlichen und jugendlichen Erleben direkt im Film, übernimmt es die vorliegende Studie, das Kino als einen Platz sozialer Kontakte im Leben des heranwachsenden Jugendlichen darzustellen.

Die Bedeutung dieses Themas erfährt durch das aufstrebende Fernsehen nicht die geringste Einbuße. Denn das Buch geht von der wesentlichen Erkenntnis aus: Hauptkonsumenten des Fernsehens sind die pantoffel liegenden Erwachsenen und die sozial unflügeln Kinder.

Der Jugendliche, in seinem natürlichen Drang nach Selbständigkeit, ist vor dem sippengehegten Hauskino dagegen nie ganz frei vom Unbehagen in der Familie. Er strebt zu Orten, wo er sich selbständig und unkontrolliert bewegen kann. Das Kino bietet ihm dafür die ideale Sphäre; es ist soziologisch für viele Jugendliche der Platz, wo sie ihrem Streben nach neuen sozialen und nach erotischen Kontakten, ganz allgemein nach Erweiterung ihrer Lebenserfahrung und Herausbildung eines eigenen Lebensstils ohne Bevormundung durch die Erwachsenen nachgehen können. Schon aus diesem Grund haben die Lichtspielhäuser bei der Konkurrenz mit dem Fernsehen in den Jugendlichen ihre treuesten Kunden. Je mehr Erwachsene aus den Kinos fernbleiben, um so höher wird der prozentuale Anteil der Jugendlichen, denn der Besucherschwund der Kinos hat sich bisher bei dieser Altersgruppe mit Abstand am wenigsten bemerkbar gemacht. Sobald diese Entwicklung von den Filmproduzenten erkannt wird, dürfen wir uns auf eine noch stärkere Ausrichtung der Filme auf die Mentalität der 15- bis 20jährigen gefaßt machen.

In dieser Situation ist es zu begrüßen, daß Margarete Keilhacker einigen wesentlichen Fragen dieses Problemkreises nachgegangen ist, und zwar an Hand von annähernd dreitausend Fragebogen und zahllosen protokollierten Gesprächen mit männlichen und weiblichen Jugendlichen, die sich aus allen Berufs- und Schulsparten zusammen-

setzen und so ziemlich über die ganze Bundesrepublik streuen.

Die Fragebogen betreffen Häufigkeit und Motive des Kinobesuches neben anderen Freizeitinteressen, ferner den ganzen Komplex, was die Jugendlichen von ihren Filmen erwarten: z.B. das „wirkliche Leben“ kennenzulernen, wobei sich dann meist recht unrealistische Erwartungen herausstellen. Außerdem kommt der ganze Bereich des Nacherlebens eines gesehenen Films zur Sprache. All dies wird mit typischen Zitaten jugendlicher Äußerungen belegt und anschaulich gemacht.

Einige der Ergebnisse sind schon bei Stückrath und Schottmayer (Psychologie des Filmlebens in Kindheit und Jugend, Hamburg 1955) diskutiert, dort sogar mit dem zugehörigen psychologischen Hintergrund. Stückraths Material ist psychologisch-projektiv gewonnen und trifft darum mehr die subjektiven und tieferen Schichten des Erlebens, während die vorliegende Veröffentlichung das aus bewußten Meinungen und Kritiken gewonnene Material in Form einer Dokumentation ohne Diskussion der übrigen Literatur zu einem pädagogischen Überblick verarbeitet.

Auch für den Fachmann ist die Veröffentlichung interessant. Die Ergebnisse sind immer wieder in übersichtlichen Zahlen zusammengefaßt. Außerdem sind sie fünf Jahre jünger als die von Stückrath und können darum auch die letzte Entwicklung berücksichtigen.

Dr. Friedhelm Bellingroth, München.

Mehr als ein Sprachkunstwerk

Günter Grass: „Katz und Maus“, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1961, 178 S., 12,50 DM.

Derselbe: „Die Blechtrommel“, Verlag w. o., 1959, 736 S., 24,80 DM.

Klappentexte sind Glücksache. So steht auf dem Schutzumschlag der Novelle „Katz und Maus“ von Günter Grass unter anderem zu lesen: „... geben Grass die Möglichkeit, alle Mittel seiner feinstrukturierten Sprachtechnik zu entfalten, sie selbst zum tragenden Element einer ironischen vielschichtigen Deskription zu machen. Darin vor allem besteht der große literarische Reiz der Novelle ‚Katz und Maus‘: Unabhängig vom Thema existiert sie durch die Sprache, durch den Zugriff eines an der Realität konsequent entwickelten Stils.“

Hier treibt der Verlag mit seinem Renommée-Autor offenbar etwas zu viel „understatement“. Betrachten wir dieses Werk von Günter Grass nämlich nur als Sprachkunstwerk, „unabhängig vom Thema“,

dann hält es manchem Vergleich nicht stand, zwar wohl mit den meisten seiner Generationsgenossen in Deutschland, weit weniger jedoch mit der zeitgenössischen Epik jenseits unserer Grenzen, denken wir nur an die Sprachsubtilitäten des französischen „Roman Nouveau“ oder — in Italien — an Pavese und Vittorini, die wirklich auch „unabhängig vom Thema“ bestehen. Nein, „Katz und Maus“ lebt von dem, was geschildert wird, von dem überdimensionalen Adamsapfel der Hauptfigur Joachim Mahlke und dessen „Versuch in Heldentum“, mit dem er so kläglich scheitert. Diese Novelle ist, im Gegensatz zur Meinung einiger Rezensenten, weit mehr als eine Miniaturdublette der dickleibigen „Blechtrommel“, mit der Günter Grass vor zwei Jahren Furore machte. Mit diesem Roman rückte Grass mit einem Schlag in den ersten Rang der deutschen Literatur vor. Inzwischen hat die französische Übersetzung („Le tambour“) seinem Namen auch westlich des Rheins einen gewichtigen Klang verschafft. Seit 1945 erfuhr in Frankreich kein Roman eines deutschen Autors der jüngeren Generation bei Publikum und Kritik solch ungeteilte, zum Teil enthusiastische Zustimmung wie dieses Panorama deutscher Geschichte zwischen der Jahrhundertwende und der Gegenwart, betrachtet aus der zwar einengenden, aber dadurch das Wesentliche um so deutlicher ans Tageslicht bringenden Perspektive der Satire. Seit Wedekind, Sternheim und Heinrich Mann war diese Farbe in der deutschen Literatur ziemlich verblichen; Grass bediente sich ihrer wieder mit kühnem und raschem Griff, dabei ohne jedes blutleere intellektualisieren, sondern aus der Fülle eines naiven Erzähltales heraus. Man muß schon bis ins Barock, mindestens bis Christian Reuters „Schellmuffeky“ zurückgehen, um Vergleichbares zu entdecken. Alle Theorien des modernen Romans werden auf einmal Lügen gestraft. Hier erzählt einer durchaus konventionell in Sprache und Komposition, ohne raffinierte Rückblenden und Montagen. Daß er dennoch nicht im Epigonalen steckenbleibt, liegt am Grundton der Satire. Nur wer sich entschließt, die Welt konsequent aus einer Perspektive, eben der satirischen, zu betrachten, kann sich diesen Verzicht auf das Komplizierte leisten. Denn die Kompliziertheit des modernen epischen Formenapparates ist ja keine „Masche“ der Autoren, sondern adäquater Ausdruck der komplizierten Struktur von Mensch und Welt in unserem Jahrhundert.

Der „Held“ der „Blechtrommel“, der infantile Kretin Oskar Matzerath, der an seinem vierten Geburtstag beschloß, nicht mehr zu wachsen, ist kein Produkt aus

der Retorte, er ist ein höchst lebendiges und munteres Wesen. Er gehört zu jener Sippe der Krüppel und Vagabunden, welche die ganze Weltliteratur unserer Epoche bevölkern, von der stummen Katrin in Brechts „Mutter Courage“ bis zu den Gestalten Samuel Becketts. Sie sind Sinnbild für die Reduzierung und Verstümmelung des Menschen in der technischen Gesellschaft, zugleich aber für die Möglichkeit, allein in solch nackter Kreativität einen Rest von ursprünglich Menschlichem zu bewahren. So kann Oskar Matzerath in seinen Begegnungen mit dem Gemüsehändler Greff das verlogene Pathos der Jugendbewegung ad absurdum führen, mit seinem Engagement bei einer Liliputanertruppe, die zwecks kultureller „Betreuung“ der großdeutschen Wehrmacht durch ganz Europa reist, die Hohlheit solchen Betriebes deutlich machen; und bei seinem Besuch in der Zwiebelbar in Düsseldorf, wohin die Menschen des „tränenlosen Jahrhunderts“ kommen, um sich durch Zwiebelkunst zum Weinen reizen zu lassen, die bundesrepublikanische Wohlstandsgesellschaft „mitten ins Herz“ treffen.

Es gab heftige Proteste gegen diesen Roman, der Vorwurf der Pornographie war noch einer der mildesten. Ernst zu nehmen dagegen war der Einwand gegen ein allzu unbekümmertes Darauflosfabulieren; über siebenhundert Seiten ist die Blechtrommel lang, eine Amputation von mindestens zweihundert wäre in der Tat hell-sam gewesen. Es mag mit solchem Vorwurf zusammenhängen, daß Günter Grass die Arbeit an einem zweiten großen Roman (mit dem vorläufigen Titel „Kartoffelschalen“) unterbrochen und zur kleinen Form der Erzählung gegriffen hat. In „Katz und Maus“ hat er auf weniger als zweihundert Seiten eine Geschichte geschrieben, die keine Zeile zuviel und zuwenig enthält.

Wieder führt er uns nach Danzig, jene Stadt, in der auch Oskar Matzerath aufwuchs. Und sogleich hatte man vielfach die Bemerkung zur Hand, der Autor kopiere sich selber. Ist aber Genauigkeit des Milieus schon a priori ein Negativum? Grass kennt nun einmal Danzig, wie Heinrich Böll Köln kennt und Uwe Johnson das Land zwischen Ostsee und Erzgebirge. Walter Jens hat in seiner „Deutschen Literatur der Gegenwart“ mit Recht registriert: „Je ansichtreicher unser Planet dank der modernen Kommunikationsinstrumente seinen Betrachtern erscheint, desto entschlossener beschränkt sich der Autor... Das Gesicht des einzelnen oder das Antlitz der Stadt... dies gilt's zu beschreiben.“ Er weist in diesem Zusammen-

hang aus Joyces Dublin, Kafkas Prag, Isaak Babels Odessa, Döblins Berlin und Paveses Turin hin, er hätte auch das Danzig des Günter Grass in die erlauchte Galerie einreihen können. Mit Heimatkunst und „plattem Lande“ von einst hat das überhaupt nichts zu tun, es geht nicht um sentimentale Reminiszenzen an die Heimat, sondern um die Präzision der Beschreibung; die eigene Erinnerung ist dabei der beste Helfer.

Grass erzählt die Geschichte eines Jungen, dessen alzu großer Adamsapfel in ihm einen Minderwertigkeitskomplex erzeugt (wie die Sprache der modernen Psychologie es nennt). Er kompensiert ihn, indem er beschließt, ein Held zu sein. Das beginnt mit tollkühnem Tauchen auf einem gestrandeten polnischen Minensuchboot und endet beim Ritterkreuz im zweiten Weltkrieg. Die Entlarvung des heroischen Gestus, der einst als verpflichtende Norm gesetzt wurde, geschieht konsequent und zwingend. Und deshalb ist die Wahl des Themas eben kein Zufall, nicht nur Vorwand für ein Sprachexperiment. Gewiß,

Grass' Sprache ist dichter und konzentrierter geworden seit der „Blechtrommel“, weniger wuchernd und ausladend, aber sie ist alles andere als experimentell. Der Sprachduktus hat sich zwar modifiziert, aber nicht grundlegend gewandelt. Warum auch, dazu bestand ja kein Anlaß!

Wenn etwas gegen diese Novelle einzuwenden ist, dann bezieht es sich auf das Inhaltliche. So wichtig die psychologische Destruktion des Pseudoheroischen auch ist: Psychologie allein vermag diesen notwendigen Dienst nicht zu leisten. Soziologisch-Historisches muß hinzutreten. Das Beispiel Wolfgang Koeppens sollte Günter Grass warnen. Von den „Tauben im Gras“ über „Das Treibhaus“ bis zum „Tod in Rom“ sind bei Koeppen die Konturen einer exakten Gesellschaftsanalyse immer verschwommener geworden, der Psychoanalytiker siegte über den Sozialkritiker, und am Ende dieses Prozesses ist der Romanautor Koeppen ganz verstummt. Hoffen wir, daß es Günter Grass nicht ähnlich ergeht.

Dr. Christian Gneuss, Hannover



HOESCH

In neun Jahrzehnten wuchs Hoesch zu einem Verbundunternehmen, das von der Kohle über den Stahl bis tief in die Weiterverarbeitung reicht. Die Arbeitskraft von 50 000 Beschäftigten steht im Dienst des technischen Fortschritts. In Europa ebenso wie in Übersee vertreten eigene Gesellschaften die Interessen des Hauses Hoesch und halten engen Kontakt mit unseren Geschäftsfreunden in aller Welt.

Die umfangreichen Investitionen — mehr als 1,75 Milliarden DM seit der Neuordnung des Hoesch-Kreises im Jahre 1952 — galten der Modernisierung unserer Werksanlagen. Sie sichern die Erfüllung aller von einem breiten Kundenkreis gestellten Qualitätsansprüche. Auch in den kommenden Jahren wird abermals ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm verwirklicht werden.



HOESCH AG DORTMUND

**Für das nächste Heft dieser Zeitschrift
sind folgende Beiträge vorgesehen**

Dr. Robert Jungk

Plädoyer für die soziale Phantasie

P. Klemens Brockmüller S. J.

Die Enzyklika „Mater et Magistra“

Willi Eichler

Das Godesberger Programm und die Sozialenzyklika

Dr. Wolf-Dieter Marsch

Kirche und emanzipierte Gesellschaft

Dr. Ekkehart Krippendorff

Amerikas verlorene Ziele

Dr. Eleonore Sterling

Ideologie und Judenmord